

Willy Klages

**Teuflische Lügen
und
bittere Wahrheiten**

**Der
planmäßige Untergang
der US-Kolonie
BRD**

Sonderheft Nr. 61



Der planmäßige Untergang der US-Kolonie BRD

Sonderheft Nr.

Volksaustausch vom 23.07.2023-07.12.2023

| <u>Inhaltsverzeichnis</u> | Seite |
|--|-------|
| Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Volksaustausch vom 23.07.2023-07.12.2023 | 2-97 |
| Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis | 98 |

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über den Volksaustausch vom 23.07.2023-07.12.2023

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 23. Juli 2023 (x1.328/...):
>>**Kommentar: Morden ohne Konsequenzen - Die Strafmündigkeit ab 14 ist nicht mehr zeitgemäß**

Leon Hendryk

Im März wurde im nordrhein-westfälischen Freudenberg ein 12-jähriges Mädchen ermordet. Der Fall der toten Luise machte damals bundesweit Schlagzeilen. Die beiden Täter wurden schnell ermittelt, es handelt sich um Schulkameradinnen des Opfers. Sie hatten Luise in ein abgelegenes Waldstück gelockt und zunächst versucht sie mit einer Plastiktüte zu ersticken. Als das nicht funktionierte, stach eine der Täterinnen fast 70 Mal auf sie ein, während die andere Täterin Luise festhielt. Beide sind geständig.

Zu einer Anklage kommt es trotzdem nicht, wie Anfang der Woche bekannt wurde. Der Grund: Die Täterinnen sind 12, beziehungsweise 13 Jahre alt - und liegen damit unterhalb der gesetzlich definierten Strafmündigkeitsgrenze in Deutschland, die bei 14 Jahren liegt. Sie bleiben somit straffrei, lediglich eine psychologische Betreuung müssen sie durchlaufen.

Doch wozu gibt es die Strafmündigkeit überhaupt? Und warum liegt sie gerade bei 14 Jahren? Der juristische Grundgedanke ist, daß Kinder unterhalb dieser Altersgrenze die Folgen ihres Handelns noch nicht überblicken können und es deshalb ungerecht wäre sie strafrechtlich dafür zu belangen. Inwiefern das tatsächlich zutrifft, ist zweifelhaft.

Mit 12 oder 13 ist man schließlich kein Kleinkind mehr, sondern besucht eine weiterführende Schule und sollte sich durchaus bewußt sein, daß die Tötung eines anderen Menschen kein Kavaliersdelikt ist. Im Fall der getöteten Luise waren die Täterinnen offensichtlich in der Lage den kaltblütigen Mordplan auszuhecken und auch durchzuführen. Die Behauptung, sie seien nicht in der Lage die Folgen ihres Handelns zu überblicken, klingt in Anbetracht dessen absurd.

Nicht in allen Ländern ist die Strafmündigkeit so hoch angesetzt

In anderen Ländern ist die Strafmündigkeit übrigens völlig anders geregelt. In Großbritannien und der Schweiz sind Kinder ab 10 Jahren strafmündig, in Kanada ab 12 und in den USA - je nach Bundesstaat - sogar schon ab 6 Jahren. In Frankreich gibt es keine feste Altersregelung,

sondern das Gericht entscheidet individuell.

Auch in Deutschland wäre eine Reform angebracht. Die aktuelle Situation ist unbefriedigend, da zunehmend Jugendliche unter 14 Jahren auch schwere Straftaten begehen. Wenn ein 13-Jähriger ein Handy klaut, mag es gesellschaftlich klug sein von einer Strafverfolgung abzusehen. Doch wenn er vergewaltigt oder mordet, muß es klare Konsequenzen geben, auch im Rahmen des Strafrechts. Eine Absenkung der Strafmündigkeit, beispielsweise auf 12 Jahre, wäre also begrüßenswert.

Kriminelle Clans haben die Gesetzeslücke im Blick

Es geht dabei nicht nur um Extremfälle wie den Mord an Luise. Auch kriminelle Organisationen, insbesondere solche die als Familienclan operieren, haben längst erkannt, daß die hohe Grenze der Strafmündigkeit eine Gesetzeslücke darstellt. So benutzen sie teils gezielt junge Menschen unter 14, um straffrei Straftaten zu begehen.

Bekannt wurde das beispielsweise in Hannover, wo kriminelle Großfamilien ihre Kinder im fast schon industriellen Maßstab zum Ladendiebstahl einsetzten. Wenn sich der deutsche Staat nicht vollends zur Witzfigur mit zahnloser Justiz entwickeln will, sollte dieses Schlupfloch zügig gestopft werden. Spezielle Regelungen für jugendliche Straftäter sowie Sonderregeln für jugendliche Täter mit psychischen Problemen würden selbstverständlich weiterhin existieren. Doch Täter unter 14 Jahren überhaupt nicht zu belangen, ist keine gute Lösung.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 25. Juli 2023: >>**Illegale Masseneinwanderung explodiert: Fast 80 Prozent mehr Asyl-Anträge im ersten Halbjahr!**

"DEUTSCHLAND, WIR HABEN EIN PROBLEM", titelt die "Bild-Zeitung" - "die Flüchtlingskrise ist zurück!" Auch schon aufgewacht, liebe Kollegen? Die Migrationszahlen (77,5 Prozent mehr Asylanträge) explodieren - und langsam merkt es auch der Mainstream.

Trotz der mit viel Tamtam zelebrierten "Flüchtlingsgipfel" von Bundesinnenministerin Nancy Faeser und Kanzler Olaf Scholz (beide SPD) sind die Migrationszahlen 2023 nicht zurückgegangen. Der Halbjahres-Bericht des Bundesamtes für Migration (BAMF) belegt das Gegenteil und das neuerliche Totalversagen der Anti-Deutschland-Ampel!

So wurden von Januar bis Juni insgesamt 162. 271 Asylanträge gestellt, davon waren 150.166 Erstanträge. Im Jahr 2022 waren es im gleichen Zeitraum 84 583 Erst-Asylanträge. Im Klartext: 77,5 Prozent mehr Erstanträge als im Vorjahr!

Der Chef der Deutschen Bundespolizeigewerkschaft, Heiko Teggatz, spricht von "hochdramatischen" Zahlen und bringt es auf den Punkt: "Bei einem Anstieg der Asylzahlen von 77,5 Prozent ist zweifelsfrei belegt, daß die auf den Flüchtlingsgipfeln vereinbarten Maßnahmen kläglich gescheitert sind." Der Polizeigewerkschafter warnt: "Die Länder und Kommunen werden bald keine Menschen mehr anständig unterbringen können. Frau Faeser muß endlich aus ihrem Dornröschenschlaf aufwachen und ihre Verantwortung für die Menschen in diesem Land wahrnehmen."

So steigt die Migration nach Deutschland

Am stärksten vertreten sind laut BAMF-Bericht Antragsteller mit diesen Staatsbürgerschaften: Syrien mit 24. 492 Erstanträgen und einem Plus verglichen zum Vorjahr von 77 Prozent, Afghanistan (27 310, plus 80 Prozent), Türkei (19. 208, plus 209 Prozent!).

71,6 Prozent der Erstantragsteller waren jünger als 30 Jahre. Und: 71,6 Prozent aller Erstantragsteller waren männlich.

Die meisten Asylanträge wurden 2023 in den Bundesländern Nordrhein-Westfalen (31.271), Bayern (23.417), Baden-Württemberg (17.021), Niedersachsen (15.576), Hessen (11.624), Berlin (7.855), Rheinland-Pfalz (7.609) und Sachsen (7.266) gestellt. Offenbar erfreut sich der Osten Deutschlands bei Migranten nicht unbedingt großer Beliebtheit.

Experten befürchten: Wenn die Zahlen weiter so steigen, dann könnten es bis zum Jahresende mehr als 324.000 Asylanträge werden - die dritthöchste Zahl nach der illegalen Massenein-

wanderung 2015/16. Der große Unterschied: Damals waren noch nicht eine Million Ukraine-Flüchtlinge zusätzlich im Land.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. Juli 2023: >>**Für die Gäste nur das Beste: 20 Mio. Euro für Migranten-Luxushotel in Baden-Württemberg**

Auch in Sindelfingen im grün-schwarz regierten Baden-Württemberg ist das Beste gerade gut genug für die künftigen Neubürger: Die Stadt kaufte im Juni das örtliche Best-Western-Hotel, um dort bis Ende des Jahres 180 Migranten unterzubringen, wie regionale Medien berichten. Bevor die "Schutzsuchenden" in der Vier-Sterne-Unterkunft einziehen können, wird diese auf Steuerzahlerkosten erst einmal umgebaut und hergerichtet. Der Kaufpreis wurde vorsorglich nicht an die große Glocke gehängt; im Haushaltsentwurf der Stadt sollen jedoch 20 Millionen Euro dafür veranschlagt sein.

Unsummen für teure Migranten-Quartiere

Es ist erst vor sechs Wochen her, da hatte in Gladbeck (NRW) der Plan Schlagzeilen gemacht, 620 Migranten ebenfalls in einem Vier-Sterne-Hotel einzuquartieren. Im Düsseldorfer Landtag forderte die AfD den umgehenden Stopp dieses Vorhabens mit Kosten von einer Million Euro pro Monat (!) - davon allein 320.000 Euro für die Pacht. Da das Hotel auf zehn Jahr gemietet sei, würden laut AfD in diesem Zeitraum insgesamt 120 Millionen Euro auf Kosten der Steuerzahler anfallen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 28. Juli 2023 (x1.328/...):

>>Diese Gruppenvergewaltigung geht auf das Konto grüner Politik

Im Juni wurde eine junge Frau im Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg Opfer einer Gruppenvergewaltigung - der schreckliche Fall ist jedoch bei Weitem nicht der erste seiner Art. Der Park ist seit Jahren eine No-Go-Area - dank jahrelangem grünen Politikversagen.

Pauline Schwarz

In den frühen Morgenstunden des 21. Juni wurde ein Pärchen im Görlitzer Park in Berlin Kreuzberg von einer Gruppe Drogendealer überfallen - sie wurden ausgeraubt, der Mann mit Gegenständen verletzt und zu Boden geschlagen, so daß er die anschließende Vergewaltigung seiner Freundin nur noch hilflos mit ansehen konnte - oder besser gesagt: mußte. Der grausame Fall hat zu einem Aufschrei weit über die Grenzen unserer Hauptstadt hinaus geführt - doch er ist bei Weitem nicht der erste seiner Art. Der Görlitzer Park ist seit Jahren eine No-Go-Area für Frauen und jeden anderen, dem sein Leben und seine Wertgegenstände lieb sind. Und die Politik hat all die Jahre nichts dagegen getan - im Gegenteil.

Als ich ein Kind war, konnte man im Görlitzer Park noch einigermaßen unbeschwert seinen Alltag genießen. Damals tummelten sich keine Gruppen von afrikanischen und arabischen Drogendealern an den Ecken, sondern vor allem Familien. Kinder planschten im Stufenbrunnen, rodelten im Winter den Abhang der großen Kuhle herunter und spielten im Sandkasten, ohne dabei Kokskugeln und Spritzen auszugraben.

Wenn man mal darüber nachdenkt, war der Park ein richtiges Kinderparadies - wo hat man schon eine riesige Wellenrutsche, Trampoline, mehrere Spielplätze, zwei Fußballfelder, einen Minigolfplatz, ein Schwimmbad, ein großes Straßenverkehrsübungsgelände für angehende Fahrradfahrer und einen Kinderbauernhof, wo man Esel reiten und sich sonntags Waffeln holen konnte, auf einem Fleck.

Vom Kinderparadies zur Drogenhöhle

Der "Görl", wie der Park von Kreuzbergern liebevoll genannt wurde, war tatsächlich mal etwas Besonderes - kein Schandfleck, sondern eine kleine Attraktion. Erst um die Jahrtausendwende, als ich in die Grundschule kam, veränderte sich die kleine Großstadt-Oase langsam zu einer regelrechten Drogen- und Gewalthöhle.

Ich werde den Moment nie vergessen, als ich das erste Mal sah, wie ein afrikanischer Drogendealer vor der Polizei davonlief - ich dachte damals, klein und naiv wie ich war, nur: Warum

läuft der Mann weg? Afrikaner kannte ich nur als Familienväter, Freunde und ganz normale Nachbarn - ich hätte mir nie vorstellen können, daß ich eines Tages provisorisch die Straßenseite wechseln würde, wenn mir ein junger, schwarzer Mann entgegenkommt.

Aber ich hätte mir auch nicht vorstellen können, daß meine ältere Schwester nur kurze Zeit später weinend nachhause kommen könnte, weil sie im Park von einer Gruppe schwarzer Männer umzingelt und begrabscht wurde. Doch das wurde bald Alltag - ich selbst war vielleicht zwölf Jahre alt, als ich das erste mal von einem afrikanischen Drogendealer gepackt, in den Schwitzkasten genommen und angefaßt wurde.

Damals hörte ich auch das erste Mal davon, daß ein Mädchen in meinem Alter im Park vergewaltigt wurde - "da drüben haben sie sie ins Gebüsch gezogen" erzählte mir ein Bekannter. Danach mied ich den Park, doch selbst das nützte bald nichts mehr - die Drogendealer expandierten spätestens 2015 in alle umliegenden Wohnstraßen, auch in meine.

Der einzige Versuch, etwas zu tun

Damals gab es den einzigen ernsthaften Versuch, etwas gegen die Drogendealer zu unternehmen - der ehemalige Berliner Innensenator Frank Henkel (CDU) führte im März die sogenannte "Null-Toleranz-Zone" im Görlü ein. Damit war ab sofort jedes Gramm Gras strafbar und so nicht nur die Drogendealer, sondern auch die Konsumenten belangbar. Gleichzeitig erhöhte man die Polizeipräsenz im Park, was an sich zwar eine gute Sache war, aber den unangenehmen Nebeneffekt hatte, daß die Dealer sich um den Park verteilten und versuchten, ihre Geschäfte in Hauseingängen abzuwickeln.

Zwei Jahre später wurde das Projekt dann offiziell für gescheitert erklärt - in den 18 Monaten wurden zwar knapp 6.200 Straftaten festgestellt, 41 Gefängnisstrafen, 67 Bewährungsstrafen, zahlreiche Jugendstrafen und 337 Geldstrafen verhängt, aber der Lage konnte die Polizei trotzdem nicht Herr werden - wie auch, ohne den politischen Willen, ein ausreichendes Budget und einen richtigen Plan. Daß es mit der einzigen Maßnahme, die in all den Jahren zumindest etwas bewirken hätte können, vorbei war, freute damals vor allem die grüne Kreuzberger Bezirksbürgermeisterin Monika Hermann - die sich von Anfang an gegen Henkels Intervention ausgesprochen hatte.

"Keine Gruppe soll ausgeschlossen werden"

Frau Hermann schämte sich auch nicht, in einem Kontraste-Beitrag vom rbb im Jahr 2019 zu sagen, daß die Dealer zum Park dazugehören würden und der Zustand Wunsch der Anwohner sei. Mehr noch: Es sei ein Anliegen der in der Nähe wohnenden Kreuzberger, die Dealer nicht des Parks zu verweisen - "keine Gruppe soll ausgeschlossen werden". Zwar hat Hermann Recht, daß es tatsächlich so bekloppte Kreuzberger gab - Menschen, die Polizisten als Rassisten beschimpften und ständig über "Racial Profiling" jammerten, wenn ein Dealer festgenommen wurde -, doch die Mehrheit aller Anwohner, die ich kannte, hatten eine ganz andere Meinung - da zeigte sich auch in der rbb-Doku.

Frau Hermann zeigte sich von den Nöten ihrer Bürger jedoch stets unbeeindruckt und wies jede Schuld von sich - der Welt sagte sie 2019 auf die Frage, ob sie sich denn nachts in den Park traue: "Ich gehe in Berlin in gar keine Parks ... das ist mir als Frau zu gefährlich." Ein krasses Statement, wenn man darüber nachdenkt, daß sie acht Jahre lang Bürgermeisterin des Bezirks mit dem wohl gefährlichsten Park Berlins war.

Frauen wurden zu Freiwild

Frau Hermann war von 2013 bis 2021 auch die Bürgermeisterin der Anwohner des Görlitzer Parks - und in dieser Zeit stieg die Kriminalität und Gewalt kontinuierlich an. Ein paar Beispiele:

Laut Kriminalstatistik gab es in den Jahren 2012 und 2013 insgesamt drei erfaßte Tötungsversuche und zusammengenommen 184 Fälle gefährlicher Körperverletzung. 2014 waren es allein schon 178. Es gab vier Tötungsversuche und 172 Fälle von Raub. 2012 gab es drei, 2013

vier und 2014 sechs Vergewaltigungen im und um den Park. Wie eine Anfrage der Linksfraktion im Jahr 2022 ergab, gab es 2018 dann 16 Fälle von Vergewaltigung, sexueller Nötigung und sexuellen Übergriffen. 2019 waren es elf, 2020 dreizehn, 2021 achtzehn und allein im ersten Halbjahr 2022 sechs - davon vier vollendete Vergewaltigungen.

Während Frauen zu Freiwild wurden, hat Frau Hermann sich darum gekümmert, die einzige Möglichkeit, sich auf dem Nachhauseweg zu schützen, das Auto, abzuschaffen - sie ließ Poller auf die Straßen stellen und machte Parkplätze dem Erdboden gleich. Sie duldet, daß ein amerikanisch-französischer Künstler eine Ausstellung zu Ehren der Dealer eröffnete und kurzzeitig sogar eine Dealer-Statue in den Park stellte, während Kleinkinder Kokskugeln ausbuddelten und mit in die Kita brachten. Statt sich um den Schutz von Frauen, Mädchen und Kindern in Kreuzberg zu kümmern, setzte sie sich auf Steuerzahlerkosten dafür ein, "sexistische Werbung" verbieten zu lassen.

Leere, grüne Symbolpolitik statt Kriminalitätsbekämpfung

Und diese Art grüner, utopischer Politik führt nun ihre Nachfolgerin Clara Hermann weiter. Während eine 27-jährige Frau, ein paar hundert Meter vom Büro der Grünen entfernt, Opfer einer brutalen Gruppenvergewaltigung wurde und wahrscheinlich ihr Leben lang schwerst traumatisiert bleibt, hört man von unserer neuen Bezirksbürgermeisterin aktuell nichts weiter, als daß sie queere Ampelmännchen in Kreuzberg einführen will.

Das ist jedoch nicht mehr, als ein Schlag ins Gesicht jeder Frau, die sich abends kaum mehr aus dem Haus traut - jedes Anwohners, der Spritzen aus dem Sandkasten in seinem Hof heraus sammeln und Junkies eigenmächtig aus dem Hausflur werfen muß, weil sich niemand anders um das geballte Elend kümmern will. Es ist die pure Realitätsverweigerung - wir haben in Kreuzberg viele, echte, schwerwiegende Probleme, die angeblich fehlende Sichtbarkeit von LGBTQ-Personen gehört aber nicht dazu.

Zumal auch diese Maßnahme pure Heuchelei ist: Würde man Homosexuellen wirklich helfen wollen, würde man mit der stupiden Symbolpolitik aufhören und - auch hier wieder - etwas gegen die Drogendealer unternehmen. Die sind nämlich zu großer Zahl radikale Muslime und halten sehr wenig von "Vielfalt und Diversität" - einer meiner Nachbarn, ein erwachsener, schwuler Mann, bekam das bereits zu spüren. Er wurde von arabischen Dealern krankenhaushausreif geschlagen.

Solange die grüne Bezirksregierung und der Berliner Senat weiter linke Wohlfühlprojekte vorantreiben, statt sich mit der häßlichen Realität, der alltäglichen Gewalt und der Tatsache auseinanderzusetzen, daß die Zustände im Park auch das Ergebnis der gescheiterten Migrationspolitik sind, wird sich in Kreuzberg nie etwas ändern. Um zu verhindern, daß noch mehr Mädchen und Frauen zu Opfern von Männern werden, die alle unsere Werte ablehnen, bräuchte es den politischen Willen mit voller Härte gegen sie - Dealer, Gewalt- und Sexualstraftäter - vorzugehen. Doch dieser Wille ist bei den regierenden Parteien aktuell leider nicht zu erkennen.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 2. August 2023 (x1.326/...): >>**CDU holt Kriminelle ins Land: Grenzen schützen statt Parks einzäunen!**

Während die CDU unser Land weiterhin mit Kriminellen und Wirtschaftsflüchtlinge flutet, vertuscht sie ihre Verantwortung mit Ablenkungsmanövern: Jetzt will die Berliner CDU den Görlitzer Park einzäunen und den nächtlichen Zugang beschränken, nachdem dort eine Frau vor den Augen ihres Freundes vergewaltigt wurde.

Was für eine irre Diskussion! Anstatt mit solchen Forderungen die rechtstreuen deutschen Bürger zu bestrafen, darf das kriminelle Klientel gar nicht erst ins Land gelassen werden und muß abgeschoben werden! Doch es ist die CDU, die genau das nicht tut. Nicht in Berlin. Und auch in keinem einzigen anderen Bundesland, das von der CDU regiert wird.

Die CDU, die hier eine vermeintliche Sorge um die Sicherheit der Bürger vorheuchelt, hat unsere Parks und Freibäder zu Horrorzonen gemacht, unser Land zerstört und Angstzonen zur Alltagsrealität gemacht. Jetzt bringt die Partei für Berliner Parks auch Videoüberwachung ins Gespräch. Der Trend ist klar: Einerseits sollen wir in unseren Freizeit-Einrichtungen immer stärker überwacht werden und wie in einem Hochsicherheitstrakt leben.

Andererseits darf halb Afrika widerstandslos über die deutsche Grenze spazieren und sich unser Land als Beute nehmen. Stoppt die CDU und ihre hohlen Ablenkungsmanöver! Denn nur mit der AfD werden unsere Grenzen geschützt, so daß sich die abwegigen Diskussionen um Park-Einzäunungen gar nicht erst stellen.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 3. August 2023: >>**Italiener protestieren: Meloni streicht Bürgergeld**

Von *S. Hofer*

Giorgia Meloni von den Fratelli d'Italia hätte im Falle von Neuwahlen gute Chancen, neue italienische Ministerpräsidentin zu werden.

Wieder einmal erweist sich "Patriotin" Meloni als Mogelpackung: sie streicht hilfsbedürftigen Landsleuten die Stütze. Dagegen regen sich Proteste.

Sahra Wagenknechts Programm zur Erneuerung von Ludwig Erhardts sozialer Marktwirtschaft ist eine fundierte Alternative zum heutigen Great Reset-Liberalismus. In dem Buch "Die Selbstgerechten" präsentiert sie, neben der Abrechnung mit Neulinken, ihre ökonomische Zukunftsvision.

Stellen Sie sich vor, Sie sind von der Stütze abhängig. Plötzlich erreicht eine SMS, abgesendet von der netten Regierung. Darin lesen Sie: Selbst die geringen Hilfgelder werden Ihnen noch gestrichen.

Soziale Grausamkeit? Ja, und sie ist 169.000 italienischen Haushalten widerfahren. Das Bürgergeld, erst 2019 von Ex-Regierungschef Giuseppe Conte eingeführt, wird ab 01. August nur noch an Haushalte gezahlt, die Minderjährige, Menschen mit Behinderung oder Personen über 65 Jahre beinhalten.

Auftraggeber dieses Streichung: Italiens Regierungschefin Giorgia Meloni. Und die hat noch mehr vor: Im Spätsommer könnten zusätzliche Streichungen folgen: Weitere 80.000 Haushalte wären betroffen.

Als Argument muß (wieder mal) die "Anreiz-Behauptung" herhalten: Nur wem Elend drohe, suche sich Arbeit ... Eine Billig-Anthropologie, die bereits durch Karl Marx widerlegt wurde - und der war bekanntlich ein scharfer Gegner sogenannter "Nichtstuer".

Mit dieser Aktion bestätigt Meloni, was sie durch antirussische Parteinahme für die USA und ihre Abkehr vom chinesischen Seidenstraßen-Projekt bereits ahnen ließ: Sie ist eine Mogelpackung, ist keine Patriotin. Zur Erinnerung: Horrorautor Stephen King brachte es schon vor Jahren auf den Punkt:

"Patrioten", die sich nicht um die Armen ihres Landes scheren, sind keine. Was ist ein Staat, wenn nicht auch Solidargemeinschaft? Wer gesellschaftliche Solidarität ablehnt, fördert Atomisierung und damit die globale Markt-Diktatur.

Sollte jemand einwenden, daß großzügige Sozialsysteme die Massenmigration fördern, dem sei entgegnet: Bürgergeld gibt es in Italien nur für Personen, die mindestens zehn Jahre dort wohnen. Arbeitslose Neuankömmlinge werden anderweitig versorgt.

Inzwischen gibt es Meldungen von heftigen Protesten gegen Melonis Streichung. Hoffen wir, daß sie französisches Niveau erreichen, so daß sie der Regierung einen "Anreiz" bieten, diesen Irrsinn zurückzunehmen.

Auch wenn Sahra Wagenknechts Weigerung zur Querfront-Bildung manchen antäuscht hat: Ihr Programm zur Erneuerung von Ludwig Erhardts "Wohlstand für alle" ist eine fundierte Alternative zum heutigen Neoliberalismus, der in Richtung Great Reset steuert. In dem Buch

"Die Selbstgerechten" präsentiert sie, neben der Abrechnung mit Neulinken, ihre ökonomische Zukunftsvision.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 4. August 2023 (x1.328/...):

>>Übernahme christlicher Gotteshäuser - "Baut eure Kirchen - wir machen sie zu Moscheen"

Kirchen werden zu Moscheen - das ist längst ein Trend in Deutschland, Europa und dem Westen. Mit der Hilfe von Investoren aus der arabischen Welt werden alte Kirchen von islamischen Gemeinden übernommen - für viele auch eine Form des Dschihad.

Max Roland

Ein junger Mann mit schwarzem Bart steht vor einem mächtigen, alten Mauerwerk. An der Seite ragt ein spitzer Turm in die Luft, große Fenster zieren das "Schiff", das längliche Hauptgebäude. "Man könnte glauben, das hier ist eine Kirche", sagt er. Doch es ist keine Kirche - nicht mehr. Denn die ehemalige "Dreifaltigkeitskirche" der methodistischen Gemeinde im englischen Sheffield wurde geschlossen. Jetzt ist sie eine Moschee. "Wie überall im Vereinigten Königreich haben wir (diese Kirche) übernommen", feiert der Mann im Video. "Der Islam ist hier, um zu bleiben."

"Das britische Volk mag (diese Entwicklung) vielleicht nicht", meint er. "Aber wie bei vielen Dingen: Manche Dinge, die man nicht mag, sind gut für einen. Also baut weiter eure Kirchen, laßt sie leerstehen. Wir kaufen sie bald und machen sie zu Moscheen", triumphiert der junge Moslem.

Kirchen zu Moscheen - ein europäischer Trend

Sein Triumphgehebe ist nicht unbegründet: Seit über zehn Jahren findet, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, eine stille Veränderung statt. Quellen aus der afro-arabischen, islamischen Welt unterstützen muslimische Gemeinden und Sekten im Westen mit viel Geld, mit dem auch alte Kirchen gekauft und zu Moscheen gemacht werden. Die Zentralmoschee Wembley im Nordwesten Londons war eine solche Kirche, die von Moslems gekauft und in eine Moschee umgeweiht wurde.

Auch die Hamburger Nur-Moschee war eine Kirche, die 2013 durch einen muslimischen Investor gekauft und dem islamischen Zentrum der Stadt geschenkt wurde. Die Moschee wird neben Spenden vor allem durch Zuwendungen des Emirats Kuwait gefördert. Die Hamburger taz bezeichnete das ganze damals schon als "neue Normalität". In ganz Europa und der christlich-westlichen Welt finden sich solche Beispiele.

So waren auch die heutige Al-Fateh-Moschee in Amsterdam oder die Eyup-Sultan-Moschee im friesischen Groningen einst christliche Kirchen. Auch in Frankreich sorgt die Ent- und Umweihung von Kirchengebäuden immer wieder für Aufregung. Der deutsche Auslandsender Deutsche Welle widmete der Entwicklung bereits 2013 einen Bericht.

"Allah" statt Kreuz: Der Turm der Al-Nur-Moschee in Hamburg war einst Kirchturm.

"Zeichen von Unterwerfung"

Christlich-Konservative und rechte Gruppen in Europa und der westlichen Welt sehen diese Entwicklung höchstkritisch - sie sind aber nicht die einzigen. Auch der Wissenschaftler Mahmud Zaki kritisierte solche Übernahmen bereits vor Jahren als unklug. Zaki ist Medienforscher an der Universität Westminster und beschäftigt sich insbesondere mit radikalislamischen Bewegungen.

"Berichte von Sicherheitsbehörden zeigen, daß viele islamische Zentren in Europa, die von radikalen Gruppen kontrolliert werden, den Kauf von Kirchen und ihre Umweihung zu Moscheen als eine Form des Dschihad im Namen Allahs sehen - auf gleicher Stufe wie den Märtyrertod", schreibt Zaki in der panarabischen Zeitung The Arab Weekly.

Auch Amrou Farouk, ein Experte in Fragen des politischen Islams, warnt: "Die historische Symbolkraft ist immens. In Konflikten zwischen Christentum und Islam war die Übernahme

von Glaubensstätten ein Zeichen von Unterwerfung und Eroberung."

Als Beispiel führt er die Hagia Sophia an, einst Hauptkirche des orthodoxen Christentums im byzantinischen Reich. "Byzanz war definitiv verloren, als die größte Kirche der Welt, die Hagia Sophia, im Jahr 1453 zur Moschee umgeweiht wurde. Bitterkeit darüber wirkt bis heute nach", meint der Forscher und erinnere an die kritischen Reaktionen, als der türkische Präsident Erdogan die zum Museum gewordene Hagia Sophia vor wenigen Jahren wieder zur Moschee weihen ließ. Damals hatten Vertreter der christlichen Orthodoxie, aber auch Papst Franziskus oder US-Außenminister Mike Pompeo protestiert.

Deutschland säkularisiert sich - seine Zuwanderer nicht

Kirchen zu Moscheen - das ist ein Symptom vieler Entwicklungen. Oft stehen Kirchen leer, weil den christlichen Gemeinden die Mitglieder davonlaufen. Während sich die ehemals christliche Mehrheitsgesellschaft in Deutschland wie im Westen immer weiter säkularisiert und von ihrer angestammten Religion distanziert, wächst die Zahl der Muslime stetig: Die Einwanderung aus den oft tiefreligiösen Gesellschaften des Orients bringt neue Gläubige nach Europa, die zunehmend den Platz der schwindenden Christenheit einnehmen.

Allein 2019 wurden 10 ehemalige Kirchen in Deutschland zu Moscheen. Ein Trend der Säkularisierung ist in diesen Zuwanderercommunities nicht zu beobachten. Im Gegenteil: Nachfahren von Eingewanderten Muslimen sind häufig religiöser, als es ihre Eltern und Großeltern sind. "Junge Muslime in Deutschland entdecken die Religion für sich. Ganz selbstverständlich sehen sie im Islam eine Einheit von Religion und Politik. Die Scharia ist ihr Lifestyle", schreibt selbst die Grüne Heinrich-Böll-Stiftung. Oft ist das auch bewußte Abgrenzung zum Land, in dem sie leben.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 10. August 2023 (x1.326/...): >>**Statt Faesers Nebelkerzen: Clan-Kriminelle abschieben!**

Wenn bei jeder verbalen Nebelkerze der Ampel-Parteien tatsächlich eine Abschiebung stattfinden würde, dann wäre Deutschland wohl bereits menschenleer. Ausgerechnet Innenministerin Faeser (SPD) fordert nun die Abschiebung von Clan-Mitgliedern, auch wenn man ihnen noch keine Straftaten nachweisen konnte. Dabei ist es dieselbe Faeser, die die Abschiebung von tatsächlichen Kriminellen systematisch sabotiert! Unglaublicher geht es nicht mehr.

Wir erinnern uns: Nach der Vergewaltigung einer 14-Jährigen durch einen Afghanen in Illerkirchberg hatte die Landesjustizministerin bei Faeser interveniert und verlangt, daß der Abschiebestopp nach Afghanistan beendet wird.

Doch Faeser stellte sich trotz der Vergewaltigung stur und drückte mit Verweis auf die "Sicherheitslage" in Afghanistan auf die Tränendüse. Hunderttausende ausreisepflichtige Ausländer werden unter Faesers Ägide nicht abgeschoben. Schlimmer noch: Mit ihrem "Kampf gegen rechts" und der Forderung nach Beweislast-Umkehr bei Rechtsextremismus-Vorwürfen versucht sie, die Kritik an der Massenmigration zu kriminalisieren.

Man kann aber keinen Politikern vertrauen, die von Abschiebungen reden und gleichzeitig diejenigen, die das ernst meinen, einer Hexenjagd aussetzen. Faesers jüngster Nebelkerzen-Vorstoß ist auch ein billiger Mißbrauch ihres Minister-Amts für den hessischen Landtagswahlkampf, wo sie als Spitzenkandidatin antritt. Wenn sie dort in die Landesregierung eintreten sollte, dann kann sie anschließend die Schuld für die Abschiebe-Untätigkeit auf den Bund schieben. Besser wäre es aber, wenn wir Bürger mit einer Stimme für die AfD dieses unwürdige und heuchlerische Schauspiel beenden!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 11. August 2023 (x1.328/...): >>**Dortmund: Imam singt bei Einschulungs-Feier**

Im Netz zirkuliert ein Video, das einen muslimischen Vorbeter bei einer Einschulungsfeier zeigt. Apollo News hat den Vorgang rekonstruiert.

Es klingt nach Kairo, Fallujah oder Istanbul - ist aber NRW. Im Internet verbreitet sich aktuell ein Video, das eine Einschulung an einer Gesamtschule in Dortmund zeigt. Bei der Zeremonie in der Aula singt ein Imam ein islamisches Gebet. Es soll ein "erstmaliger interreligiöser Einschulungsgottesdienst" sein, heißt es.

Apollo News konnte die Quelle des Videos und den Zeitpunkt der Aufnahme recherchieren. Der Clip zeigt tatsächlich eine Einschulungsfeier in Dortmund am 7. August. Gegenüber Apollo News wird die Authentizität des Videos bestätigt. "Das Video spiegelt den Verlauf der Veranstaltung nicht vollständig wieder", erklärt ein Sprecher der Bezirksregierung Arnsberg auf Anfrage. Die Schule habe zur Einschulungsfeier Vertreter beider großen christlichen Konfessionen und einen Imam eingeladen. "60 Prozent der Schüler" seien Muslime, wird dazu erklärt. Auch sei das Gebet für alle Anwesenden noch auf Deutsch übersetzt worden, was im Video allerdings nicht zu sehen ist.

Auf ihrer Website beschreibt sich die Schule als einen Ort, an dem "Kinder und Jugendliche verschiedener kultureller Zugehörigkeit, unterschiedlicher Begabung und Leistungsfähigkeit erfolgreich mit- und voneinander lernen, ihr Leben selbständig in einer demokratischen Gesellschaft zu gestalten." Die Schule engagiere "sich bereits seit Jahrzehnten in den Bereichen Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung, interkulturelles Lernen, Umwelterziehung und globales Lernen". In der regionalen Berichterstattung wird die Schule mit Begriffen wie "bunte Vielfalt" in Verbindung gebracht.

Ein Rabbi ist in der "interkulturellen" Zeremonie aber nicht zu sehen. Dafür ein Imam - mit fragwürdigem Hintergrund.

Der Imam im Video ist Kopf einer Moschee des staatlichen türkischen Moscheeverbandes Ditib in der Nordrhein-Westfälischen Kleinstadt Altena. In der Lokalpresse wird er als ein Deutscher vorgestellt, der auch Deutsch spreche. Der gebürtige Krefelder studierte in Ankara islamische Theologie. Die Ditib steht seit Jahren in der Kritik, weil die Grenzen zu radikalem Islam in der Organisation immer wieder verschwimmen. In der Vergangenheit beteten Ditib-Imame unter anderem für den Sieg türkischer Truppen und islamistischer Milizen bei deren Einmarsch in Syrien. Über Moscheen des Verbandes wurden auch Gegner des Erdogan-Regimes ausspioniert.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 12. August 2023: >>**Asyl und Illegale: Neue Horrorzahlen**

Von *Daniell Pführinger*

Etablierte Politiker betonen immer wieder: 2015 darf sich nicht wiederholen. Doch die Realität sieht anders aus: Der Asyl-Tsunami wiederholt sich gerade.

Asyl und Illegale: Neue Horrorzahlen

Etablierte Politiker betonen immer wieder: 2015 darf sich nicht wiederholen. Doch die Realität sieht anders aus: Der Asyl-Tsunami wiederholt sich gerade - und könnte in diesem Jahr sogar noch drastischer ausfallen!! •

Neuer Asyl-Rekord: Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge haben im ersten Halbjahr 2023 rund 175.000 Personen einen Erstantrag gestellt. Das ist ein Anstieg um 78 % gegenüber dem Vorjahr !! Es kamen 51.000 Syrer (2022 waren es 29.000, also ein Anstieg um 80 %), 31.000 Afghanen (plus 83 %), 23.000 Türken (plus 200 %!). Ein Ende ist nicht abzusehen.

Illegale Einreisen: Heute vermeldet die Bild-Zeitung, daß in den ersten Monaten dieses Jahres durch die Bundespolizei 43.815 illegale Einreisen festgestellt wurden. Das ist ein Anstieg von 51 % gegenüber dem Vorjahr! Besonders dramatisch ist es an der Grenze zu Polen: Dort gab es 14.303 illegale Grenzübertritte - ein Anstieg von 143,7 % !! im Vergleich zu 2022. Abgeschoben wird hingegen kaum. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 22. August 2023: >>Italien: Salvini will Vergewaltiger kastrieren lassen!

Als Reaktion auf eine brutale Gruppenvergewaltigung auf Sizilien hat die national-konservative "Lega-Partei" von Ex-Innenminister Matteo Salvini (jetzt Infrastruktur-Minister und stellvertretender Ministerpräsident) eine Unterschriftensammlung für ein neues Gesetzesvorhaben gestartet. Darin soll festgelegt werden, daß bei verurteilten Sexualstraftätern neben Freiheitsstrafen auch die chemische Kastration zur Anwendung kommen kann. Dabei wird ein Medikament verwendet, das das Sexualhormon Testosteron für die Dauer der Verabreichung unterdrückt.

Letzter Anlaß: In Palermo wurde Anfang Juli eine 19-jährige Frau von sieben "jungen Männern" vergewaltigt, das Verbrechen wühlte ganz Italien auf. Chats und Handyvideos der Angeklagten lassen laut Staatsanwaltschaft darauf schließen, daß die Männer die Gruppenvergewaltigung als eine Art Zeitvertreib angesehen hätten. Sie seien nach der Tat gemeinsam in ein Restaurant gegangen, als wäre nichts geschehen. Salvini unterstützt die Initiative und sagte, daß Gefängnisstrafen in solchen Fällen oft nicht ausreichen würden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. August 2023: >>Illegale: Der eingeräumte Kontrollverlust

Von *Sven Eggers*

Erneut hat Brandenburgs CDU-Innenminister Michael Stübgen mit Blick auf die Entwicklung illegaler Einwanderung von einem "Kontrollverlust" gesprochen. Maximilian Krah, AfD-Spitzenkandidat für die Europawahl, rüttelt auf und fordert eine "Politik von rechts". Wie sähe eine solche aus?

In gut einem Jahr finden in Brandenburg Landtagswahlen statt. CDU-Innenminister Michael Stübgen hat offensichtlich vor, mit klaren Worten im anlaufenden Wahlkampf Boden gutzumachen. Gemäß neuester Meinungsumfrage kommt die CDU in Brandenburg derzeit nur auf 15 Prozent, die AfD auf satte 30.

Grenzkontrollen? Keine Notwendigkeit!

Also läßt sich Stübgen von der Bild mit einer klaren Einschätzung der Lage zitieren: "Keine Schleuserroute wird so stark genutzt wie die über die deutsch-polnische Grenze. Mehr als 15.000 Menschen sind seit Januar auf diesem Weg illegal eingereist. Das ist eine komplette Kleinstadt."

Nun sitzt CDU-Stübgen als Innenminister in einer großen Koalition ja durchaus an den Hebeln der Macht. Jetzt versucht er, den Schwarzen Peter an die Bundesregierung loszuwerden. Denn die Ampel, also SPD-Innenministerin Nancy Faeser, müßte bei der EU entsprechende Grenzkontrollen beantragen. Sie will dafür aber keine Notwendigkeit erkennen. Stübgen: "Faeser überläßt es den Schlepperbanden, wer nach Deutschland kommt. Das ist ein Kontrollverlust, der nicht weiter hingenommen werden kann."

Stübgen hatte erst kürzlich für Aufsehen gesorgt. Genervt, weil es in Brandenburg keinen Platz mehr für immer neue Migranten gibt und geschockt, weil die AfD höchst erfolgreich Unterschriften gegen mehr und mehr Asylheime sammelt, stieß er aus:

"Die Menschen spüren, daß wir die Kontrolle über die illegale Migration verloren haben."

Welch ein Eingeständnis, Welch ein Armutszeugnis! Statt gegenzusteuern, hatte Stübgen sich zuletzt darin aufgerieben, die Jugendorganisation der AfD als "extremistisch" einzustufen: "Die Positionen der AfD-Jugendorganisation sind eindeutig nicht mit unserem Grundgesetz vereinbar. Der Verfassungsschutz Brandenburg hat wiederholt Verstöße gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung festgestellt."

Klartext? AfD macht's vor...

Unterdessen explodieren die Migrationszahlen geradezu. Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Fraktion:

"Stetig zunehmende illegale Grenzübertritte wie auch ein Anstieg des Familiennachzugs zu anerkannten Asylbewerbern belegen, daß die Krise immer weitere Kreise zieht. Während es anderen Staaten wie Österreich und Schweden gelingt, die illegale Migration gezielt zu reduzieren, unterläßt die Bundesregierung nicht nur nötige Gegenmaßnahmen, sondern forciert die Migration auch noch, etwa indem sie als Seenotheifer fungierende Schleuser finanziert und immer weitere Aufnahmeprogramme auflegt."

Die AfD-Bundestagsfraktion fordere "als sofort greifende Maßnahmen zur Reduzierung des Migrationsdrucks den Stopp der freiwilligen Aufnahmeprogramme, die Aufhebung des Familiennachzugs zu lediglich subsidiär Schutzberechtigten, die Einführung stationärer Grenzkontrollen auch an der Ostgrenze sowie eine Rückführungsoffensive, die diesen Namen auch tatsächlich verdient".

Solche Ansätze skizziert auch Maximilian Krahl in seiner Schrift "Politik von rechts". Er belegt, daß die AfD sehr wohl zu allen wesentlichen Politikfeldern Position beziehen und eine Alternative bieten kann. Krahl unterstreicht mit diesem Manifest seinen Ruf, einer der streitbarsten und visionärsten Politiker der AfD zu sein. Seine Ansage: Der Meinungskorridor ist zu eng. Es ist an der Zeit, ihn zu erweitern!

Unterdessen drängt Polizeigewerkschafter Rainer Wendt auf konsequente Abschiebungen. Von 280.000 Ausreisepflichtigen würden jährlich nur etwa 13.000 abgeschoben, rechnet er vor. Demnach bräuchte es "fast ein Vierteljahrhundert, um alle Menschen außer Landes zu bringen - vorausgesetzt, niemand würde mehr einreisen."

"Politik von rechts" sollte Pflichtlektüre für alle Menschen sein, die sich eine Abwehr von den herrschenden Parteien wünschen. SPD, CDU, CSU, FDP, Grüne und Linke haben sich eine solche Abkehr wirklich verdient.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 35/23" berichtete am 25. August 2023 (x1.387/...): >>"Warum tut Deutschland nichts?"

Reportage: Die Polizei registriert immer mehr unerlaubte Einreisen - vor allem über die deutsch-polnische Grenze. Das hat seine Gründe

Hinrich Rohbohm

Der Weg von Polen nach Deutschland beträgt gerade einmal 80 Meter. Seit 2004 können Fußgänger bequem über die Görlitzer Altstadtbrücke die Neiße und die Grenze passieren. Ein Weg, den im Jahr 2023 nicht nur die Bewohner der grenznahen Region oder Touristen, sondern zunehmend auch Migranten nutzen. Mehr als 43.000 unerlaubte Einreisen hat die Bundespolizei in den ersten sieben Monaten dieses Jahres insgesamt festgestellt, ein Zuwachs von über 50 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Vorjahr. Allein im Juli verzeichnete man einer Sprecherin des Bundesinnenministeriums zufolge 10.714 Personen, die ohne gültige Papiere in die Bundesrepublik einreisten.

Besonders illegale Einreisen von Polen aus haben dramatisch zugenommen, im Vergleich zu 2022 laut Innenministerium allein hier um 168 Prozent. Einer der Hotspots dafür ist Deutschlands östlichste Stadt, Görlitz an der Neiße. Doch wer sich durch den Ort bewegt, spürt davon zunächst nichts.

Touristen bummeln über die Altstadtbrücke. Von Polen nach Deutschland und umgekehrt. Keine Polizei, auch keine Migranten. Lediglich Überwachungskameras links und rechts der Brücke auf deutscher Seite lassen einen Hauch von Kontrolle erahnen. Kübel mit kleinen Palmen stehen links und rechts aufgereiht, versprühen Willkommens-Atmosphäre.

Von einem direkt daneben gelegenen Restaurant aus hat man einen guten Blick auf den Grenzübergang. Eine Stunde. Zwei Stunden. Ankommende Migranten: null. Auch in der Görlitzer Innenstadt ist von mutmaßlichen Asylbewerbern nichts zu sehen. Wie paßt das mit den sprunghaft angestiegenen Zahlen zusammen? Nachfrage bei den Anwohnern. "Die kommen vor allem nachts, so zwischen 23 Uhr und 5 Uhr morgens", sagt eine Frau der JUNGEN

FREIHEIT. Sie wohnt direkt hinter der Grenze auf deutscher Seite.

Von den Fenstern ihrer Wohnung aus kann man die Brücke gut sehen. Immer wieder, so berichtet sie, würden dann einzelne Gruppen von Migranten die Altstadtbrücke zum illegalen Grenzübertritt nutzen. "Manchmal werden sie von einer Polizeistreife aufgegriffen und wieder zurück auf die polnische Seite geschickt. Aber das bringt nicht viel, weil sie es ja sofort wieder versuchen", meint die Frau.

Ähnliches erzählt auch einer der Zigarettenverkäufer auf polnischer Seite. "Die kommen hierher zurück, kaufen sich bei mir manchmal noch ein paar Zigaretten und versuchen es dann eben erneut." Die illegal Einreisenden kämen zumeist aus Syrien oder Afghanistan, aber auch Türken, Iraner oder Afrikaner aus Somalia und dem Sudan seien bei ihm schon im Laden aufgekreuzt. "Deutschland gibt am meisten Geld für Migranten aus, deshalb wollen alle dahin", ist der Händler überzeugt. Wenn es dunkel werde, würden sich immer wieder Leute über die Brücke aufmachen. "Da ist niemand, der sie stoppt, es gibt ja keine Grenzkontrollen. Ich sehe das alles und wundere mich nur, warum Deutschland nichts tut."

Wenn die Bundespolizisten bei ihren nur stichprobenartigen Kontrollen Illegale aufgreifen und zurückschicken, belegen sie diese zunächst mit einem Einreiseverbot. Kommt es dann zu einem erneuten Grenzübertritt, erfolgt eine Strafanzeige. Der Zigarettenverkäufer hat von dieser Verfahrensweise gehört. Und muß schmunzeln. "Glaubst du, daß es jemanden, der Tausende von Kilometern hinter sich gebracht hat, interessiert, ob er in Deutschland eine Strafanzeige bekommt?" Zudem reicht schon die bloße Äußerung des Wunsches nach Asyl aus, um eine Zurückweisung zu vermeiden. Liegt kein Eintrag über die Einreise in einen anderen EU-Staat vor, muß der Asylantrag in Deutschland geprüft werden.

Was sich nachts abseits der Öffentlichkeit auf der Görlitzer Altstadtbrücke abspielt, läuft nur 500 Meter weiter südlich noch unauffälliger. Hier befindet sich die "Brücke der Freundschaft", über die der Autoverkehr verläuft. Und die Route der Schlepperbanden, die Migranten zumeist in Transportern und Kleinbussen zusammenpferchen, um sie über die Grenze nach Deutschland zu bringen. Auch hier sieht auf den ersten Blick nichts nach Migrationskrise aus. Keine Einwanderer, keine Polizei. Doch der Eindruck täuscht.

Mit Geld vom Staat die Schlepper bezahlen

Täglich greift die Polizei bei ihren sporadischen Kontrollen illegal Eingereiste auf. Und die erfaßten Zahlen dürften nur einen Bruchteil dessen ausmachen, was sich außerhalb der Kontrollen abspielt. Es ist eine schleichende, für die Öffentlichkeit oftmals unsichtbare Migration. Eine, die sich hinter den Wänden der zahlreichen Transporter vollzieht, die die "Brücke der Freundschaft" und andere Brücken von Polen nach Deutschland befahren. Eine, die den Schutz der Nacht nutzt. Und die aufgrund mangelhafter Kontrollen das Auto immer stärker als bevorzugtes Mittel zur illegalen Einreise entdeckt hat.

Erst hundert Kilometer weiter westlich wird das Ausmaß, werden die Hintergründe sichtbarer. In der sächsischen Landeshauptstadt Dresden kommt die JUNGE FREIHEIT mit Jamal ins Gespräch, einem Syrer. Der 23jährige ist erst seit einigen Monaten in Deutschland. Interessant ist vor allem, was er über seine Route nach Deutschland erzählt. Gemeinsam mit Landsleuten ist er zunächst per Flugzeug über Moskau und Minsk an die weißrussisch-polnische Grenze gereist, von dort zu Fuß über die grüne Grenze weiter durch Polen. In Syrien habe sich herumgesprochen, daß es momentan sehr preisgünstig und einfach sei, über Rußland und Weißrußland in die EU zu gelangen.

"Schwierig wurde es erst an der Grenze zu Polen", schildert er. Der Grenzübergang nach Deutschland sei "kein Problem" gewesen. Ob auch er per Transporter ins Land geschmuggelt wurde, möchte er nicht verraten, bestätigt aber: "Wir sind im Auto nach Deutschland gekommen."

Ähnliches erzählen zwei weitere Syrer, mit denen die JF mangels Sprachkenntnissen nur per

Übersetzungsprogramm kommunizieren konnte. Sie bestätigen: "Wir sind über die Route Rußland und Weißrußland in die EU gekommen." In Damaskus und anderen syrischen Städten würden Schleuserbanden "für diesen Weg Werbung" betreiben. Verbunden mit dem Ziel Deutschland. Sie selbst seien von Istanbul nach Moskau geflogen, von dort über Minsk weiter Richtung polnischer Grenze gereist.

Doch es gibt noch weitere bevorzugte Routen. Eine davon führt von der Türkei aus über Bulgarien, Rumänien, Ungarn und die Slowakei nach Tschechien. Eine Route, die der Afghane Amir eingeschlagen hat, der vom Schleuser-Drehkreuz Istanbul aus gemeinsam mit elf weiteren Migranten aus Syrien, Afghanistan und der Türkei für eine Summe von 6.000 US-Dollar per Transporter nach Prag gebracht worden war.

Von dort aus sei er dann über Bad Schandau nach Deutschland gekommen. Nur einen Bruchteil der dafür fälligen Summe habe er bisher bezahlen können. Bemerkenswert dabei: Mit den Schleppern hat er einen Deal. "Sie sagten mir, ich könnte den Rest zahlen, wenn ich in Deutschland bin. Da würde ich dann genug Geld vom Staat erhalten." Amir dürfte mit dieser Zahlungsvereinbarung nicht der einzige sein.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 2. September 2023:

>>Neue Sprachregel: Wem Deutschland gehört

Von *Sven Eggers*

"Deutschland den Deutschen" ist eine Forderung, die tabuisiert scheint. Jetzt zündet der Mainstream die nächste Stufe: "Deutschland den Einwanderern"! Wenn wir nicht aufpassen, gehen wir unter. Es hilft "Politik von rechts", so der Titel des Buches von Maximilian Krah, AfD-Spitzenkandidat zur Europawahl. ...

Die Politik- und Sozialwissenschaftlerin Naika Foroutan ist Hätschelkind des Polit-Establishments. Die Migrationsforscherin dient der woken Überfremdungs-Blase immer wieder als Stichwortgeberin. Zur Belohnung erhält sie Posten und Preise. So ist sie Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung oder Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Berliner Humboldt-Universität.

Überfremdungs-Phrasen

Jetzt hat sie für den Focus ein ellenlanges Elaborat verfaßt, das alle Phrasen abdeckt, die Mainstream-Blätter zur Unterfütterung ihrer Propaganda benötigen. Leseprobe:

"Viele Menschen haben das Gefühl, ihr 'eigenes' Land nicht mehr wiederzuerkennen. Zu Recht, möchte man sagen - denn es sieht anders aus, es ist jünger geworden, es spricht anders, es ißt anders, es betet anders, als früher. Doch sie vergessen: Dieses Land gehört per se niemandem."

Deutschland sei das Land seiner Einwohner. Niemand habe Anspruchsrechte, "weil er oder sie Urahnen hatten, die schon immer hier gelebt haben". Das geht ans Eingemachte. Denn mit dieser Haltung wird letztlich der Grundgesetzgedanke ausgehebelt, daß das deutsche Volk der Souverän im eigenen Land sei. Im Gegenteil: Wenn unser Land den "Einwohnenden" gehört, wie ist dann die Lage in den Großstädten? Wem gehören dann Berlin-Neukölln oder Hamburg-Wilhelmsburg?

Foroutan argumentiert, daß Gruppen, die bisher eher am Rande gestanden hätten, durch Zusammenschlüsse sichtbarer würden und damit offensiver einfordern könnten, "was ihnen demokratisch zusteht".

Marktplatz statt Festung ...

Deutschland habe sich mittlerweile "zu einem der dynamischsten Migrationsakteure weltweit entwickelt", so Foroutan, die übrigens immer wieder auch für Süddeutsche und Frankfurter Allgemeine zur Feder greift und dort auch reichlich Platz erhält. Derzeit, und das sorgt die Migrationsexpertin, präge allerdings die AfD den "Migrationsdiskurs". Sie aber hält dagegen: "Festung Europa war gestern - heute brauchen wir die Plaza Europa, den Marktplatz der Zu-

kunft, um uns nicht moralisch und ökonomisch ins Dunkel zu manövrieren."

Denn, so Foroutan:

"Das letzte Jahrzehnt hat Deutschland demographisch stark verändert. Die Diversität, die vor allem mit Migration verbunden wird, hat sich ausgeweitet. Im Windschatten der jahrzehntelangen Debatten darum, ob Deutschland ein Einwanderungsland ist oder nicht, haben auch andere zentrale Fragen von Minderheitenrechten an Sichtbarkeit gewonnen. Dazu gehören Debatten um Gleichstellung zwischen Mann und Frau - auch in sprachlicher Hinsicht - sexuelle Identität und Transgender, aber auch Umverteilungsfragen, Ost-Aufarbeitungen oder Armut und Kindergrundsicherungen. All diese Debatten rütteln an Selbstverständlichkeiten und Positionen, die Menschen über Generationen gelebt haben."

Ganz und gar aufgeregt hat SPD-Vorzeigepolitikerin Sawsan Chebli den Text ihrer Schwester im Geiste auf X bejubelt. Allerdings war sie damit ziemlich allein auf weiter Flur. Es hagelte lebhaften Widerspruch. Foroutan verstand für einen kleinen Moment die Welt nicht mehr. Doch mit dem nächsten Preis für Zivilcourage wird alles wieder gut. Versprochen.

Das antideutsche Establishment dreht auf. Nur "Politik von rechts" kann diese Art von Fanatismus stoppen. So heißt auch das bemerkenswerte Buch vom AfD-Spitzenkandidaten zur Europawahl, Maximilian Krah.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. September 2023:

>>Asyl: Verabschiedungs- statt Willkommenskultur

Die Asylzahlen haben eine neue Rekordmarke erreicht - es ist inzwischen eine Minute vor zwölf. Doch eine Wende ist immer noch möglich - rechtsstaatlich, human und konsequent. von *Werner Bräuninger*

Noch haben nicht alle bemerkt, daß ein neues 2015 im Gange ist, dieses Mal klandestin und leise, ohne Refugees-welcome-Besoffenheit, gleichsam durch die Hintertür, auf daß es niemandem zu rasch auffalle. Die Hauptfluter und Deichzerstörer, allen voran die hohen Beamten in Brüssel, haben schließlich gelernt.

Der neue EU-Migrationspakt soll die Massenzuwanderung nach Europa nicht etwa verhindern, sondern sie verbrämen und "steuern", wie es euphemistisch heißt. Im Klartext bedeutet das: falsche Signale setzen, Anreize selbst für Analphabeten und berufslose Taugenichtse schaffen, um ihnen dann in der Bunten Republik Deutschland gratis Vollversorgung anzubieten.

Remigration nach Plan

Doch an den Früchten soll man sie erkennen! Denn die Eurokraten und Regierenden fabulieren nach wie vor auch von der "Chance Asyl", bei der es nach spätestens fünf Jahren die Einbürgerung als Geschenk geben soll, bei besonderem Wohlverhalten vielleicht auch schon nach zwei oder drei Jahren.

In ihrer zerstörerischen Wut gehen die Umvolker aber noch viel weiter: Sogenannte Flüchtlinge sollen generell sofort einen legalen Aufenthaltstitel erhalten, ihre Neugeborenen automatisch die deutsche Staatsbürgerschaft. Das alles sollte der Bürger wissen, denn wenn illegale in Kürze nur noch "undokumentierte" Migranten sein werden, dann gibt es - weil es keine Illegalität mehr gibt - folglich auch kein Recht zur Abschiebung mehr.

Die Deutschen fühlen sehr wohl, daß sie existentiell bedroht sind, nur haben sie verlernt, wie sie all dies einordnen, kanalisieren und ihren Zorn artikulieren können. Gefangen im goldenen Käfig ihrer Lethargie, ausgebremst und anästhesiert von den hohlen Phrasen vermeintlich ewiger historischer Schuld, unfähig zu jedem Widerstand, sitzen sie wie paralysiert in ihren Katakomben und warten verteidigungsunwillig auf den Untergang.

Nahziel kann daher nur sein, vorgeblichen Flüchtlingen, die sich - ohne eine Einladung von uns erhalten zu haben - in unserem Land herumdrücken, ihren Aufenthalt so unkomfortabel wie möglich zu machen.

Deshalb müssen wir unverzüglich von einer blindwütigen Willkommenskultur zu einer rigorosen Verabschiedungskultur gelangen: von Ankunfts- zu Abschiebezentren inner- und außerhalb Europas.

Denkbar wäre zunächst auch eine Übernahme des 48-Stunden-Verfahrens der Schweiz, bei dem Asylforderer, die praktisch keine Chance auf ein Bleiberecht haben, weil sie aus sicheren Herkunftsländern kommen, an nur einem Tag angehört werden und bereits am folgenden Tag ihren (negativen) Bescheid erhalten. Der Effekt: Ein Großteil der Scheinasylanten wird sofort wieder abgeschoben. Wer sich gewaltsam widersetzt, wandert in den Knast! ...

Als nächster Schritt muß das Staatsbürgerschaftsrecht reformiert und neugestaltet werden. Schrittweise gehörten dann auf dem Gesetzgebungswege alle Mehrfachstaatsangehörigkeiten und das Optionsmodell bei Geburten im Inland annulliert. Der sogenannte Doppelpaß ist abzuschaffen!

Statt dessen: Einführung einer Remigrationsprämie bei freiwilliger Rückkehr, Finanzierung des Rückflugtickets, finanzielle Starthilfen in der Heimat sowie Angebote mentaler und emotionaler Coachings für diejenigen, die Deutschland verlassen müssen, um sie auf ihr weiteres Leben im Heimatland vorzubereiten, damit sie dort segensreich wirken können. ...

Die Rückerobung des Landes

Zeitgleich ist die Deislamisierung Deutschlands voranzutreiben und - bei weiter existierender Religionsfreiheit - ein Verbot von Minaretten, Predigten in Fremdsprachen oder rein muslimischen TV-Sendern anzustreben. Islamistische Organisationen dürfen nicht den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts erhalten, ihre Finanzierung muß unterbunden werden. Vollverschleierung in der Öffentlichkeit ist zu untersagen, die sogenannte Islamkonferenz einzustellen. ...<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 6. September 2023 (x1.326/...): >>**Import von Vielehen muß schnellstmöglich gestoppt werden**

Berlin, 6. September 2023. Medienberichten zufolge läßt die Ampel-Regierung weiterhin Zweitfrauen von muslimischen Flüchtlingen im Rahmen des Familiennachzuges nach Deutschland einfliegen. Im Mittelpunkt stehen diesmal "Ortskräfte" aus Afghanistan.

Dazu erklärt die familienpolitische Obfrau der AfD-Bundestagsfraktion, Mariana Harder-Kühnel: "Die Vielehe ist weder mit unserer Rechtsordnung, noch mit unserer Kultur vereinbar. Dennoch breitet sich diese Praxis in unserem Land immer weiter aus. Grund dafür ist die verantwortungslose Vielfalts-Politik der linken Ampel, die vor diesem Phänomen konsequent die Augen verschließt.

Das Problem der faktisch gelebten Vielehe, vor allem in Großstädten wie Berlin, ist bereits seit Jahren hinlänglich bekannt. Jedoch wurde seitens der Bundesregierungen dagegen nichts unternommen, obwohl die Ehepartner damit ein fundamentalistisches Werteverständnis zum Ausdruck bringen, das im Widerspruch zur grundgesetzlich garantierten Gleichberechtigung von Mann und Frau steht.

Unsere Fraktion fordert daher die Ampel-Regierung auf, die Tragweite des Phänomens der Vielehe in Deutschland wissenschaftlich zu ermitteln und zu ihrer Eindämmung Sanktionen und Abschiebungen zu erleichtern. Der Import einer Vielehen-Kultur muß schnellstens gestoppt werden."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 7. September 2023 (x1.326/...): >>**Baerbocks Feminismus: Vielehe wird salonfähig gemacht!**

Die Grünen wollen die verbotene Vielehe in Deutschland salonfähig machen - indem sie Zweit- und Drittfrauen von Migranten hierherholen und mit Steuergeld durchfüttern! Jetzt sind zwei besonders krasse Fälle bekannt geworden, in denen das Außenministerium von

Annalena Baerbock die Nebenfrauen von zwei Afghanen samt ihrer Kinderschar - unterm Strich 19 Sprößlinge - einfliegen ließ und im Sauerland untergebracht hat.

Politisch verkauft man so etwas als Familiennachzug. Und verwaltungstechnisch läuft es dann als "alleinerziehend". So wurde eine der Frauen mit sieben Kindern in eine separate Wohnung gesteckt. Für die andere "Familie" - also Vati, Mami 1 bis 2 und neun Kinder - dürfte bald der Einzug in ein größeres Haus fällig werden.

So sieht sie aus, die feministische Außenpolitik der Grünen: Nicht nur die Rechtlosigkeit von Frauen in islamistischen Familien wird gedeckt, sondern auch die Polygamie ihrer Männer. Und obwohl so etwas - genauso wie die Kinderehe - ganz klar gegen deutsche Gesetze verstößt, belohnt man das ganze zumeist, indem der Staat Unterkunfts- und Lebenskosten übernimmt. Bürgergeld, Kindergeld und manch andere Vergünstigungen gibt es obendrein, da es sich bei den Männern um angebliche "Ortskräfte" handelt.

Es ist unglaublich, was unter der Ampelregierung alles möglich ist! Aber es zeigt, wohin die Reise geht. Während traditionelle Lebensmodelle - vor allem die der Familie aus Vater, Mutter und Kind - aktiv bekämpft werden, fördert man andere ganz gezielt. Worum es offensichtlich geht: Die Gesellschaft umzukrempeln und so, wie wir sie bislang pflegten, abzuschaffen. Schaffen wir lieber diese Bundesregierung ab - bevor wir unser Land nicht mehr wieder erkennen!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 8. September 2023: >>**Masseneinwanderung: Schon mehr als 200.000 neue Erstanträge auf Asyl in diesem Jahr!**

Es sind Zahlen, auf die man nur noch mit Achselzucken und Zynismus reagieren möchte: "Na und...!" Zahlen, die ganz im Sinne der Masseneinwanderungspolitik der Anti-Deutschland-Ampel nur noch abstumpfen: Laut Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wurden mit 27.738 Asyl-Erstanträgen allein im August noch einmal 17 Prozent mehr als im Monat zuvor gestellt. Damit wurde die Marke von 200.000 bereits im achten Monat des Jahres übersprungen, berichtet die "Welt".

Die insgesamt 204.461 bis Ende August gestellten Erstanträge bedeuten einen Anstieg um 77 Prozent im Vergleich zum Vorjahreszeitraum. Hauptnationalitäten sind Syrer (61.500 Erstanträge, 81 Prozent mehr als 2022) und Afghanen (35.800, ebenfalls plus 81 Prozent). Hinzu kommen 28.700 Anträge von Türken (plus 209 Prozent!).

Während Syrer und Afghanen fast ausnahmslos als schutzberechtigt anerkannt werden - obwohl sie in der Regel schon vor ihrer Einreise nach Deutschland in einem Durchreisestaat sicher vor Verfolgung oder Krieg waren - erhalten nur 15 Prozent der Türken vom BAMF einen positiven Bescheid.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 11. September 2023 (x1.326/...): >>**Vorbestrafter Afrikaner ersticht junge Frau: Abschiebung statt Kuscheljustiz!**

Einmal mehr erleben wir einen schrecklichen Mordfall, dessen Hintergründe mit dem Schlagwort "psychische Erkrankung" verschleiert und verharmlost werden: Der 33-jährige afrikanische "Flüchtling" Ahmad N. hat am Freitag im baden-württembergischen Wiesloch offenbar wahllos auf eine 30-jährige Verkäuferin eingestochen. Die junge Frau erlag wenig später ihren schweren Verletzungen. Ärzte bescheinigten dem polizeibekanntem Gewaltverbrecher zuvor "Therapiefortschritte", weshalb er unter Aufsicht seine psychiatrische Klinik verlassen durfte und dabei die Gelegenheit zur Flucht ergriff.

Vom Verweis auf psychische Erkrankungen profitiert auch ein 25-jähriger Somalier, der seit Monaten die 7500-Einwohner-Gemeinde Hardheim im baden-württembergischen Odenwald terrorisiert. Der aus Mogadischu stammende Täter beschimpft Anwohner, spricht Todesdrohungen aus und erhielt Strafanzeigen wegen Diebstahls-, Körperverletzungs- oder Bedrohungsstaten. Das Ergebnis: Einstellung aller Ermittlungsverfahren, weil der Somalier "wegen

einer psychischen Erkrankung als schuldunfähig" eingestuft wurde.

Wir haben es satt, daß derartige Kriminalfälle mit psychischen Erkrankungen erklärt werden. Wir haben es satt, daß nicht gehandelt wird. Wer in unserem Land zum Messer greift, seine Mitmenschen bedroht, Frauen belästigt oder Straftaten begeht, der muß sofort abgeschoben werden!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 11. September 2023: >>**Schöne Frauen, heiße Autos, Partys, Stütze: So werben Schleuser für die Masseneinwanderung!**

Die Masseneinwanderung als Lifestyle-Event für Sozialmigranten: Auf verschiedenen Instagram-Accounts mit Hunderttausenden von Followern kursieren Werbe-Videos von Schleusern, die Sozialmigranten afro-asiatischer Herkunft einen unbeschwerten Lebensstil in Europa, hier vor allem in "Germoney", verheißen.

Die Accounts heißen "haraga_europe_official" oder "Lghorba" in verschiedenen Abwandlungen. Bei "Haragas" (arabisch) ist zum Beispiel schon der Name Programm: Das Wort steht für nomadisierende nordafrikanische Invasoren (also meist sogenannte Bootsflüchtlinge), die ihre Papiere verbrennen und illegal auf das europäische Festland bzw. in spanische Exklaven oder auf zur EU gehörende Inseln einzudringen versuchen.

Auf den Accounts wird ein Migranten-Leben in Saus und Braus suggeriert. Die Clips täuschen vor, Einwanderung bedeute Luxus, Party, Flirts, schöne Frauen, schnelles Geld, heiße Autos und soziale Hängematte.

Zu sehen sind Szenen aus dem Alltag von erfolgreich eingewanderten Sozialmigranten. Die Botschaft: Wir haben es geschafft - auch Du kannst es schaffen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. September 2023: >>**COMPACT-Kampagne: Bürgerentscheid gegen Asyl!**

Von Jürgen Elsässer

Ein unglaublicher Skandal: Der Bürgerentscheid über das Asylheim in Prenzlau wurde von CDU-Landrätin Dörk vorläufig verboten. Nun entscheidet der Kreistag der Uckermark über die Zulassung - am 27. September in öffentlicher Sitzung (siehe unten). Das wird ein wichtiger Kampf um die Demokratie in diesem Land - und für die Abwehr der des Volksaustausches. ...

Die Asylflut steigt immer höher. Doch im ganzen Land regt sich Widerstand. Bei Bürgerentscheiden in Mecklenburg-Vorpommern gab es sensationelle Ergebnisse. In Greifswald im Juni haben sich 67 Prozent, in Grevesmühlen im August sogar 91 Prozent gegen geplante Asylunterkünfte ausgesprochen. Das muß den Altparteien eiskalt in die Glieder gefahren sein. Kurz nach Grevesmühlen wurde der anstehende Bürgerentscheid in der Uckermark jedenfalls von der CDU-Landrätin Karina Dörk verboten. Was erlaubt sich diese Politikerin? Kann sie, wie ein Diktator, einfach die Demokratie außer Kraft setzen?

Was ist geschehen? Der Kreistag hatte am vom 18. April 2023 für eine Asyl-Erstaufnahmeeinrichtung für bis zu 300 Asylbewerber in Prenzlau, Brüssower Allee 91 gestimmt. Die Mehrheit der Prenzlauer Stadtverordneten lehnte das Vorhaben "zum jetzigen Zeitpunkt" ab, auch der parteilose Bürgermeister Hendrik Sommer äußerte Skepsis. Die AfD Uckermark machte Nägel mit Köpfen und strengte ein Bürgerbegehren an, dessen erste Formulierung wegen angeblicher Formfehler vom Kreiswahlleiter nicht zugelassen wurde.

Mit einer neuen Formulierung konnte die Unterschriftensammlung dann ab Juni gestartet werden, wobei die Behörde die Frist bis zur Abgabe schikanös verkürzte. Trotzdem konnten in Rekordzeit von nur acht Wochen über 15.000 Unterschriften gesammelt werden, von denen über 13.000 anerkannt wurden. Damit wurde das erforderliche Quorum um über 30 Prozent überschritten.

Bis zu diesem Zeitpunkt schienen die Aussichten für den Bürgerentscheid noch glänzend. Sogar die örtliche CDU unterstützte, obwohl sie gleichzeitig eine eigene Unterschriftensamm-

lung gestartet hatte, die Initiative.

Ihr Prenzlauer Ortschef Meyer kündigte gegenüber dem "Nordkurier" (30.6.2023) an, das von der AfD initiierte Bürgerbegehren ebenfalls unterschreiben zu wollen: "Es geht um das Anliegen." Auch Brandenburgs Innenminister Stübgen verhielt sich zunächst korrekt. "Es wird wahrscheinlich zum Bürgerentscheid kommen. Nach Recht und Gesetz wird es wahrscheinlich stattfinden", wurde der CDU-Politiker noch am 17. August in der "Berliner Zeitung" zitiert.

Doch am 1. September ging es kehrt marsch: Seine Parteifreundin, die Landrätin Dörk, erklärte den Bürgerentscheid für unzulässig, und zwar ausdrücklich nach Rücksprache mit dem Innenminister. Was war in diesen zwei Wochen geschehen? Warum galt für Stübgen "Recht und Gesetz" plötzlich nicht mehr? War es der Schock des Bürgerentscheids von Grevesmühlen, wo am 27. August 91 Prozent gegen die Asylantenaufnahme gestimmt hatten? Hatte sich die CDU von ihren Koalitionspartnern in der Landesregierung, der SPD und den Grünen, wieder einmal den Schneid abkaufen lassen?

Zur Begründung des Demokratie-Verbot wies die Sprecherin der Kreisverwaltung, Ramona Fischer, darauf hin, daß es sich bei der Unterbringung der Flüchtlinge um eine "Pflichtaufgabe des Landkreises zur Erfüllung nach Weisung des Landes handele", die nicht Gegenstand eines Bürgerentscheids sein könne. Doch das ist offensichtlicher Unsinn:

Im Text des Bürgerbegehrens war ausdrücklich festgehalten worden, daß es nur um das Asylheim in der in der Brüssower Allee gehe, nicht um die Ablehnung der "Pflichtaufgabe des Landkreises" zur Aufnahme von Flüchtlingen im Allgemeinen. Die AfD-Initiatoren hatten auf dem Unterschriftenblatt sogar explizit andere Unterkünfte für die Asylanten in Aussicht gestellt: "Als logistisch wie sicherheitspolitisch vorzugswürdige Alternativen bieten sich andere Objekte an."

Was auf dem Spiel steht

Seit 2015 wird in Deutschland eine Politik der Masseneinwanderung betrieben, bei der die Bevölkerung nie um ihre Zustimmung gefragt wurde. Die Möglichkeit, über Parlamentswahlen Einfluß zu nehmen, wurde abgeschnitten, weil gegen die einzige asylkritische Partei, die AfD, eine sogenannte Brandmauer errichtet wurde. Die aber kann nur halten, wenn die Grünen Teil der Brandmauer sind. So begaben sich alle anderen in Geiselhaft von Habeck, Baerbock und Co. Wer heute AfD wählt, wird als rechtsextrem verleumdet; wer jedoch diesem Stigma entkommen will und bei der CDU sein Kreuzchen, stellt schnell fest, daß er mit den Schwarzen auch gleich für die Grünen gestimmt hat.

Bei Volksentscheiden und Bürgerentscheiden aber gibt es keine Brandmauer. Hier entscheiden nicht Abgeordnete und Parteien, sondern Bürger. Deswegen kann über den Weg der direkten Demokratie über alle Parteigrenzen hinweg die vernünftige Mehrheit sichtbar und wirksam werden, die die Linksgreenen fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Darum geht es jetzt in der Uckermark: Demokratie heißt Volksherrschaft. Holen wir uns die Demokratie zurück! Holen wir uns unser Land zurück!

... Das Boot ist voll! Mehr ist nicht verkraftbar! Nicht zu vergessen: Ein Bürgerentscheid ist rechtlich verbindlich und damit eine weit schärfere Waffe als eine bloße Unterschriftensammlung/Petition.<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/26997" berichtete am 13. September 2023 \(x1.319/...\): >>>Ausländerkriminalität - Kalkül einer Agenda?](https://www.klagemauer.tv/26997)

Seit einigen Jahren häufen sich die Medienberichte über kriminelle Migranten. Messerangriffe, Schlägereien, Vergewaltigungen und sonstige Sexualdelikte durch Hinzugewanderte erreichen vielerorts Rekordstände und sorgen zunehmend für ein Klima der Angst und Wut in den betroffenen Ländern.

Gleichzeitig warnen Staat und Medien intensiv vor einer Zunahme rechter Gewalt und schie-

ben jeden in die "rechte Ecke", der sich auch nur ansatzweise kritisch zur aktuellen Asylpolitik und anderen großen Krisen äußert. Die Unzufriedenheit der heimischen Bevölkerung wächst und spiegelt sich europaweit in Umfragewerten und Wahlergebnissen wider. Parteien des rechten Spektrums erhalten Zustimmungswerte wie nie zuvor.

Nachvollziehbar ist beides: die Wut auf den Anteil der kriminellen Ausländer unter den Hinzugewanderten, ebenso wie die Wut der Migranten, die mit falschen Versprechen nach Europa gelockt wurden. Unweigerlich stellt sich die Frage:

Wer ist für diesen weiteren Spaltkeil in der Gesellschaft verantwortlich?

Mit dieser Sendung laden wir Sie ein, die wahren Verursacher der Migrationskrise in den Fokus zu nehmen.

Der UN-Migrationspakt

Im Jahre 2018 einigten sich 190 Länder auf den von der UN initiierten "Globalen Pakt für Migration". Nach Auffassung des UN-Generalsekretärs António Guterres haben die europäischen Staaten kein Recht mehr, ihre Grenzen zu überwachen. Es sei ihre Pflicht, die nach Europa drängenden Menschen aufzunehmen.

"Wir müssen die Europäer davon überzeugen, daß die Migration unausweichlich ist und daß es multiethnische Gesellschaften sind, ... die den Wohlstand erzeugen", so Guterres. Den UN-Migrationspakt nannte er am 10.12.2018 am UN-Gipfel in Marrakesch eine "Roadmap (Strategie) zur Vermeidung von Leid und Chaos".

An diesen Behauptungen wird sich Guterres bemessen lassen müssen.

Nachfolgende Berichte gingen allein in den letzten Tagen durch deutsche Medien und zeichnen ein gänzlich anderes Bild:

08.08.2023 (Bild.de)

26-jähriger Syrer sticht Mann in Fürstenwalde nieder ...

08.08.2023 (Tag24)

Neben Kindern im Kino onaniert: Polizei sucht dunkelhäutigen Mann ...

07.08.2023 (Presseportal)

Afghane onaniert vor Frauen im Bahnhof und beklaut weitere ...

07.08.2023 (Mopo.de)

Gruppe Südländer verprügelt 5 Frauen im Zug ...

07.08.2023 (Mittelbayerische)

Versuchter Totschlag: Syrer (23) schlägt Kopf einer Frau (27) auf Teerboden ...

06.08.2023 (Bild.de)

Halle: 15-jähriges Mädchen von 29-jährigem Tunesier vergewaltigt ...

04.08.2023 (112 Magazin)

Syrer ersticht 27-Jährigen an Tankstelle in Bad Wildungen ...

03.08.2023 (www.20 Min.ch/story ...)

23-jähriger Eritreer ersticht 33-Jährigen in Solothurn ...

03.08.2023 (Bild.de)

Aggressiver Afrikaner ging mit Messern auf Polizisten los ...

03.08.2023 (Bild.de)

Am Tag ihrer Ankunft in Deutschland: Ukrainerin in Asylunterkunft vergewaltigt ...

03.08.2023 (Kronen Zeitung)

Vier dunkelhäutige Ausländer überfallen 80-Jährige brutal im eigenen Haus ...

03.08.2023 (Tagesschau)

Mehr als 50 Verletzte nach Ausschreitungen bei Eritrea-Festival in Stockholm ...

03.08.2023 (Bild.de)

Afrikaner versuchte Kleinkind von deutscher Mutter das Genick zu brechen und warf es durch den Raum ...

03.08.2023 (Bild.de)
 Afghane vergewaltigt 16-Jährige und kommt frei. Laut Gericht sei er "im Prinzip voll integriert" ...

03.08.2023 (Bild.de)
 Beamten in Ulmer Innenstadt halbtot geprügelt: 3 Migranten müssen Haftstrafe antreten ...

02.08.2023 (The World News)
 Syrische Jugendbande foltert 24-Jährige und wollte sie anzünden ...

02.08.2023 (Focus.de)
 Zwölfjährige von migrantischer Mädchen-Gang stundenlang brutal erniedrigt und verprügelt ...

02.08.2023 (Bild.de)
 Hauptbahnhof München: Feige Messerattacke von Iraker auf Bahnreiniger ...

01.08.2023 (www.inFranken.de ...)
 Bayern: Arabisch aussehender Mann belästigt Frau auf Radweg sexuell ...

31.07.2023 (www.rnf.de ...)
 Heppenheim: Vier Dunkelhäutige schlagen und treten Frau in Unterführung krankenhaureif ...

31.07.2023 (Süddeutsche Zeitung)
 31-jähriger Migrant soll mehrere Seniorinnen in Schwäbisch Hall erschlagen haben ...

31.07.2023 (Westfalen Blatt)
 2 Migranten greifen 15-Jährigen mit Messer an und verletzen ihn schwer ...

31.07.2023 (Bild.de)
 Hamburg: 40 Polizisten nehmen 12 migrantische Räuber fest - alle wieder frei ...

30.07.2023 (Bild.de)
 Hannover: Wegen einer einzigen Asylunterkunft mußte die Polizei von Januar bis März 230 mal ausrücken ...

30.07.2023 (<https://bnn.de> ...)
 Ukrainer stirbt nach Angriff in Flüchtlingsunterkunft ...

28.07.2023 (Aachener Zeitung)
 Dunkelhäutiger fällt mittags auf Parkplatz über minderjähriges Mädchen her und belästigt sie sexuell ...

28.07.2023 (Bild.de)
 Prügel-Video von Migranten mit Schlagstock und Messer schockt Thüringen ...

27.07.2023 (Oberpfalzecho)
 Syrer und Iraker vergewaltigen junge Frau in Weiden ...

27.07.2023 (Bild.de)
 Südländischer Schlägertrupp verprügelt Zug-Reisende brutal ...

25.07.2023 (Focus.de)
 Tausende psychisch gestörte Flüchtlinge ohne Therapie: "Messer- und Axtmänner der Zukunft" ...

24.07.2023 (Mopo.de)
 Niedersachsen: Seit Tagen gehen zwei Clans aufeinander los - Polizei machtlos ...

23.07.2023 (Bild.de)
 Migranten-Kinder rauben Kiosk mit Messer und Schußwaffe aus ...

18.07.2023 (Stuttgarter-Nachrichten)
 Dunkelhäutiger onaniert vor Frau und Kleinkind ...

Heute stellen wir fest, daß die UN mit dem bedingungslosen Öffnen der Grenzen in sämtlichen EU-Ländern erst Leid und Chaos verursacht hat, anstatt sie zu vermeiden. Der gute Naturtrieb der Menschen in den Industrieländern, notleidenden Menschen helfen zu wollen, wur-

de schamlos mißbraucht und hat zu einer nie dagewesenen Masseneinwanderung geführt. Denn neben den vielen wirklich notleidenden Menschen haben sich natürlich auch Kriminelle mit bösen Absichten und ohne jeglichen Anstand auf den Weg nach Europa gemacht.

Menschen, die teilweise im eigenen Land schon gescheitert sind, keine Perspektive mehr hatten und plötzlich die Möglichkeit geboten bekamen, in ein Sozialsystem einzuwandern, welches sie rundum versorgt und wo ihnen keine ernsthaften Konsequenzen für ihr Handeln drohen.

Die viel umworbenen Fachkräfte in großer Menge blieben jedoch aus und so stellt sich zwangsläufig die Frage:

Haben unsere Politiker sich einfach vertan, oder war dieser Migrationspakt eiskaltes Kalkül?

Wenn wir uns zum Vergleich andere Krisen anschauen, wie erst jüngst die Corona-Plandemie, zeigt sich ein wiederkehrendes Muster.

Klima der Angst

Gleich zu Beginn einer Krise baut der Staat mit Hilfe der Massenmedien ein Klima der Angst auf. Dann verordnet er Maßnahmen. Diese verfehlen aber ihr Ziel.

Man erinnere sich: Als die Infektionszahlen aufgrund der PCR-Tests scheinbar stiegen, wurde der Impfstoff den Menschen als einzige Lösung aufgezwungen. Neben einer tiefen Spaltung zwischen Impf-Befürwortern und -Gegnern sorgten diese Impfstoffe für eine regelrechte Welle an schweren Nebenwirkungen und massenweise Impftoten.

Jetzt die Schuld für die Corona-Krise den Geimpften oder den Ungeimpften zu geben und sich gegen die eine oder andere Seite aufhetzen zu lassen, wäre absurd und kurzsichtig. Ebenso kurzsichtig ist es, wenn man eingewanderten Kriminellen die Schuld an der Migrationskrise zusprechen und sich damit gegen sie aufhetzen lassen würde.

Denn die weltweit eskalierenden Krisen - ob durch Migration oder Pandemie - in der Finanzwelt, in Kriegen und vielem anderen, entpuppen sich bei genauerer Betrachtung als groß angelegtes Chaos-Programm.

Ziel scheint die totale Destabilisierung der Völker als Startrampe für den von WEF-Gründer Klaus Schwab verkündeten Great Reset zu sein. In all diesem Chaos häufen sich nun nämlich Forderungen nach besser geschützten Außengrenzen, härterem Durchgreifen der Polizei oder stärkerer Überwachung. Aber Achtung: Mit großer Wahrscheinlichkeit ist genau dies so gewollt und strategisch geplant.

Denn genau diese Maßnahmen führen uns alle immer tiefer in die totale Kontrolle und weg von der geliebten Freiheit und dem heiß begehrten Frieden.

Setzen wir diesem Globalisten-Wahnsinn gemeinsam ein Ende, indem wir unsere Emotionen nicht länger auf deren Opfer oder Marionetten richten. Es gilt auch in der Migrationskrise den Fokus auf die wahren Strippenzieher zu richten und das eigene Umfeld über deren Strategie aufzuklären.

Beginnen Sie jetzt ganz praktisch, indem Sie diese Sendung an Freunde und Bekannte weiterleiten.

All jene Politiker, die uns dies beschert haben, müssen ins Bewußtsein der Öffentlichkeit gebracht und zur Rechenschaft gezogen werden.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 15. September 2023: >>**Lampedusa: 5.000 illegale Migranten an einem Tag - Frau Meloni, stoppen Sie diese Invasion!**

Zumindest im Hinblick auf ihre Migrationspolitik erweist sich die italienische Ministerpräsidentin Giorgia Meloni bislang als eine herbe Enttäuschung: Lampedusa hat den Notstand ausgerufen! Mehr als 120.000 Invasoren landeten in diesem Jahr schon auf der italienischen Mittelmeerinsel an. Allein am Dienstag (12.09.) waren es mehr als 5.000 Bootsmigranten.

Es ist ein beispielloser Ansturm auf Europa, den die Regierung in Rom offenbar hilflos geschehen läßt. Von der italienischen Marine weit und breit keine Spur. Einer der Gründe für die

Massen-Invasion: Der Deal, den Italien mit Tunesien glaubte, abgeschlossen zu haben, scheint nicht zu funktionieren.

Beobachter der Verhältnisse auf Lampedusa sagen: "Wenn das so weitergeht, wird das Europa, wie wir es bis vor wenigen Jahren noch kannten, bald nicht mehr existieren!"

Lampedusa liegt 190 Kilometer von der tunesischen Küstenstadt Sfax entfernt und gehört zu den Brennpunkten der Mittelmeer-Migration nach Europa. Das einzige Aufnahmезentrum auf der Insel ist für 600 Menschen ausgelegt. Es ist derzeit hoffnungslos überfüllt. Knapp 6.800 illegale Migranten haben aktuell die Insel okkupiert. Sie werden täglich zu Hunderten auf das Festland verteilt. Es braucht nicht viel Phantasie, um sich auszumalen, wohin die Reise dann weitergeht.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 15. September 2023:
>>**Asyl-Invasion: Migranten erstürmen Slowenien**

Auch Slowenien sieht sich in diesem Jahr mit einer massiven Zunahme der illegalen Migration konfrontiert, von der das Land regelrecht überrollt wird. Viele der Asyl-Forderer werden nach Deutschland weiterziehen. ...

Die konzertierte Aktion, Europa mit vorwiegend jungen Männern aus fremden Kulturkreisen zu fluten, macht auch vor den Grenzen Sloweniens nicht halt. DEMOKRACIJA unser, Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION schreibt dazu:

Der Abbau des Zauns an der Südgrenze, den die derzeitige linke Regierung im vergangenen Jahr initiiert hat, fand entlang der westlichen Balkanroute der Migranten Widerhall und sendete eine klare Botschaft an die Migranten, sich nach Slowenien zu begeben. An diesem Wochenende erreichte die Migranteninvasion ihren Höhepunkt, als Polizeibeamte aus Brezice und Krsko in nur wenigen Tagen, von Freitag, dem 8. September, bis Montag, dem 11. September, insgesamt 1.075 illegale Migranten aufgriffen.

Afghanen und Afrikaner

Unter den aufgegriffenen illegalen Einwanderern befanden sich 480 Afghanen, gefolgt von 235 Marokkanern, 100 Pakistanern und 54 Bürgern aus Bangladesch. Darüber hinaus nahmen Polizeibeamte je 29 syrische und russische Staatsangehörige, 20 Algerier, 13 Inder, 12 Migranten aus Sri Lanka, je 11 aus dem Irak und Nepal, neun burundische Staatsangehörige, sieben Iraner, vier Palästinenser und vier sudanesishe Staatsangehörige, je drei aus Eritrea und dem Kongo, zwei Ägypter, zwei Tunesier, zwei Sierra Leoneaner und je einen aus Kamerun, Ghana, dem Libanon und dem Senegal fest.

Neben der Festnahme von illegalen Einwanderern, die in großer Zahl einreisen und durch das Land irren, während die Asylzentren überfüllt sind, hat die Polizei auch mit ständigen Versuchen zu tun, Migranten zu schleusen. Am Freitag stoppte die Polizei im Gebiet Obrezje ein Fahrzeug mit rumänischen Kennzeichen, in dem ein 20-jähriger rumänischer Staatsbürger sechzehn Syrer hereinschleuste.

Asylzentren überfüllt - Hochbetrieb für Schlepper

Am Samstag wurde erneut ein rumänischer Staatsbürger angehalten, der sieben illegale Migranten aus Syrien und zwei aus dem Irak in seinem Auto mitführte. In der Nähe von Catez Savi hielt die Polizei ebenfalls am Samstag ein Fahrzeug mit kroatischen Kennzeichen an, dessen Fahrer die Polizei zunächst ignorierte und sich weigerte, anzuhalten. Hinter dem Steuer saß ein Pakistaner, der vier Türken schleppte, natürlich ohne die für die Einreise nach Slowenien erforderlichen Dokumente. In der Gegend von Drnovo erwischte die Polizei am selben Tag einen rumänischen Fahrer, der vier Türken in einem Auto mit italienischen Kennzeichen transportierte und versuchte, vor der Polizei zu fliehen.

Obwohl die meisten illegalen Grenzübertritte im Gebiet der Polizeiverwaltung von Novo Mesto stattfinden, haben Polizeibeamte in Koper am Wochenende auch 64 illegale Migranten aufgegriffen. Unter anderem hielten sie in Petrinje ein Auto mit französischen Kennzeichen

an, das von einem in Frankreich lebenden russischen Staatsbürger gefahren wurde. Er transportierte sieben russische Staatsbürger ohne die erforderlichen Dokumente.

Was auf dem Spiel steht

Seit 2015 wird in Deutschland eine Politik der Masseneinwanderung betrieben, bei der die Bevölkerung nie um ihre Zustimmung gefragt wurde. Die Möglichkeit, über Parlamentswahlen Einfluß zu nehmen, wurde abgeschnitten, weil gegen die einzige asylkritische Partei, die AfD, eine sogenannte Brandmauer errichtet wurde. Die aber kann nur halten, wenn die Grünen Teil der Brandmauer sind. So begaben sich alle anderen in Geiselschaft von Habeck, Baerbock und Co. Wer heute AfD wählt, wird als rechtsextrem verleumdet; wer jedoch diesem Stigma entkommen will und bei der CDU sein Kreuzchen, stellt schnell fest, daß er mit den Schwarzen auch gleich für die Grünen gestimmt hat.

Bei Volksentscheiden und Bürgerentscheiden aber gibt es keine Brandmauer. Hier entscheiden nicht Abgeordnete und Parteien, sondern Bürger. Deswegen kann über den Weg der direkten Demokratie über alle Parteigrenzen hinweg die vernünftige Mehrheit sichtbar und wirksam werden, die die Linksgreenen fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Darum geht es jetzt in der Uckermark: Demokratie heißt Volksherrschaft. Holen wir uns die Demokratie zurück! Holen wir uns unser Land zurück! ...

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt. Die Passage über den Bürgerentscheid in Prenzlau stammt nicht von Unser Mitteleuropa<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 18. September 2023 (x1.326/...): >>**Migrantengewalt nicht verschweigen, sondern bekämpfen!**

In Lübeck und Stuttgart spielten sich schreckliche Szenen ab: Die Massenschlägereien wurden auch gefilmt und in den sozialen Medien verbreitet. Die Polizei Schleswig-Holstein forderte auf, die von dort stammenden Videos nicht zu verbreiten.

Stephan Brandner, stellvertretender Bundessprecher der Alternative für Deutschland, macht deutlich, daß Migrantengewalt nicht verschwiegen, sondern viel mehr bekämpft werden müsse.

"Offensichtlich versucht die Polizei auf Geheiß der Politik, Material, das nicht dem buntwoken Weltbild der geglückten Integration entspricht, verschwinden zu lassen und argumentiert damit, daß es kein öffentliches Interesse gäbe. Das ist aber völlig falsch. Videos dieser Art dienen keinesfalls der Sensationsgier, wie die Polizei meint, sondern viel mehr der Aufklärung der Bevölkerung über die konkreten Auswirkungen der seit Jahren ungesteuerten Einwanderung Gewalttätiger und Krimineller.

Leider häufen sich Vorfälle dieser Art so stark, daß es nicht gelingen wird, die Bevölkerung in dem Fehlglauben zu lassen, daß die Migration nach Deutschland eine Bereicherung ist. Dieses Land hat sich verändert - zum Guten aber nicht. Nur die AfD wird konsequent gegen die ungesteuerte Migration vorgehen!"<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 18. September 2023: >>**Migrantengewalt in Stuttgart und Lübeck: ALLES SO SCHÖN BUNT HIER!**

Am vergangenen Wochenende kam es in zwei deutschen Städten wieder zu gewalttätigen Ausschreitungen mit "Migrationshintergrund". Längst wird der Bürgerkrieg in Eritrea auf deutschem Boden ausgetragen. "Die einzig richtige Antwort auf solche Gewaltausbrüche kann nur Abschiebung gewaltbereiter Migranten sein", forderte die AfD-Fraktionsvorsitzende im Deutschen Bundestag, Alice Weidel, auf "X" (früher Twitter).

Bürgerkrieg jetzt auch im "grün-schwarzen" Baden-Württemberg! Die Bilanz des zweiten "Eritrea-Festivals" in diesem Jahr - nach Gießen (Hessen) Anfang Juli jetzt in der baden-württembergischen Landeshauptstadt Stuttgart: 24 verletzte Polizisten - zwei davon schwer!

Bis auf eine Person sind alle der 228 vorübergehend festgenommenen Randalierer laut Polizei wieder auf freiem Fuß. Sie waren völlig enthemmt aufeinander mit Holzplatten losgegangen. Es hagelte Steine und Flaschen auch auf Polizisten.

Ermittelt wird jetzt wegen schweren Landfriedensbruchs. Ein mutmaßlicher Täter wurde dem Haftrichter vorgeführt. Er soll bereits häufiger polizeilich in Erscheinung getreten sein.

Lübeck: Araber gehen aufeinander los

- 700 Kilometer weiter nördlich: Junge Männer, mutmaßlich Araber, prügeln sich mitten in der Innenstadt von Lübeck. Ein Augenzeuge filmte die tumultartigen Szenen und stellte das Material ins Internet. Darauf ist zu sehen, wie zehn junge Männer wie von Sinnen aufeinander einschlagen. Einer der mutmaßlichen Araber (Bart, Weste) benutzt einen Mülleimer als Schlagwaffe. Ein zu Boden gegangener Mann wird gegen den Kopf getreten. Immer wieder ist das Wort Wallah (arabisch für "bei Gott") zu hören. Auslöser der Gewalt-Orgie soll eine sportliche Schulveranstaltung gewesen sei, bei der es offenbar zum Streit gekommen war.

Polizei zensiert Video-Material

Um die Gruppe zu trennen, rückte die Polizei mit zehn Streifenwagen an. Vier Personen sollen einen Platzverweis erhalten haben. Bilanz der Migrantenschlägerei: Fünf Verletzte!

Augenzeugen filmten die Ausschreitungen. Der Kommentar der Landespolizei Schleswig-Holstein dazu: "Achtung!!! Derzeit kursiert in den sozialen Medien ein Video zu einer gewaltsamen Auseinandersetzung in Lübeck! Die Polizei mahnt vor einer weiteren Verbreitung des Videos und ruft zur Löschung auf!"

Auf Nachfrage eines "X-Users" teilte die Polizei mit: "Es reicht, wenn die richtigen Stellen die Wahrheit sehen und dazu ermitteln. Das gehört nicht in die Öffentlichkeit!" Per Pressemitteilung wurde dazu aufgefordert, das Material vom eigenen Handy zu löschen: "Die Polizei mahnt vor der weiteren Verbreitung dieses Videos und fordert dazu auf, das Video von eigenen Geräten umgehend zu löschen und auf keinen Fall weiter zu verbreiten oder zu teilen. Es könnten dadurch Straftatbestände erfüllt werden."

Die Polizei verweist auf Paragraph 131 des Strafgesetzbuches ("Gewaltdarstellung"). Was wie eine fürsorglich gemeinte Warnung klingt, ist in Wirklichkeit ein leicht durchschaubarer Versuch von Zensur: Die Öffentlichkeit soll nicht sehen, welche Zustände inzwischen in "Buntland" herrschen!

Immerhin: Selbst die linksgrüne "ARD-tagesschau" kommt an manchen Ereignissen nicht mehr vorbei!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. September 2023:

>>Lampedusa: Rettet Salvini Europa?

Von *Sven Reuth*

Lampedusa: Der Ort, an dem Europa schon längst zu Afrika geworden ist. Die Überflutung der kleinen Mittelmeerinsel mit schwarzafrikanischen Migranten hat ein neues unfaßbares Niveau erreicht. ...

Die gerade einmal 20 Quadratkilometer große Insel Lampedusa wird mehr und mehr zum europäischen Schicksalsort. Hier begann im Jahr 2011 im Zuge des sogenannten Arabischen Frühlings der Sturm Afrikas auf Europa. Hier landen im Herbst 2023 mittlerweile Tag für Tag Tausende von schwarzafrikanischen Migranten an und streifen mittlerweile ziellos auf der Suche nach Nahrung über die gesamte Insel.

Untergangministerin Nancy Faeser

Zu Recht hat der italienische Vize-Ministerpräsident und Infrastruktur-Minister Matteo Salvini von einem Kriegsakt gegen sein Land gesprochen. Weiter sprach er aber auch davon, daß die Migrantenflut die Folge eines "sozialistisch regierten Europas" sei. Damit weist Salvini Deutschland ganz klar die hauptsächliche Verantwortung für die ungesteuerte Massenzuwanderung, die mittlerweile apokalyptische Ausmaße angenommen hat, zu - und er hat Recht da-

mit.

Die grünlinken Geisterfahrer und Migrationslobbyisten der Ampel-Regierung machen tatsächlich alles, um das Gesicht Deutschlands innerhalb weniger Jahre nochmals dramatisch zu ändern. Nancy Faeser, die "unfähigste Innenministerin aller Zeiten", wie Henryk M. Broder zuletzt treffend feststellte, scheint es sich regelrecht zum Ziel gesetzt zu haben, ihr eigenes Land in einem unregulierten Strom der Massenmigration untergehen zu lassen. Ihre neueste Ankündigung, härter gegen Schlepper vorzugehen, ist ein weiteres Lippenbekenntnis mehr, um von ihren wahren Plänen abzulenken.

Sinnlose Symbolpolitik

In Wirklichkeit wird sie wieder alles daran setzen, eine möglichst große Zahl von Migranten nach Deutschland umzuleiten und alle sinnvollen Zuzugsbeschränkungen, die auf EU-Ebene diskutiert werden, zu vereiteln. Der Vorschlag der italienischen Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, einen gemeinsamen EU-Marineinsatz zur Blockade der Mittelmeerroute zu starten, dürfte mit Sicherheit schon an Faeser scheitern.

Reine sinnlose Symbolpolitik war auch der gestrige Besuch von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen auf Lampedusa. Die CDU-Politikerin sollte sich vielleicht besser einmal darum kümmern, die für das EU-Migrationsabkommen mit Tunesien vorgesehenen Gelder freizugeben. Wenn kein Geld fließt, dann wird der tunesische Präsident Kais Saied sicherlich keine Anstrengungen unternehmen, um die von seinem Land ausgehende Völkerwanderung zu stoppen.

Das beste wäre natürlich, die EU würde ihre Außengrenzen entschlossen selbst schützen. Das scheint allerdings - nach den Erfahrungen, die man seit 2015 mit der EU-Migrationspolitik machen mußte - ein völlig illusorisches Vorhaben zu sein.

"Migrationsströme sind wie Plattentektonik"

Patrick Saint-Paul, Chefredakteur der französischen Tageszeitung Le Figaro, stellte in seinem heutigen Leitartikel fest:

"Kam die Lampedusa-Krise unerwartet? Ganz im Gegenteil! Kriege, Armut, dazu der Klimawandel und die explosionsartige Bevölkerungszunahme in den vulnerabelsten Ländern haben die Migrationsströme zu einem ebenso vorhersehbaren Phänomen gemacht wie die Plattentektonik. Aber Europa ist planlos. ... Es ist an der Zeit, daß sich die Europäer zusammentun und endlich ein neues Migrationspaket verabschieden. Über die notwendige Zusammenarbeit mit Herkunfts- und Transitländern hinaus ist der Schutz der EU-Außengrenzen von entscheidender Bedeutung. Nur so kann die den Europäern so wichtige Bewegungsfreiheit innerhalb der EU gewährleistet werden."

So richtig diese Aussagen auch sind - es steht zu befürchten, daß auch sie verhallen werden. Bleibt noch die Hoffnung, daß Matteo Salvini seine zaudernde Ministerpräsidentin Giorgia Meloni, seit deren Amtsantritt sich die Migration nach Italien verdoppelt hat, stürzt.

Der Druck auf Meloni wächst jedenfalls. Auch für die italienische Ministerpräsidentin und ihre Partei "Fratelli d'Italia" rückt der Tag der Europawahlen näher. Gut möglich, daß die italienischen Wähler dann eine saftige Quittung ausstellen und Salvinis Lega wieder zur stärksten rechten Kraft im Land wird.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 19. September 2023 (x1.326/...): >>**Faesers Ausländerwahlrecht muß gestoppt werden!**

Eine der schlimmsten Fehlbesetzungen der Ampel läßt wieder von sich hören: Innenministerin Faeser (SPD) setzt sich als Spitzenkandidatin der hessischen Landtagswahl für ein kommunales Wahlrecht aller Menschen ein, die "länger als sechs Monate" in Deutschland leben. Damit würden auch vermeintliche "Flüchtlinge" aus Afghanistan, Syrien oder der Türkei wählen dürfen - auch ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Der deutsche Paß wird damit zur Ramschware gemacht. Vor allem aber: Faeser und die SPD wollen Menschen, die überhaupt keinen Bezug zu Deutschland haben, als neue Wählerschichten an Land ziehen. Verwunderlich ist das nicht, denn die als "Nichtmigranten" verhöhten Einheimischen laufen der Scholz-SPD davon.

Das irre Vorhaben von Nancy Faeser, das nur so trieft von Verachtung gegenüber dem eigenen Land, muß gestoppt werden! Dazu haben die hessischen Wähler die beiden entscheidenden Hebel in der Hand: Erstens müssen sie der SPD eine epochale Wahlniederlage beschere, von der man noch in Jahren reden wird. Und zweitens müssen sie mit einem Knaller-Ergebnis für die AfD dafür sorgen, daß in Berlin auch der Letzte begreift: Wir haben die Massenmigration satt! Unser Land braucht keine Innenministerin, die die Abschiebung von Vergewaltigern sabotiert und illegalen Ausländern offensichtlich nähersteht als ihren eigenen Landsleuten, denen sie ihr Amt zu verdanken hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. September 2023:

>>**Köln: Araber-Horror im Agrippabad**

Von *Sven Reuth*

Acht junge Männer aus Syrien, der Türkei und dem Irak umringen im Kölner Agrippabad ein 13jähriges Mädchen, der Iraker begeht einen sexuellen Übergriff. Die Tat hatte wieder mal keine unmittelbaren Folgen. ...

Eine widerwärtige Tat durch illegal zugewanderte Asyl-Forderer, die sich in Deutschland als Sexualverbrecher betätigen, mehr: Im Kölner Agrippabad umringte und bedrängte am Sonntag eine Gruppe von acht aus dem Nahen Osten stammenden Männern ein gerade erst 13 Jahre altes Mädchen. Die Männer warfen das Mädchen hoch und tauchten es unter Wasser. Dabei griff ein Iraker dem Mädchen in das Unterteil ihres Bikini-Anzugs. Der Rest der Gruppe bestand aus drei Türken und vier Syrern, das Alter der Männer liegt zwischen 16 und 26 Jahren. Der sexuelle Übergriff soll durch einen 16jährigen Iraker erfolgt sein.

"Es wird schmerzhaft sein"

Niemand braucht sich in irgendeiner Form überrascht zu geben. Diese Form der "kulturellen Bereicherung" durch die massenhafte und unbegrenzte Zuwanderung aus Afrika und dem Nahen und Mittleren Osten war zu erwarten. Man erinnere sich nur an die teilweise geradezu bestialischen Massenvergewaltigungen, die sich während des vom Westen euphorisch gefeierten "Arabischen Frühlings" auf dem Tahrir-Platz in Kairo abspielten, als sich teilweise ein Mob von Dutzenden völlig enthemmter Männer auf die dort anwesenden Frauen stürzte.

Doch wie hat uns die Vize-Präsidentin des Bundestags und Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt schon während des Asyl-Tsunamis 2015 belehrt:

"Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich darauf!"

Oder ein weiteres Bonmot von Aydan Özoguz (SPD), ebenfalls Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags und von 2013 bis 2018 Migrationsbeauftragte der Bundesregierung:

"Wir stehen vor einem fundamentalen Wandel. Unsere Gesellschaft wird weiter vielfältiger werden, das wird auch anstrengend, mitunter schmerzhaft sein."

Kuscheljustiz für Sex-Gangster

In der Tat. Leider sind die Schmerzen sehr einseitig verteilt, nämlich immer auf Seiten der deutschen Opfer, die sich zunehmend als Freiwild der Migrantenbanden fühlen dürfen. Auch der am vergangenen Sonntag begangene Übergriff hatte keine Konsequenzen. Die Täter-Gruppe wurde zwar beim Verlassen des Agrippabades gestellt, konnte aber auf freiem Fuß bleiben. Zu befürchten ist weiterhin, daß es auch keine Abschiebungen geben wird.

Und wenn überhaupt ein Gericht Anklage erheben wird, dann wird der Täter kaum mit einer harten Strafe rechnen müssen. So wurde erst im August dieses Jahres der Afghane Mohammad M., der gegenüber fünf Frauen sexuell übergriffig geworden war und eine von ihnen vergewaltigt hatte, vom Jugendschöffengericht des Regensburger Amtsgerichts direkt auf freien

Fuß gesetzt.

Sein Verteidiger Christian Reiser äußerte damals mit Blick auf diesen Fall gegenüber der Bild-Zeitung:

"Der Richter sagte, daß er eigentlich ein Musterbeispiel dafür ist, wie man in Deutschland gut ankommen kann."

Jagdszenen in Stuttgart und Lübeck

Ja, Humor haben sie auch, die deutschen Richter. Oder sollte man eher von Zynismus sprechen? Und die Tatarenmeldungen aus allen Teilen Deutschlands nehmen kein Ende. In Stuttgart griffen am Samstag 200 Eritreer eigene Landsleute sowie Polizisten mit Steinen, Flaschen und mit Nägeln besetzten Holzlatten an. 27 Polizisten wurden verletzt, viele von ihnen sind nach wie vor dienstunfähig.

Die Polizei brauchte Stunden und mußte Reiterstaffeln und Hubschrauber in Anspruch nehmen, um überhaupt wieder Ordnung herstellen zu können. Anwohner wurden aufgefordert, ihre Häuser nicht zu verlassen. Alles ganz normal - mitten in Deutschland.

Polizei Lübeck gegen Transparenz

Am vergangenen Freitag lieferten sich Migranten auf einer der Haupteinkaufsstraßen von Lübeck eine Massenschlägerei. Bei dem Gewaltexzeß geriet auch ein unbeteiligter deutscher Rentner zwischen die Fronten. Die Lübecker Polizei verschwieg die schweren Auseinandersetzungen anfangs einfach. Als die Nachricht über den schweren Vorfall später dann doch noch die Runde machte, fiel der Polizei dazu nichts besseres ein, als den Bürgern zu empfehlen, ein durch die sozialen Netzwerke kursierendes Video der Massenschlägerei zu löschen.

Angesichts eines solchen Vorgehens fragt man sich dann schon, wie viele Gewalttaten von Migranten wohl erfolgreich von den Behörden gedeckelt werden. Angesichts sperrangelweit offener Grenzen dürfte das Chaos in Deutschland jetzt erst jedenfalls so richtig begonnen haben.

Was auf dem Spiel steht

Seit 2015 wird in Deutschland eine Politik der Masseneinwanderung betrieben, bei der die Bevölkerung nie um ihre Zustimmung gefragt wurde. Die Möglichkeit, über Parlamentswahlen Einfluß zu nehmen, wurde abgeschnitten, weil gegen die einzige asylkritische Partei, die AfD, eine sogenannte Brandmauer errichtet wurde. Die aber kann nur halten, wenn die Grünen Teil der Brandmauer sind. So begaben sich alle anderen in Geiselhaft von Habeck, Baerbock und Co. Wer heute AfD wählt, wird als rechtsextrem verleumdet; wer jedoch diesem Stigma entkommen will und bei der CDU sein Kreuzchen, stellt schnell fest, daß er mit den Schwarzen auch gleich für die Grünen gestimmt hat.

Bei Volksentscheiden und Bürgerentscheiden aber gibt es keine Brandmauer. Hier entscheiden nicht Abgeordnete und Parteien, sondern Bürger. Deswegen kann über den Weg der direkten Demokratie über alle Parteigrenzen hinweg die vernünftige Mehrheit sichtbar und wirksam werden, die die Linksgünen fürchten wie der Teufel das Weihwasser.

Darum geht es jetzt in der Uckermark: Demokratie heißt Volksherrschaft. Holen wir uns die Demokratie zurück! Holen wir uns unser Land zurück! ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. September 2023: >>**Migrantengewalt: Eltern in Blauwesten gründen Geleitschutz für Schulkinder**

In Halle an der Saale (Sachsen-Anhalt) haben Übergriffe auf Schulkinder mittlerweile ein solches Ausmaß erreicht, daß Eltern laut "Mitteldeutsche Zeitung" eine Bürgerinitiative gegründet haben, um den Nachwuchs zu schützen. In blauen Schutzwesten wollen sie ihren Kindern auf dem Schulweg Geleit geben und vor Schulen "Streife" laufen. Laut der Initiatorin Tabea Hahs hat die Bürgerinitiative "Sichere Schule in Halle (Saale)" derzeit 25 Mitglieder, die in kleinen Gruppen und mit blauen Westen patrouillieren. Ziel sei es, die Kinder zu schützen oder mögliche Übergriffe zu filmen.

Hahs versichert, daß die Initiative mit Polizei und Ordnungsamt kooperieren wolle. Es gebe keine religiöse oder parteipolitische Motivation, man sei auch nicht "rechts" oder in irgendeiner Weise ausländerfeindlich. Es gehe einzig um den Schutz der eigenen Kinder.

Und das aus gutem Grund: Vor allem Schüler und Jugendliche werden in der Saale-Stadt immer wieder Opfer der neuen bunten und "weltoffenen" Gesellschaft in Deutschland: In den vergangenen zwei Jahren kam es Medienberichten zufolge in Halle zu Hunderten von Raub- und Gewaltdelikten gegen Jugendliche und Kinder.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 24. September 2023:

>>Asylflut: Aktionismus in Frankreich

Von *Sven Eggers*

Die Lage in Lampedusa läßt alle Alarmglocken schrillen. Der identitäre Vordenker Martin Sellner verdeutlicht in seinem neuen Buch "Regime Change von rechts: Eine strategische Skizze", warum der Remigrations-Gedanke jetzt im Zentrum jeder Strategie stehen muß.

Immer mehr Deutsche spüren und erkennen, daß der Rekord-Asylzustrom nicht zu bewältigen ist. Auf der Mittelmeerinsel Lampedusa ist bereits der Notstand ausgerufen, auch die BRD kippt. Frankreich ergeht es nur unwesentlich besser. Doch während Faeser & Co. die Hände in den Schoß legen, ist in Frankreich hektische Betriebsamkeit ausgebrochen.

Verschärfte Kontrollen

Illegale Grenzübertritte von Italien nach Frankreich sind zu einem Massenphänomen geworden. In Südfrankreich ist neulich sogar kurzerhand ein Hotel beschlagnahmt worden, um Anströmende unterbringen zu können. Bürger und auch Lokalpolitiker sind empört.

Doch Paris ist offenbar nicht gewillt, hier einfach nur zuzusehen. An den Grenzen zu Spanien und Italien wird wieder streng kontrolliert. Gerade erst hat Innenminister Gerald Darmanin 200 zusätzliche Sicherheitskräfte zugesagt.

Schon im Frühjahr waren die Grenzkontrollen verstärkt worden, jetzt will man weiter nachbessern, setzt auch auf Reservisten der Polizei und auf den Einsatz von Drohnen. Seit Jahresbeginn wurden immerhin 31.000 Menschen, die von Italien nach Frankreich einsickern wollten, festgenommen und nach Italien zurückgeführt. Derzeit entsteht im Grenzbereich ein "Rückföhlrlager". Es geht nämlich doch!

Retten, aber nicht aufnehmen ...

In einer Sendung von COMPACT-TV über die Zustände in Lampedusa hatte Gastkommentator Andre Poggenburg vor einigen Tagen unmißverständlich klargestellt:

"Man scheut sich davor, auf See durchzugreifen. Natürlich retten wir Menschen, wenn sie in Not sind und wenn etwa ein Boot gekentert ist. Wir bewahren sie vor dem Ertrinken, bringen sie dann aber dorthin zurück, wo sie hergekommen sind. Es kann uns niemand erzählen, dann man nicht weiß, wo die Boote herkommen."

Allein in diesem Jahr sind bis Ende August von der Bundespolizei rund 71.000 unerlaubte Einreisen nach Deutschland festgestellt worden. Das sind aber ja nur festgestellte Fälle. Die Zahl der Asylanträge liegt jedenfalls deutlich höher. Im ersten Halbjahr 2023 wurden in der BRD 162.000 Anträge auf Asyl gestellt, mehr als in jedem anderen EU-Land. In Frankreich dagegen waren es 81.100 Asylanträge.

Frankreichs Innenminister wird in den Abendnachrichten wie folgt zitiert:

"Es gibt illegale Einwanderung nach Europa, nach Frankreich, nach Italien, die bekämpft werden muß. Indem wir mehr Personen aufnehmen, werden wir den Zustrom, der unsere Aufnahmekapazitäten strapaziert, nicht stoppen."

Gerade erst war Darmanin in Rom, wo er seinen italienischen Amtskollegen getroffen und Hilfe bei der Rückführung illegaler Migranten angeboten hatte. Über 50 Prozent der in Lampedusa einsickernden Personen sprechen übrigens Französisch, viele kommen aus der Elfenbeinküste oder aus dem Senegal. Der Kampf gegen illegale Immigration müsse Priorität ha-

ben, betonen Italien und Frankreich.

Remigration ist das Gebot der Stunde. Das sieht auch Martin Sellner so. Sein Buch "Regime Change von rechts: Eine strategische Skizze" ist gerade jetzt von überragender Bedeutung. Wege aus der Krise.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 25. September 2023: >>**Tübingen: Beißattacke auf Polizisten - Prügel-Afrikaner sofort wieder frei!**

Mit einem Fahrradschloß um sich schlagend und durch heftige Beißattacken versuchte ein sogenannter Schutzsuchender aus Gambia, sich in der baden-württembergischen Universitätsstadt Tübingen der Festnahme durch die Polizei zu entziehen. Der 32 Jahre alte Schwarzafrikaner hatte zuvor mehrere Passanten beleidigt und bedroht. In einem angrenzenden Gleisbett wurde der Gambier nach Polizeiangaben schließlich vorläufig festgenommen.

Ein 43-jähriger Beamter der Bundespolizei wurde dabei von dem Beschuldigten umgestoßen. Dadurch stürzte der Beamte auf den Rücken und verletzte sich schwer. Der Bundespolizist, der vorübergehend sogar in Lebensgefahr schwebte, mußte notoperiert werden. Ein 22 Jahre alter Kollege wurde durch heftige Bisse des Schwarzafrikaners derart verletzt, daß er nach ambulanter Behandlung vorläufig dienstunfähig war. Der "Schutzsuchende" kam laut Medienberichten wieder auf freien Fuß, weil keine Fluchtgefahr bestanden habe.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 26. September 2023 (x1.322/...): >>**Die geförderte Migranten-Invasion nimmt dramatische Ausmaße an**

Von *H. W. Ludwig*

Die Flut von jungen Migranten aus aller Welt in die europäischen, insbesondere die offenen deutschen Grenzen schwillt gewaltig an. Das Zauberwort "Asyl" macht sie hier zu politischen Flüchtlingen und sichert ihnen in der gegenwärtigen staatlichen Herrschaft des Unrechts - entgegen Grundgesetz und geltendem Asylrecht 1 - einen Platz in einem Aufnahmelager. Doch dieser ist vielfach nicht mehr vorhanden.

Bürgermeister und Landräte, können den Ansturm nicht mehr bewältigen und schlagen Alarm. Und angesichts wachsender Unsicherheit und Kriminalität steigern sich in der Bevölkerung Unmut und Empörung in eine "explosive Stimmung". Doch die Regierenden verfolgen unbeindruckt und wild entschlossen ihren zerstörerischen Kurs.

Zur Situation in Deutschland

"Über 15.000 illegale Grenzübertritte allein im August, 40 % mehr als im Vormonat: über 200.000 Asylzuwanderer in den ersten acht Monaten, alle vier Monate eine Großstadt, ein Anstieg von 77 % zum Vorjahr; fast drei Viertel sind junge Männer, in der Masse im wehrfähigen Alter, Syrer und Afghanen führen den Ansturm an.

So lauten die letzten Pegelstände. Landräte und Bürgermeister, denen die Flut zuerst über den Köpfen zusammenschlägt, läuten Alarm. Die Koalition verweigert selbst geringe Eindämmungsmaßnahmen und verschickt mit der Ausweitung des Sozialleistungsangebots sogar noch weitere Einladungen. Auch die Bundespolizei, zum hilflosen Protokollieren der eskalierenden illegalen Migration verdammt, warnt seit Monaten. Die verantwortliche Ministerin stellt sich taub und verweigert schlicht die Arbeit.

Absichtsvoll und sehenden Auges lenken Kapitän und Steuerleute das deutsche Staatsschiff auf die Klippen und sind zu keiner Kursänderung bereit, während der Kesseldruck im Maschinenraum ins Unerträgliche steigt. Eine häßliche Havarie ist nur noch eine Frage der Zeit." So faßt Michael Paulwitz das letzte Geschehen in der Jungen Freiheit vom 15.9.2023 zusammen.

Das Magazin Focus spricht sogar von 28.000 neuen Asylanträgen im August und schreibt:

"Schon vor Monaten zeichnete sich ab, daß viele Kommunen der zum Teil chaotischen Lage kaum noch Herr werden. Sie sendeten Hilferufe an die Ampelregierung in Berlin und schrieben Brandbriefe.

Besonders in den Landkreisen nahe der deutschen Grenze spitzt sich die Lage immer weiter zu.

Mehrere Landräte rechnen auf FOCUS online gnadenlos mit der Migrationspolitik der Ampel ab und fordern von Berlin einen drastischen Kurswechsel - jetzt!

Friedemann Hanke (CDU), Vize-Landrat und Sozialdezernent im Landkreis Märkisch-Oderland, verweist zudem auf die "explosive Stimmung in der Bevölkerung", deren Ursache vor allem die Migrations-Agenda der Ampelregierung sei. "Wir haben es mit einer völlig verfehlten und ungesteuerten Zuwanderungspolitik zu tun."

Die Welt zitiert Brandenburgs Innenminister Stübgen (CDU), der warnt, daß ohne stationäre Kontrollen an der deutsch-polnischen Grenze die Einwanderung "skrupellosen Schleuserbanden" überlassen werde. Deutschland müsse die Kontrolle entlang seiner Grenzen zurückgewinnen.

Die Lage an der Grenze (Brandenburgs) spitze sich seit Monaten kontinuierlich zu. Seien es im Juli noch 22 illegale Grenzübertritte täglich gewesen, zähle man im September im Schnitt 58 Migranten täglich.

Stübgen werfe Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) vor, hier "ohne triftigen Grund" auf Grenzkontrollen zu verzichten.

Doch es kommt nicht nur auf formale Grenzkontrollen an, sondern auch darauf, daß alle Migranten, da sie aus sicheren Drittstaaten kommen, nach dem Grundgesetz an der Grenze zurückgewiesen werden müssen.

Bild konkretisiert am 17.9.2023 das Problem der "skrupellosen Schleuserbanden" noch. Rund 1400 Schleuser seien 2023 bereits erwischt worden. Die meisten kämen aus der Ukraine, die Polizei komme kaum hinterher.

"Allein in der Inspektion Berggießhübel (Sachsen) sitzen aktuell 70 Schleuser in U-Haft, die Akten der illegal Eingereisten, die man erwischt, stapeln sich unbearbeitet in den Akten-schränken, berichtet die "Sächsische Zeitung". 71 bayerische Landräte fordern von der Ampel, der "illegale Zustrom muß begrenzt und gesteuert werden".

"Nicht aufenthaltsberechtigte Ausländer müssen konsequent und zeitnah rückgeführt werden", sagte der Präsident des bayerischen Landkreistags, Thomas Karmasin, dem "Merkur".

Das ist ja schon zu spät. Sie dürfen erst gar nicht ins Land gelassen werden.

Einfallstor Italien

Doch für weiteren gewaltigen Nachschub aus Afrika ist noch gesorgt, von dem erfahrungsgemäß die allermeisten nach Deutschland drängen, das gezielt alle Welt mit den höchsten Sozialleistungen lockt.

"Vor Lampedusa stehen Flüchtlingsboote im Stau", meldet Bild weiter. In dieser Woche (wohl bis 16.9.) kamen hier auf Hunderten Booten weit über 8.000 Migranten an, viel mehr, als es hier Einwohner gibt. Nach Angaben des italienischen Roten Kreuzes befanden sich am Sonntagmorgen 1.500 Menschen in dem für 400 Personen ausgelegten Aufnahmезentrum der Insel.

Die Insel Lampedusa (nur 145 Kilometer von Afrika bzw. Tunesien entfernt) hatte am Mittwoch den Notstand ausgerufen. Dem Roten Kreuz zufolge sind für den weiteren Verlauf des Tages Transfers nach Sizilien und auf das italienische Festland vorgesehen.

Doch auch am Wochenende hielt der Massenansturm auf Lampedusa an. Bis Mittag (Sonntag, 17.9.) erreichten 13 Boote mit 600 Menschen die Insel."

Ein Reporter der Jungen Freiheit beschreibt vor Ort einen drohenden "totalen Kontrollverlust". Täglich erreichten 1.000 Migranten - fast alle junge afrikanische Männer - die italienische Mittelmeerinsel. Die Situation sei dramatisch, die Einwohner gingen auf die Barrikaden. Sonniges Wetter und günstige Windverhältnisse sorgten seit fünf Tagen unentwegt dafür, daß mehr als tausend Migranten pro Tag die 22 Quadratkilometer kleine Insel mit 6.000 Einwoh-

nen selbst mit kleineren Booten erreichen.

Phasenweise hätten sich über 9.000 Migranten auf der Insel befunden. Und nahezu stündlich "kommen neue Schiffe der italienischen Küstenwache oder der Guardia Finanza in den Hafen gefahren, voll beladen mit neuen Migranten."

EpochTimes meldet am 21.9.2023, insgesamt seien in diesem Jahr schätzungsweise bereits mehr als 130.000 Flüchtlinge auf Booten nach Italien gelangt. Im Vergleichszeitraum des Vorjahres seien es etwas mehr als 66.000 gewesen. Dem Innenministerium in Rom zufolge stelle erfahrungsgemäß nur die Hälfte davon einen Asylantrag in Italien.

ScienceFiles brachte am 14.9.2023 unter der Überschrift "Invasion von Lampedusa: "Wie die Landung der Alliierten in der Normandie in Farbe" noch mehr Videos und wies darauf hin, wie die Mainstreammedien die Sache durch selektierte Bilder zu verharmlosen suchen und die Videos mit den vielen afrikanischen Gesichtern nicht zeigen.

Das sind "viele Gesichter junger Männer, die in der Mehrzahl der Fälle aus Subsahara-Afrika, der Sahel-Zone oder aus Ländern, die Gegenstand westlicher Sanktionen geworden sind, stammen, denn Sanktionen, so liest man in einem Bericht der UNHCR ziehen regelmäßig Wanderungen nach sich, Wanderungen von Leuten, die unter den Sanktionen zu leiden haben, denn nicht die Regime, gegen die sich Sanktionen angeblich richten sollen, leiden unter den Sanktionen.

In der Regel leiden diejenigen, die bereits unter den Regimen leiden. Und in Afrika gibt es in solchen Fällen offenkundig eine Alternative zum Verbleib: Die Wanderung nach Europa. Woraus dann die Möglichkeit entsteht, dieselbe durch den strategischen Einsatz von Sanktionen anzukurbeln."

Und der Autor Michael Klein stellt die entscheidende Frage, wer den Afrikanern südlich der Sahara und im Sahel denn erzähle, daß das Leben (in Bremen) in Europa super sein soll? Und wer bringe sie auf den Weg, führe sie auf ihrer Wanderung durch den afrikanischen Kontinent, auf den Routen, an deren Ende zuerst Wüsten und dann das Mittelmeer als natürliche Barrieren warten? Wer erzähle den Menschen, die in der Regel keine Ausbildung haben, die sie zu mehr als Hilfsarbeit auf dem europäischen Arbeitsmarkt qualifiziert, daß man in Europa ein leichtes und angenehmes Leben führen könne?

"Das vielleicht Erstaunlichste an allem ist die Logistik. Stellen Sie sich vor, sie wollen von Stuttgart nach Juba, im Süd-Sudan, ohne ein Flugzeug zu benutzen. Wie kommen Sie nach Juba? Wo übernachten Sie auf der Strecke? Wovon leben Sie während der langen Reise?

Das sind nur drei elementare Fragen, und dennoch sind schon diese Fragen ein Hindernis, das nur wenige von uns überwinden können. Offenkundig sind Afrikaner in dieser Hinsicht deutlich besser aufgestellt, oder sie werden deutlich besser aufgestellt, von wem auch immer.

Die jungen Männer aus Subsahara-Afrika oder aus dem Sahel, die in so großer Zahl gestern auf Lampedusa und zu knapp 150.000 in diesem Jahr Europa angekommen sind, so wollen uns Linke und ihre Freunde in Medien und Kirchen und Parteien erzählen, seien Flüchtlinge, Menschen, die vor Konflikten fliehen. Eigentlich erstaunlich, daß Konflikte nur junge Männer zu betreffen scheinen, so wie die Katastrophen, derer man sich in linken Kreise als vermeintliche Ursache bedient, offenkundig nur junge Männer heimzusuchen scheinen, afrikanische junge Männer."

Kriegsflüchtlinge seien früher mehr Frauen, Kinder und alte Männer gewesen, denn die jungen Männer waren im Krieg. Heute würden Kriege in Afrika offensichtlich ohne junge Männer geführt, "denn die jungen Männer aus Afrika, die fliehen/reisen/wandern nach Europa."

"Warum ist das so? Wer und was steckt dahinter? Und angesichts des Videos, das wir uns bis zuletzt aufbewahrt haben, vielleicht die entscheidende Frage:

Wer organisiert die Massenmigration?"

Die übliche Antwort: Schlepper wären dafür verantwortlich, daß Tausende das Mittelmeer

oder den Ärmelkanal überwinden, sei zu lahm. Kein Schlepper sei in der Lage, die Logistik, die notwendig ist, um Tausende Menschen über Mittelmeer oder Ärmelkanal zu schleusen, aufzubringen und unbemerkt von staatlichen Organisationen ein Geschäft mit Migranten aufzuziehen.

"Die naheliegende Antwort auf Bilder wie die folgenden: Offenkundig gibt es eine Zusammenarbeit zwischen staatlichen Akteuren und Schleppern und offenkundig spielen auch NGOs eine große Rolle, ob auf der Seite der staatlichen Akteure oder der Schlepper, das sei einmal dahingestellt. In jedem Fall ist es undenkbar, daß eine Invasion, wie die, die sie nun sehen, ohne Zutun staatlicher Akteure und ohne umfangreiche Hilfe vor Ort durch, sagen wir, interessierte Vereinigungen, möglich wäre." <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. September 2023:
>>**Neuer Faeser-Skandal: Getürkte Asylheim-Anschläge**

Von *Sven Reuth*

Eine im Jahr 2015 errichtete provisorische Unterkunft für Asylbewerber in Berlin. Angeblich werden solche Objekte permanent zum Ziel rechter Attentate. Wie sich nun aber herausstellte, werden nur die entsprechenden Statistiken massiv manipuliert.

In einer funktionierenden Demokratie müßte Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) nun unverzüglich zurücktreten. Wenn die eigene Regierung und führende Parteien alles dafür tun, um das eigene Volk als einen Mob brauner Dumpfbacken darzustellen, dann stimmt etwas nicht im Land. In Deutschland wird mittlerweile das "Hitler-Gespenst" permanent aus der Mottenkiste geholt, um oppositionelle Einzelpersonen, Parteien und Initiativen fertigzumachen. ...

Der Skandal um eine manipulierte Statistik zu angeblich rechtsextremistischen Anschlägen auf Asylheime zeigt, daß in Deutschland mittlerweile auch Bundesministerien nicht mehr davor zurückschrecken, den Bürgern knallharte Lügen aufzutischen. Es geht um angeblich 80 Angriffe auf Asylbewerberheime, die vom Bundesinnenministerium im ersten Halbjahr 2023 gezählt wurden. Die Zahl tauchte in einer Antwort des Bundesinnenministeriums auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion auf.

AfD-Flyer = Attentat auf Asylheim?

Eine gesonderte Einzelbetrachtung dieser angeblichen "Attentate" durch Rückfragen bei den zuständigen Polizeidirektionen und Staatsanwaltschaften ergab dann allerdings, daß diese überwiegend gar nicht existierten. In manchen Fällen muß man sogar von einem kaum mehr vorstellbaren Ausmaß von Desinformation und Manipulation sprechen, denn die zugrundeliegenden Delikte hatte nicht einmal mehr im Entferntesten etwas mit einer Attacke auf ein Asylbewerberheim zu tun.

So wurde im bayerischen Harsdorf ein AfD-Flyer, der in den Briefkasten des dortigen Asylbewerberheims eingeworfen wurde, als angebliches Attentat auf das Asylbewerberheim verbucht. Genauso absurd ein Fall aus Thüringen: Hier gibt ein User auf X (vormals Twitter) einen angeblich volksverhetzenden Kommentar ab. Die Zentrale Meldestelle für strafbare Inhalte im Internet (ZMI) übernimmt und macht daraus einen Angriff auf ein Asylbewerberheim, den es in Wirklichkeit aber nie gegeben hat. Auch im brandenburgischen Schorfheide wurde ein angeblich volksverhetzender Post im Internet einfach als ein Angriff auf eine Asylbewerberunterkunft gewertet.

Telegram-Umstürzler mit fünf Followern

Ein ähnlich absurder "Angriff" auf ein Asylbewerberheim wurde auch am 16. Februar aus Sondershausen gemeldet. Hier wird ein am örtlichen Landratsamt (!) - also nicht einmal am Asylbewerberheim angebrachter Aufkleber mit der Parole "Asylbetrüger - Heimreise statt Einreise - Nicht willkommen" als angeblicher Angriff auf das Asylbewerberheim gewertet. Auch ein Beitrag in der Telegram-Gruppe "Widerstand Oberfranken", der gerade einmal fünf Perso-

nen (!) folgen und in dem sich die Aussage "Sie haben Angst vor dem erwachenden Volk" befindet, wird als angebliche Attacke auf ein Asylbewerberheim eingestuft.

Extrem kurios auch ein Fall aus dem brandenburgischen Heiligengrabe. Bei einem Wortgefecht zwischen zwei Personen fallen auch Aussagen zu einer Asylbewerberunterkunft, allerdings in dem Sinn, daß hier vor einer Attacke auf die Unterkunft gewarnt (!) wird. Die Polizei nimmt zwar Ermittlungen auf, Anklage wird aber nie erhoben. Dennoch wird dieser reichlich belanglose Vorfall als Anschlag auf ein Asylbewerberheim und explizit rechte Straftat gewertet, obwohl die beiden Streithähne sich überhaupt keinem politischen Spektrum zuordnen ließen.

Ein Kneipenstreit und eine Beamtenbeleidigung

Aus dem brandenburgischen Nauen wird am 30. April ein Kneipenstreit gemeldet. Ein Beteiligter soll auf Asylbewerber geschimpft haben. Dies wird ohne viel Federlesens sogleich als ein Anschlag auf ein Asylbewerberheim eingeordnet. Eine Beamtenbeleidigung am Rande einer Demonstration im thüringischen Schleusingen, die sich am 10. Mai dieses Jahres zutrug, wird einfach auch als rechtes Attentat auf ein Asylbewerberheim eingestuft, obwohl ein solches nicht einmal indirekt mit diesem Fall zu tun hatte.

Als am 16. Mai dieses Jahres in der früheren Bundeshauptstadt Bonn ein in einem Asylbewerberheim lebender Türke einen Angestellten einer Sicherheitsfirma bedroht, wird dies ebenfalls einfach als Anschlag auf das Asylbewerberheim gewertet. Am 19. Mai dieses Jahres bedrängt ein mehrfach polizeibekannter Syrer vor einem Supermarkt in Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern Frauen. Ein Deutscher geht dazwischen, der später wegen "Bedrohung" angezeigt wird. Der Vorfall wird am Ende in der Statistik als ein rechter Angriff auf ein Asylbewerberheim ausgewiesen.

Eine am 31. Mai in der Außenstelle des Bundesarchivs in Leipzig eingehende Postkarte mit angeblich volksverhetzendem Inhalt wird ebenso als Anschlag auf eine Asylunterkunft dargestellt. Im thüringischen Hermsdorf greift am 6. Juni dieses Jahres ein Syrer den libanesischen Mitarbeiter eines Sicherheitsdienstes an. Auch dieser Fall fließt in die Statistik ein, zeigt aber natürlich auch, daß Angriffe auf Asylbewerberheime keineswegs nur von "Rechten" begangen werden.

Gestohlene Regenbogenfahne: Ein Sakrileg

Besonders dreist ist die Zuordnung auch bei einem Vorfall, der sich am 16. Juni dieses Jahres in Mannheim abspielte. Hier wird eine an einer "internationalen Begegnungsstätte" angebrachte Regenbogenfahne gestohlen, ein Verdächtiger konnte bislang nicht ermittelt werden. Die Tat wird dennoch explizit als rechter Angriff auf ein Asylbewerberheim gewertet.

Das Portal Nius, das die schockierenden Manipulationen recherchiert hat, kommt zu dem Ergebnis:

"Insgesamt kam es zu acht direkten Angriffen auf eine bewohnte Asylunterkunft. In nur einem von 80 Fällen gab es einen Angriff auf ein bewohntes Flüchtlingsheim, der rechten Tätern direkt zugeordnet werden kann."

In einer berühmten Sentenz, die häufig Winston Churchill zugeschrieben wird, heißt es, man solle keiner Statistik glauben, die man nicht selbst gefälscht habe. Diese Weisheit kommt einem angesichts dieser grob manipulierten Statistik aus dem Hause der Innenministerin Nancy Faeser (SPD) natürlich sofort in den Sinn. Aber es geht mittlerweile um noch mehr, nämlich um eine fast vollständige Verdrehung der Realität, wie man sie sonst nur aus autoritär und totalitär regierten Staaten kennt.

Diese manipulierte Statistik zeigt auch, woher die exorbitanten Steigerungsraten im Bereich der rechten Gewalt, die nun schon seit Jahrzehnten aufgeregt vermeldet werden, in Wirklichkeit stammen: Es dürfte sich schlicht um mit heißer Luft und viel manipulativer Energie aufgeblasene Fake-Statistiken handeln.

Nancy Faeser muß nun endlich zurücktreten! Das von ihr geführte Haus täuscht die Öffentlichkeit mit manipulierten Statistiken, die offensichtlich nur erstellt werden, um eine rot-grüne politische Agenda noch radikaler voranzutreiben, und sie versagt völlig bei der Eindämmung der Migrationskrise. Nancy Faeser ist längst schon zum größten Risiko für Deutschland überhaupt geworden!

Wenn die eigene Regierung und führende Parteien alles dafür tun, um das eigene Volk als einen Mob brauner Dumpfbacken darzustellen, dann stimmt etwas nicht im Land. In Deutschland wird mittlerweile das "Hitler-Gespens" permanent aus der Mottenkiste geholt, um oppositionelle Einzelpersonen, Parteien und Initiativen fertigzumachen. ...<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 29. September 2023 (x1.322/...): >>**Die Zerstörung von Volk und Kultur der Deutschen - ein Menschheitsverbrechen**

Von *H. W. Ludwig*

Die grenzenlose Massenmigration nach Mitteleuropa dient der - vielfach ausgesprochenen - Auflösung des deutschen Volkes und damit der von ihm seit über tausend Jahren hervorgebrachten spezifisch deutschen Kultur sowie der Verhinderung dessen, was in ihm weiter als Zukunfts-Kultur veranlagt ist.

Täter dieses ungeheuren Vorganges sind von blindem Haß erfüllte eigene Parteipolitiker, die aber, ob sie es wissen oder nicht, nur die Ausführenden von globalen imperialistischen Plänen sind, in deren Dienst sie sich entweder bewußt stellen oder dafür unbewußt instrumentalisiert werden. Doch der Verlust einer Volkskultur hat im Rahmen der Menschheitsentwicklung unabsehbare Folgen. Die meisten Deutschen sind sich der Dimension dieses Menschheitsverbrechens nicht bewußt.

"Homogene Völker auflösen" - Sozialdemokrat Frans Timmermans (civilek.info)

Von EU, UNO und USA-Kreisen wird seit Jahrzehnten die Massenmigration betrieben, um durch Vermischung die "homogenen Völker" aufzulösen, "monokulturelle Staaten auszuradiieren" und "multikulturelle" Bevölkerungen entstehen zu lassen. Daß deutsche links-grüne Kreise heute die eifrigsten Verfechter sind, das eigene Volk verschwinden zu lassen ("Nie wieder Deutschland"), ist von den angloamerikanischen Siegermächten schon gleich nach dem 2. Weltkrieg durch die "Umerziehung" der Deutschen vorbereitet worden.

Ihnen wurde in ständiger Wiederholung suggestiv eingebläut, Deutschland trage die Alleinschuld an beiden Weltkriegen, und der Nationalsozialismus sei nicht ein tragischer Fall in das Böse, sondern eine folgerichtige Entwicklung, die in der deutschen Kultur, insbesondere bei den Denkern des deutschen Idealismus veranlagt sei.

Eine solche blindwütige kulturelle Zerstörung ist nur möglich in Zeiten eines allgemeinen materialistischen Verfalls, einer Barbarisierung der Lebensverhältnisse und ihrer Reduktion auf die elementaren leiblich-seelischen Bedürfnisse. Dies drückt sich gesamtgesellschaftlich in der absoluten Dominanz des Wirtschaftslebens und der Machtstrukturen eines omnipotenten Staates aus, die beide die Wissenschaften und Künste weitgehend für Ihre Dienste herabgewürdigt und instrumentalisiert, um nicht zu sagen prostituiert haben.

Doch das Eigentliche des Menschseins spielt sich im geistig-kulturellen Leben ab, durch das sich der Mensch erst über das Tier erhebt. Die Fragen nach der Erkenntnis von Mensch und Welt, nach dem Woher und Wohin des eigenen Wesens, dem eigentlichen Sinn des Lebens, treiben das wissenschaftliche, religiöse und künstlerische Streben des Menschen hervor, in dem sich sein über eine tierische Existenz hinausgehendes Menschentum entfaltet.

Das Wirtschaftsleben dient lediglich der Sicherung und dem Komfort der leiblichen Existenz und ist vom entsprechenden Verhalten des Tieres nicht im Prinzip, sondern nur durch die größere gedankliche Raffinesse unterschieden, durch die der Mensch seine durch den Leib bedingten Bedürfnisse zu befriedigen sucht.

Während sich das Leben des Tieres aber weitgehend in der Sicherung seiner irdischen Existenz erschöpft, bildet das Wirtschaftsleben des Menschen erst die Grundlage, um darauf sein eigentliches Menschsein, seine seelisch-geistige Entwicklung entfalten zu können. Und das Recht des Staates stellt einen Rahmen auf, in dem sich auf der Grundlage der aus dem kulturellen Leben geschöpften Menschenrechte ein geordnetes Zusammenleben abspielen kann.

Wirtschaft und Staat, die sich heute als das Primäre aufspielen, sind also in einer wahren Menschenordnung das Sekundäre. Sie haben gegenüber der Kultur eine dienende Funktion und empfangen ihre Ideen und Fähigkeiten auch erst vom Bildungswesen des kulturellen Lebens, von dessen Niveau das ihre allein abhängt.

Geschichte

Wenn in der Geschichte nahezu ausschließlich die politisch-militärischen Taten der Herrscher und neuerdings auch die wirtschaftlichen Entwicklungen dargestellt werden, bleibt man vollkommen im Sekundären und an der Oberfläche des menschlichen Lebens. Wesentlich wäre die durchgehende Geschichte der kulturellen Entwicklung, aus der erst alles andere in seinen jeweiligen Ausprägungen hervorgeht.

Wenn man in die vorchristlichen Jahrtausende Ägyptens zurückgeht, aus denen ja noch viele äußere Zeugnisse erhalten sind, sieht man besonders deutlich, wie Wirtschaft und Staat vom dominierenden kulturellen Leben geprägt wurden, ja sich aus diesem überhaupt noch nicht verselbständigt hatten. Und die Kultur wurde vollkommen vom religiösen Leben bestimmt, vom Erleben einer Einheit des irdischen Lebens mit einer geistig-göttlichen Welt, aus der man stammt. Und mit den göttlichen Wesen hatten die in die Mysterien als den damaligen Tempeln und Hochschulen eingeweihten Priester die erkenntnismäßige Verbindung zu halten und zu pflegen, sowie im Sinne ihrer Weisungen das Leben in allen Bereichen zu ordnen.

Das Wort 'Kultur' ist auch religiösen Ursprungs, es stammt vom Wort 'Kultus', der religiösen Zeremonie im Gottesdienst, ab. Kaum jemand fällt auf, daß es im 'Kultus-Ministerium' noch enthalten ist.

Wir sehen, wie sich in der nachfolgenden Zeit die Theokratie auflöste und in Kirche und Staat aufgliederte. Während in Griechenland und im vorchristlichen Rom das religiöse Leben noch in engem Zusammenhang mit den Mysterien stand, trat dort das sich nun entwickelnde philosophisch-wissenschaftliche Denken als kulturelles Leben ganz aus den Mysterien heraus in die Öffentlichkeit. Große Philosophen wie Heraklit und auch noch Plato deuteten an, daß sie noch in die Mysterien eingeweiht waren. Die römische christliche Kirche hielt die Philosophie und die von Aristoteles impulsierten weltlichen Wissenschaften noch lange in den im Mittelalter entstehenden Hochschulen und Klosterschulen in ihrer Obhut.

Erst in den letzten Jahrhunderten hat sich das philosophisch-wissenschaftliche Denken samt des Bildungswesens von der Kirche emanzipiert, ist aber, anstatt eine eigene organisatorische Unabhängigkeit zu erlangen, vom Staat okkupiert worden. Es kam in eine immer größere Abhängigkeit von ihm und über ihn auch vom Wirtschaftsleben und wurde von beiden in hohem Maße instrumentalisiert und korrumpiert.

Und in der Dominanz des staatlich-politischen und des gewaltig anwachsenden industriell-wirtschaftlichen Lebens ist das Gefühl für den übergeordneten Eigenwert des kulturellen Lebens, in dem sich das eigentliche Menschsein, die Fragen nach dem Woher und Wohin, nach Sinn und Bedeutung des Lebens entfalten, weitgehend verloren gegangen - was sich auch im Verfall der großen Kirchen abzeichnet.

Bewußtseinsentwicklung

Doch auch eine Geschichte der kulturellen Entwicklung der Menschheit bleibt noch unvollständig, wenn sie nicht die Seelen-, die Bewußtseinsverfassung ins Auge faßt, aus der die Kultur jeweils hervorwächst. Kulturelle Einrichtungen und Verhältnisse gehen aus Taten der Menschen hervor, und diese wiederum nur aus dem, was an Gedanken, Gefühlen und Wil-

lensimpulsen in den Menschen lebt.

Eine Kultur ändert sich daher in dem Maße, in dem sich die Seelen-, die Bewußtseinsverfassung der Menschen ändert. Kulturgeschichte ist daher zugleich notwendig Bewußtseinsgeschichte der Menschheit. Der über die Jahrtausende unaufhörlich sich verändernden Kultur der Menschheit liegt notwendig eine Bewußtseinsveränderung der Menschen zugrunde. Doch wer ändert ständig langsam das Bewußtsein der Menschen?

Das Vorherrschen eines das ganze Leben durchdringenden Verhältnisses zu einer höheren göttlichen Welt wie im alten Ägypten, die bezeugte Allgegenwart göttlicher Wesen im Leben der Menschen, die schöpferisch sowohl in den Naturerscheinungen als auch als moralische Instanzen in der Seele erlebt wurden, setzte voraus, daß die Gedanken der Menschen nicht schattenhaft waren wie heute, sondern ohne ihr Zutun von Offenbarungen geistiger Wesen erfüllt waren, die mit den Wahrnehmungen der äußeren physischen Welt zusammenflossen.

Wenn heutige Intellektuelle dies hochnäsiger als Produkte einer reichen Phantasie der frühen Menschen bezeichnen, so ist das nur Ausdruck ihrer eigenen gedankenleeren Phantasie.

Diese Bewußtseinsverfassung bedeutete aber, daß die Menschen von diesem überwältigenden Erleben einer höheren geistigen Welt bestimmt wurden und ihr gegenüber völlig abhängig und unfrei waren. Sie konnten wie Kinder noch kein starkes Ich haben, das selber erkennt und sich selbst in seinem Handeln hätte bestimmen können. Dies erklärt auch die hierarchisch theokratische Struktur des gesamten gesellschaftlichen Lebens, das von göttlichen oder von Göttern beauftragten fortgeschrittenen Herrschern geführt wurde.

In der nachfolgenden griechisch-römischen Hochkultur sehen wir, daß die Realitäts-erfüllten Gedankenbilder in den Seelen der Menschen offensichtlich versiegten und in bildlose Begriffe und Ideen übergingen, die zwar noch als von den Göttern gegeben erlebt, diese selbst aber nicht mehr wahrgenommen, sondern nur noch erinnert wurden. Das bewirkte reinere physische Sinnes-Wahrnehmungen und eine innere Gegenüberstellung des Menschen zur Welt, verbunden mit dem wachsenden Erleben eigener Selbständigkeit. Dies erklärt die philosophisch-wissenschaftliche Eigenart der griechischen Kultur, das Entstehen demokratischer Bestrebungen, sowie das Erstarken der Rechtspersönlichkeit des Bürgers in der römischen Republik.

Von der Zeit des entstehenden Christentums an wurden die Gedanken immer weniger als von Göttern gegeben erlebt, sondern als Erzeugnis der eigenen Seele, die ihre Inhalte aus der Wahrnehmung der Sinneswelt bezog. Die ohne Zutun der Menschen entstehende Reduktion des Bewußtseins auf die physisch-materielle Welt führte zur dominierenden materialistischen Naturwissenschaft und Technik, sowie in ein alles Leben beherrschendes materielles Wirtschaftsleben.

Daß man nur irdisch Materielles wahrnahm und zu einer geistig-göttlichen Welt keinerlei Verbindung empfand, hatte die Vorstellung zur Folge, daß es eine solche Welt auch nicht gebe, und der Mensch nur das evolutionäre Ergebnis materieller Prozesse sei.

Das ist entwicklungsgeschichtlich natürlich eine Naivität, die den temporären Zustand ihres Bewußtseins nicht durchschaut und für absolut hält, während es zur "Erziehung des Menschengeschlechts" (Lessing) immer wieder verändert und der Mensch in immer neue Bedingungen seines Bewußtseins versetzt wird, um daran gewisse Entwicklungsschritte zu vollziehen.

Und so sehen wir in diesem völligen Abgeschnitten-Sein des Bewußtseins von einer göttlichen Welt den größtmöglichen Prozeß der inneren Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Freiheit des Menschen entstehen.

Doch mit dem Abstieg in das isolierte Bewußtsein eines rein physisch-materiellen Daseins ist die große Gefahr verbunden, daß der Mensch darin stecken bleibt und es nicht als Durchgangsstadium seiner Gesamtentwicklung begreift. Leben, Seele und Geist, die nur im Zusam-

menhang mit einer höheren geistigen Welt begriffen werden können, verlieren ihren Eigenwert und werden nur als sekundäre Erscheinungen aufgefaßt, die wie Rauch aus den primären materiellen Prozessen aufsteigen und mit dem Tode in Nichts verschwinden würden.

Dies führt natürlich zu einer seelisch-geistigen Ödnis und inneren Trostlosigkeit bei zahllosen Menschen, die sich im äußeren Streben nach Reichtum und Macht über andere Menschen darüber nur betäuben.

Die im Bewußtsein des Menschen eingetretene totale Trennung seines Geistes von der geistig-göttlichen Welt, aus der er stammt, birgt also einerseits die Möglichkeit, sich als unabhängiges, selbstbestimmtes freies Ich zu erfassen und andererseits die Gefahr absoluter Geist- und Kulturlosigkeit, des Verkrampfens in der Materie sozusagen, in der sein geistiges Wesen erstickt. In eine solche Entwicklung des Niedergangs sind wir bereits ein ganzes Stück hineingeraten. Und letztlich liegt sie den ungeheuren sozialen und kriegerischen Katastrophen der Gegenwart zugrunde.

Wenn es eine positive Weiterentwicklung der Menschheit geben soll, tut sich also die unabwendbare Notwendigkeit auf, zu einer neuen Kultur zu kommen, in der auf einer höheren Stufe, im erkennenden Bewußtsein der unabhängigen freien Individualität, wieder eine Verbindung zur geistig-göttlichen Welt hergestellt wird.

Kulturanlagen

Aus dem Bisherigen geht hervor, daß die Entwicklung der Menschheit selbstverständlich von höheren Schöpferwesen zu einem Entwicklungsziel hin bewirkt und geleitet worden sein muß und weiter geleitet wird. Bereits die Differenzierung in unterschiedliche Volkskulturen verrät bei genauerer Betrachtung den Einfluß und die Lenkung höherer Wesen.

In der Kulturgemeinschaft eines Volkes nehmen die Menschen eine ganz spezifische seelische Grundhaltung zur Welt ein, aus der sie zu einer besonderen Art des gedanklichen, künstlerischen und religiösen Strebens hinneigen. In der Sprache, in Wortbildung und Wortgebrauch, in Grammatik und Syntax offenbart sich am unmittelbarsten die seelische Konfiguration einer Volksgemeinschaft, die sich in Dichtung und Literatur, in den musikalischen, malerischen und plastischen Künsten sowie in den Wissenschaften und im Recht ihren besonderen Ausdruck verschafft.

Aber woher kommt es, daß die Menschen eines Volkes in einer besonderen Weise seelisch konfiguriert sind, daß wir von typisch italienisch, typisch britisch oder typisch deutsch sprechen? Dieses Besondere wird ja nicht zwischen den Menschen abgesprochen und herbeigeführt. Es gibt keine Vereinbarung, daß sich jetzt alle so verhalten wollen, weder irgendwann in der Vergangenheit noch später. Erst recht nicht entspringt die Sprache mit ihrem weisheits- und kunstvollen Aufbau irgendeiner bewußten menschlichen Konstruktion.

Der Mensch wächst unbewußt in sie hinein, bewegt sich in ihr und wird von ihr ergriffen und gebildet. Er bildet sie zwar weiter, aber in der Regel aus den Impulsen der seelischen Konfiguration des Volkstums, die ihm ganz unbewußt bleiben. Das läßt nur den vernünftigen Schluß zu, daß Sprache und einheitlicher Duktus einer Volkskultur auf den Einfluß von über dem Menschen stehenden Wesen zurückgehen müssen.

Die großen Kulturepochen der Vergangenheit sind auch stets von besonders zu neuen Entwicklungsschritten veranlagten Völkern geprägt worden, die vorangeschritten sind und auf deren Spuren die anderen nachfolgen konnten. So waren es im 3. und 2. Jahrtausend v. Chr. das ägyptische, babylonische und sumerische Volk. Und vom 1. Jahrtausend v. Chr. an brachten das griechische und römische Volk wieder einen ganz neuen Entwicklungseinschlag.

Und die Frage stellt sich, welche heutigen Völker die kulturelle Veranlagung in sich tragen, den jetzt notwendigen Fortschritt zu impulsieren. Da alles Kulturelle aus den Bewußtseismöglichkeiten entsteht, müßten es seelisch-geistige Veranlagungen sein, das heutige schattenhaft-tote Denken, das ganz auf das Begreifen des mineralisch-toten der physischen Welt be-

schränkt ist, wieder so zu vertiefen, daß es das Leben und seelisch-geistig Wesenhafte, die aus der geistig-göttlichen Welt einströmen, real in sich erfassen und erleben kann.

Wer die Kulturen der gegenwärtigen Völker überschaut, kann erkennen, daß es gerade die mitteleuropäischen Völker sind, mit dem deutschen in der Mitte, die in den Tiefen ihrer Kultur dazu veranlagt sind.

Kern des deutschen kulturellen Strebens

Eine zentrale Eigenschaft des Deutschen ist sein Hang nach Gründlichkeit. Sie kommt nicht nur in der Qualität seiner materiellen Produkte, die aus einer vollständigen Durchdringung der naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten und ihrer perfekten technischen Umsetzung hervorgehen, sondern auch in allem geistigen Streben zum Ausdruck.

Es ist der generelle Drang, den Dingen auf den Grund zu gehen, nicht an der Oberfläche zu bleiben, sondern zu den letzten Ursachen zu dringen, aus denen alles hervorst. Goethe hat dieses Streben dramatisch in seinem "Faust" personifiziert. Die Philosophen des deutschen Idealismus versuchten dies durch die Untersuchung und Vertiefung unserer höchsten Erkenntniskraft, des Denkens, zu erreichen.

Bei Hegel z.B. sieht man, wie er von allen Gedanken, die aus der Sinneswelt und den Gemütslebnissen stammen, absieht und sich unmittelbar ganz auf die von allem Nichtgedanklichen freien reinen Gedanken selbst konzentriert. Er überläßt sich der in ihnen wirkenden inneren Gesetzmäßigkeit, verfolgt, wie ein Begriff logisch aus dem anderen hervorst, den nächsten aus sich herausschreibt und wieder zu einem anderen hinstrebt, mit dem er innerlich zusammenhängt. Und er erkennt, sie sind nichts subjektiv Konstruiertes, sie haben ein unabhängig vom Menschen bestehendes Eigenleben.

Der Mensch gibt ihnen in seinem Denken nur die Möglichkeit, in aller Reinheit zu erscheinen. Er erlebt dann, wie im Grunde das schaffende Weltendenken in ihm denkt, daß das Denken übersinnlicher Natur ist und durch Vertiefung dieses Denkens Zugang in die übersinnlich-geistige Welt gefunden werden kann.

Johann Gottlieb Fichte bezeichnete die Begriffe des Alltagsbewußtseins geradezu als Bilder eines Traumzustandes, in dem der Mensch noch nicht zur vollen Wirklichkeit erwacht sei. Das Denken muß erweitert und vertieft werden, damit sich das Bewußtsein auf dasjenige erstreckt, was unter der materiellen Oberfläche geistig wirkt und webt.

So sagte sich Fichte: Mein Wille muß gleicher Natur sein mit dem Lebenswillen, der schöpferisch bildend die Natur durchzieht und der auch mich in die Natur hereingestellt hat. In meiner Seele leben Kräfte auf, die eins sind mit den schöpferischen Kräften des ganzen Daseins. Sie lassen in meinem reinen Denken Begriffe und Ideen erstehen, die nicht nur flache, leblose Bilder sind wie die des Verstandes, sondern plastisch lebendig die Realität des geistigen Seins in sich tragen. Erkenntnis und Religion sind dann eins.

"Darin besteht die Religion, daß man in seiner eigenen Person, ... mit seinem eigenen geistigen Auge Gott unmittelbar anschauet, habe und besitze. Dies aber ist nur durch das reine und selbständige Denken möglich; denn nur durch dieses wird man eine eigene Person, und dieses allein ist das Auge, dem Gott sichtbar werden kann. Das reine Denken ist selbst das göttliche Dasein, und umgekehrt: das göttliche Dasein in seiner Unmittelbarkeit ist nichts anderes, denn als das reine Denken." (Die Anweisung zum seligen Leben, 2. Vorlesung)

Auch Friedrich Wilhelm Schelling sah in dem klaren Hineinführen des Denkens in die uns umgebende geistig-göttliche Welt die notwendige Vereinigung von Wissenschaft und Religion, zu der er die Deutschen veranlagt sah:

"Die deutsche Nation strebt mit ihrem ganzen Wesen nach Religion, die mit Erkenntnis verbunden und auf Wissenschaft begründet ist. ... Wiedergeburt der Religion durch die höchste Wissenschaft, dieses ist eigentlich die Aufgabe des deutschen Geistes, das bestimmte Ziel aller seiner Bemühungen." (Über das Wesen deutscher Wissenschaft)

Für Schelling besteht eine Verwandtschaft zwischen dem Geist in der eigenen Seele und dem in der Natur wirkenden Geist. Dieser ist hinter einem äußeren Schleier verborgen, gleichsam in den physischen Erscheinungen verzaubert, die ihn aber wie eine Physiognomie zum Ausdruck bringen. Und wie man bei den Gesichtszügen des Menschen nicht die Bewegungen der Muskulatur beschreibt, sondern durch sie hindurch die Seelenregungen des menschlichen Geistes erlebt, so muß man das vielfältige Antlitz der Natur so lesen lernen, daß man sich in das einlebt, was lebendig, seelenhaft und geistig in ihm webt und wirkt.

Die Bemühungen der deutschen Dichter und Denker um die Wende des 18. zum 19. Jahrhundert, die Erkenntnisse in die übersinnliche geistige Welt zu erweitern, sind im Grunde noch keimhaft geblieben. Erst Rudolf Steiner knüpfte Anfang des 20. Jahrhunderts in umfassender Weise an die Quellen der deutschen Kultur an, aus denen sie schöpften, und zeigte in seiner von ihm entwickelten anthroposophischen Geisteswissenschaft Wege auf, das reine lebendige Denken in ein schauendes Bewußtsein hineinzuführen, das "in der Lage ist, die geistige Welt erlebend zu erkennen." Und er wies kulturhistorisch auf die gegenwärtig entscheidend wichtige Bedeutung der deutschen Kultur für die Menschheitsentwicklung hin.

Die Rolle, die das antike griechische Volk mit seiner hohen Kultur für die damalige Epoche gehabt habe, falle in der gegenwärtigen Epoche, das ergebe eine objektive Betrachtung, dem deutschen Volke zu.

Und seine Aufgabe bestehe in der umfassenden "Herausgestaltung des seelischen Erlebens in eine Ideenwelt hinein." Womit er mit der Ideenwelt eben eine unabhängig vom Menschen objektiv bestehende Stufe der geistig-göttlichen Welt meinte, von der aus ein klares schauendes Erkennen der wesenhaften geistigen Welt entwickelt werden kann.

Doch die aktuelle und kulturhistorische Bedeutung Rudolfs Steiners ist in der herrschenden Zivilisation noch nicht erkannt worden. Er wird im Gegenteil auf allen Ebenen massiv bekämpft.

Der Vernichtungswille

Wie der Historiker Dr. Markus Osterrieder nachgewiesen hat, verfolgten im späten 19. Jahrhundert zahlreiche Vertreter der adligen, politischen und wirtschaftlichen Elite in Großbritannien, Kanada und den USA die Idee, daß sich in der westlichen Hemisphäre ein gemeinsamer zivilisatorischer, politischer und sozialer Zusammenhang bilden müsse, eine "Atlantische Gemeinschaft" der "Anglo-Saxon race" oder auch, synonym gebraucht "English-speaking peoples", die einen Führungsanspruch über die Menschheit zu verwirklichen habe.

Viele dieser Männer gehörten okkulten Logen an, aus deren Lehren ihnen die spirituellen Gesetze der Menschheitsentwicklung bekannt waren, so auch für die Gegenwart und das nächste Jahrtausend die kulturelle Führungsaufgabe Mitteleuropas. Dies widersprach aber ihrem eigenen Anspruch, die auserwählte "angelsächsische Rasse" zu sein, so daß ihr Bestreben dahin ging, Deutschland in einem großen Kriege auszuschalten und sich an seine Stelle zu setzen, was zum 1. Weltkrieg und in dessen Folge zum 2. Weltkrieg führte.

Zur Vorbereitung des 2. Weltkrieges gehörte, den aufkeimenden Nationalsozialismus in Deutschland durch britisch-amerikanische Banken finanziell zu unterstützen und ihm so den Weg zur Macht zu ebnen, die er sonst nicht hätte erlangen können. Damit fuhr man neben dem äußeren militärischen Angriff zugleich einen inneren auf die kulturelle Substanz des deutschen Volkes.

Dieser innere Angriff erreicht nun mit der Massenmigration, die sich gegen alle europäischen Völker, aber insbesondere gegen das deutsche Volk richtet, ihren finalen Höhepunkt. Sie wird inszeniert von den internationalen Institutionen wie UNO und EU, die von den USA aus okkult-imperialistischen Zielen dominiert werden. Würde dieses schon weit fortgeschrittene Geschehen letztlich sein Ziel erreichen, käme die derzeitige Kulturepoche nicht an ihr Entwicklungsziel und damit auch nicht die darauf folgenden.

Wenn diese fatale Entwicklung überhaupt noch aufgehalten werden kann, dann nur von einer ausreichend großen Zahl von Menschen aus der vollen Kenntnis dieser Hintergründe heraus, verbunden mit dem Streben, das eigene Erkenntnisvermögen in das klare wissenschaftliche Erfassen der allem zugrunde liegenden geistig-göttlichen Welt auszuweiten.

Nur so können weitere Katastrophen der Zerstörung verhindert und die Entwicklung in eine heilsame Richtung gewendet werden.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 29. September 2023:

>>Asyl und Zähne: Der Fakten-Check zur Merz-Aussage

Von *Sven Reuth*

Unglaubliche Aufregung nach der Zahnarzt-Äußerung von CDU-Chef Friedrich Merz! Doch was ist wirklich dran an den Aussagen über die aus dem deutschen Gesundheitssystem gespeisten Leistungen? Die Herrschenden machen seit vielen Jahren Politik gegen das Volk. ...

Die Welle der Empörung über den CDU-Vorsitzenden Friedrich Merz will einfach nicht abflauen. Der Grund der Aufregung liegt wieder einmal in einer Aussage über die deutsche Migrationspolitik und die durch sie gesetzten Pull-Faktoren für eine Aufrechterhaltung der Massenzuwanderung. Merz hatte gegenüber dem Fernsehsender Welt geäußert:

"Die werden doch wahnsinnig, die Leute, wenn die sehen, daß 300.000 Asylbewerber abgelehnt sind, nicht ausreisen, die vollen Leistungen bekommen, die volle Heilfürsorge bekommen. Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine."

Ramelow, Faeser und Scholz toben

Daraufhin setze seitens des linken politischen Spektrums eine regelrechte Hysterie ein. So äußerte der thüringische Ministerpräsident Bodo Ramelow (Linke) gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland:

"Die AfD haut sich auf die Schenkel, fühlt sich bestätigt und durch die Bestätigung ihrer Klischees sogar noch unterstützt. Wer Ressentiments bedient, der lenkt von den eigentlichen Problemen der medizinischen Versorgung ab."

Eine für das linke politische Spektrum typische Antwort auf eine migrationskritische Äußerung. Jede Form der Migrationskritik ist angeblich völlig gegenstandslos und beweist bloß, daß derjenige, der sie äußert, ein ressentimentgetriebener Bösewicht ist.

Auf diesem gleichen unterirdischen Argumentationsniveau bewegt sich leider auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD). Ihm fiel zu den Merz-Äußerungen nur ein:

"Mit heißer Luft und Populismus wird nur die Stimmung im Land aufgeheizt."

Den Vogel schoß natürlich mal wieder Bundesinnenministerin Nancy Faeser ab, die sich vielleicht besser als Überfremdungsministerin betiteln lassen sollte. Sie äußerte auf X:

"Das ist erbärmlicher Populismus auf dem Rücken der Schwächsten. Wer so spricht, spielt Menschen gegeneinander aus und stärkt nur die AfD. Und es ist falsch: Denn Asylsuchende werden nur behandelt, wenn sie akut erkrankt sind oder unter Schmerzen leiden."

"Merz hat gesagt, wie es ist"

Ein angeblich "erbärmlicher Populismus", an dem laut den Aussagen eines Zahnarztes aus Nordrhein-Westfalen aber sehr viel dran ist. So äußerte der Zahnarzt Thomas Schlösser aus Olpe gegenüber der Bild-Zeitung:

"Friedrich Merz hat einfach nur gesagt, wie es ist. Abgelehnte Asylbewerber, die Zahnschmerzen haben, werden selbstverständlich in den Praxen behandelt. Die Kosten werden von den Sozialämtern bzw. Bezirksregierungen übernommen. Das betrifft Karies-Behandlungen, Füllungen, Wurzelkanalbehandlungen, Extraktionen und so weiter. Wir nennen das im Fachmediziner-Deutsch 'konservierend-chirurgische Leistungen'. ... Diese Schlaraffenland-Vorstellung ist schon ein Pull-Faktor, der die Zuwanderung nach Deutschland befördern kann."

Wieder einmal erweist sich also eine angebliche "rechtspopulistische Lüge" als die von Medi-

en und Politik verschleierte Wahrheit. Tatsächlich genießen in Deutschland nämlich auch abgelehnte Asylbewerber eine geradezu unfaßbare Masse an Privilegien, die nicht nur europaweit, sondern weltweit absolut einmalig sind.

Während in Deutschland nämlich auch abgelehnte Asylbewerber nach einer gewissen Zeit regulären Sozialhilfe-Empfängern gleichgestellt werden und damit Zugang auch zu exorbitant teuren Leistungen der Krankenkassen haben, ohne jemals einbezahlt zu haben, verhält sich das im Rest Europas völlig anders. In Dänemark beispielsweise haben abgelehnte Asylbewerber noch Anspruch auf drei Mahlzeiten pro Tag im Heim. Mehr ist für sie aber nicht drin.

Ticket ins Schlaraffenland

In Deutschland hingegen erhalten praktisch alle abgelehnten Asylbewerber eine Duldung und daraus folgend dann üppige sogenannte "Analog-Leistungen", die dann natürlich auch den Gesundheitsbereich betreffen. Die Welt stellt dazu fest:

"Neben einer Krankenversicherungskarte mit vollem Behandlungsanspruch haben sie auch einen Anspruch auf das Bürgergeld. Das beträgt für Alleinstehende derzeit 502 Euro im Monat, bei einer vierköpfigen Familie sind es ungefähr 1.600 Euro."

Das ist weltweit einmalig. In Frankreich beispielsweise wird abgelehnten Asylbewerbern der Zugang zum Gesundheitssystem gesperrt. Nur noch in Notfällen erfolgt eine Behandlung. In Griechenland erhalten abgelehnte Asylbewerber nur im Falle einer lebensbedrohlichen Situation eine medizinische Behandlung.

In Polen gibt es schon während des Asylverfahrens keinerlei Leistungen. Für abgelehnte Asylbewerber gibt es dann natürlich auch keine Leistungen mehr. In Ungarn wird für abgelehnte Asylbewerber nur eine Übernachtungsmöglichkeit in speziellen Einrichtungen angeboten. Schweden, lange Zeit ein Asyl-Schlaraffenland, hat die Leistungen für abgelehnte Asylbewerber ebenfalls radikal zusammengestrichen. Ausnahmen gibt es nur für Haushalte mit Kindern.

Sie kommen und kommen: Flüchtlinge, Asylanten, Migranten.

Die Politiker der Ampel verweisen gebetsmühlenartig auf europaweit einheitliche Lösungen, die man angeblich anstrebt, erst dann könne man überhaupt über Änderungen im Bereich des Asylrechts sprechen. Eine weitere Lüge dieser Katastrophen-Regierung, denn tatsächlich ist Deutschland im Bereich des Asyl- und Ausländerrechts weltweit als offenbar todessüchtiger Geisterfahrer unterwegs.

Und Friedrich Merz mag man insbesondere wegen seines Anti-AfD-Kurses und seiner Ablehnung von Koalitionen mit der AfD für eine im Grunde genommen verhängnisvolle Figur halten. Mit seiner Äußerung über Leistungen aus den Krankenkassen für Asylbewerber hat er aber durchaus ein gutes Gespür bewiesen und ein bislang beschwiegenes Tabu-Thema zum Gegenstand einer öffentlichen Debatte gemacht.

Wie lange noch können herrschende Politiker gegen das Volk regieren? ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 30. September 2023 (x1.328/...):

>>Zuschauer-Manipulation: NDR erwähnt kein einziges Mal das Wort "Migration" bei Bericht über schwedische Bandenkriminalität

Der NDR veröffentlicht einen Beitrag zur Bandenkriminalität in Schweden, mit jungen blonden Fußballspielern als Titelbild. Im ganzen Beitrag kommt kein einziges Mal das Wort "Migration" oder "Migrationshintergrund" vor - obwohl die Bandenkriminalität fast ausschließlich von jungen Migranten ausgeht.

Selma Green

Junge, blonde Männer in roten und schwarzen Fußballtrikots - sieht man den NDR Beitrag aus der Reihe Weltbilder vom letzten Dienstag, könnte man auf den ersten Blick meinen, es geht um junge Aufsteiger in irgendeinem schwedischen Fußballverein. Aber falsch gedacht: Tatsächlich lautet der Titel des Video-Beitrags "Schweden: Bandenkriminalität greift um sich".

Und das stimmt leider, nur geht die Bandenkriminalität fast ausschließlich von jungen Migranten aus - doch das möchte man beim NDR offenbar nicht abbilden.

In dem Bericht geht es um einen schwedischen Fußballtrainer, der versucht, Jugendliche vor der eskalierenden Bandenkriminalität in Schweden zu schützen - und um einen seiner Ex-Spieler. Den 15-jährigen Elias, der an einem U-Bahnhof erschossen wurde. Der NDR berichtete, daß die Banden absichtlich junge Menschen rekrutieren, weil sie unter das Jugendstrafrecht fallen - die Täter und Opfer würden so immer jünger.

Derzeit würden landesweit so viele Minderjährige in Untersuchungshaft einsitzen, wie noch nie zuvor. Ein Detail läßt der NDR jedoch aus: daß die Mitglieder dieser Banden größtenteils junge Männer aus dem Nahen Osten und Afrika, häufig Einwanderer der ersten oder zweiten Generation, sind. Worte wie "Migration" oder "Zuwanderung" werden in dem fast siebenmütigen Beitrag kein einziges Mal in den Mund genommen.

Der NDR verschweigt, die Gründe für die Ganggewalt - die Exekutionen und Sprengstoffanschläge. Er verschweigt, daß die freizügige Einwanderungspolitik Schwedens in den letzten Jahrzehnten in Kombination mit einer ungenügenden Verbrechensbekämpfung und einem kuschelweichen Justizsystem zu einem rasanten Anstieg der Bandenkriminalität geführt hat. Und er verschweigt auch, daß der getötete 15-jährige Ex-Fußballspieler, über den man berichtet, einen sichtbaren Migrationshintergrund hat. Kein Wunder also, daß man als Titelbild die jungen blonden Teamkollegen wählt - mit der Realität hat der ganze Beitrag wenig zu tun.

Und mit diesem Vorgehen ist der NDR nicht alleine: Im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, zum Beispiel bei der Tagesschau und dem Deutschlandfunk, werden die Leser oder Zuschauer gezielt durch die Auslassung der Identität der Täter, deren Migrationshintergrund, in die Irre geführt. Ein Beispiel dafür ist auch die Ansprache des schwedischen Ministerpräsidenten Ulf Kristersson am Donnerstag. Kristersson erklärte unter anderem, daß die "verantwortungslose Zuwanderungspolitik und fehlgeschlagene Integration" die Ursache für die eskalierende Bandenkriminalität in Schweden seien. Doch dieses Zitat kommt in den entsprechenden Berichten vieler Medien, etwa beim Spiegel und der Zeit nicht vor.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. September 2023: >>Linke toben: Musk gegen "Migranten-Invasion"

Von *Daniell Pföhringer*

Die woke Blase schäumt: Elon Musk hat auf X (vormals Twitter) die Mittelmeer-Schlepperei und die Asylpolitik der Bundesregierung angeprangert. Auf einen Tweet des Auswärtigen Amtes schrieb er: "Das hat was von einer Invasion." Ein weiterer Meilenstein auf seinem Weg nach rechts, der in der brandneuen Musk-Biographie nachgezeichnet wird.

Jetzt hat es sich Elon Musk komplett mit den Linksrünen verdorben: Der Tech-Unternehmer Elon Musk setzte auf seiner Plattform X (vormals Twitter) am gestrigen Freitag einen Tweet ab, "um sich eine Woche vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen in die deutsche Politik einzumischen", wie die Welt mäkelt.

Konkret teilte der Tesla-Gründer das Kurzvideo eines migrationskritischen X-Nutzers namens "Radio Genoa", in dem indirekt zur Stimmabgabe für die AfD aufgerufen wird. Der Beitrag kritisiert, daß derzeit acht deutsche Schiffe von NGOs Migranten aus dem Mittelmeer aufnehmen, um sie nach Italien zu bringen. Kommentar von "Radio Genoa": "Hoffen wir, daß die AfD die Wahlen gewinnt, um diesen europäischen Selbstmord zu stoppen."

Musk retweetete den Clip und schrieb dazu: "Ist die deutsche Öffentlichkeit sich dessen bewußt?"

Is the German public aware of this? <https://t.co/CMIRPRn4Z5> - Elon Musk (@elonmusk) September 29, 2023

Schon allein das sorgte bei vielen linken Twitter-Nutzern für Schnappatmung - doch Musk setzte noch einen drauf. Auf seine Kurznachricht antwortete nämlich sogar das Auswärtige

Amt. Das Ministerium von Annalena Baerbock (Grüne) setzte überheblich darunter: "Ja. Und das nennt man Leben retten."

Doch Musk ließ sich nicht lumpen und feuerte eine Breitseite gegen das BRD-Außenministerium ab, die sich gewaschen hat. Er antwortete:

Auf Deutsch: "Sie sind also tatsächlich stolz darauf. Das ist interessant. Ehrlich gesagt, bezweifle ich, daß die Mehrheit der deutschen Öffentlichkeit dies unterstützt. Haben Sie eine Umfrage durchgeführt?"

Ist es nicht eine Verletzung der Souveränität Italiens, wenn Deutschland eine große Zahl illegaler Einwanderer auf italienischen Boden bringt?

Das hat was von einer Invasion ..."

Zack - das hat gegessen!

Vor allem hat Musk genau den Punkt getroffen: Denn die italienische Regierung von Ministerpräsidentin Giorgia Meloni ist höchst erbost darüber, daß Berlin Nichtregierungsorganisationen jetzt auch noch finanzieren will, die illegale Migranten auf sammeln und direkt nach Italien statt wie vorgeschrieben zum nächsten Hafen bringen. Und der befindet sich in der Regel in Nordafrika.

Grüne kotzen im Strahl

Die Woken kotzen nun im Strahl: So schrieb etwa der Grünen-Bundestagsabgeordnete Sven Kindler von "Meloni, Musk und anderen Faschisten". Und sein Parteigenosse Erik Marquardt, der für die Baerbock-Partei im Europaparlament sitzt, unterstellte Musk, er verbreite eine "rechtsradikale Verschwörungstheorie" - gemeint ist der Große Austausch (wie der französische Rechtsintellektuelle Renaud Camus die Ersetzungsmigration durch Massenimmigration genannt hat).

Unter dem Tweet des Auswärtigen Amtes entbrannte eine lebhaftige Debatte. Viele Nutzer stimmten dabei Musk zu. Der fragte dann später mit Blick auf den Asyl-Irrsinn: "Wer in der Regierung ist für diese verrückte Politik verantwortlich?" Ein anderer Nutzer wies den Tesla-Chef schließlich darauf hin, daß neben den deutschen NGOs auch zahlreiche Organisationen aus Frankreich oder Spanien. Musk schob hinterher: "Wow, es gibt wirklich viele Köche in der Küche!"

Musks Weg nach rechts

Elon Musks migrationskritische Tweets sind ein weiterer Meilenstein auf seinem konsequenten Weg nach rechts, den Walter Isaacson in seinem neuen Buch "Elon Musk. Die Biographie" akribisch nachzeichnet. So hatte der Tech-Unternehmer in der Vergangenheit schon das Recht auf freien Waffenbesitz verteidigt, sich zustimmend zur Todesstrafe geäußert, die Corona-Panikmache und die Impf-Plörre kritisiert, George Soros mit dem jüdischen Marvel-Superschurken Magneto verglichen, den Transgender-Wahn angeprangert und sich zu den US-Republikanern bekannt.

Daß er nun auch für die Frage illegaler Einwanderung sensibilisiert ist, dürfte daran liegen, daß er am vergangenen Donnerstag, also einen Tag vor dem Mittelmeer-Tweet, die texanische Grenze zu Mexiko besucht hat, um sich mit lokalen Politikern und Polizisten selbst ein Bild von der Lage vor Ort zu machen. Danach sprach er sich für eine Verschärfung der Grenzsicherung aus. Und was für Texas gilt, gilt natürlich genauso für die europäischen Außengrenzen.

Die Buchsensation des Jahres: In "Elon Musk. Die Biographie" enthüllt Autor Walter Isaacson Seiten des Tesla- und SpaceX-Gründers, die bislang kaum jemand kannte. Was will Elon Musk wirklich - und warum ist er zum Rechten geworden? Intime Einblicke in das Leben eines Mannes, über den jetzt jeder spricht. ... <<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 2. Oktober 2023: >>**Migranten-Revolten: In den Unterkünften brodeln es!**

An die Öffentlichkeit dringen solche Szenen, wenn überhaupt, nur zufallsweise: In den Mi-

granten-Unterkünften ist die gereizte Stimmung am Siedepunkt, wie dieses dem Deutschland-Kurier zugespielte Video aus dem Ankerzentrum in Bamberg (Bayern) zeigt. Aber nicht nur in Bamberg zerlegen Migranten die Einrichtung, gehen auf das Personal und untereinander mit Gegenständen und Messern los.

"Die Anker-Einrichtung Oberfranken ist schon seit Längerem mit einer Belegung von derzeit um die 2.500 Menschen an der Grenze der Kapazität angelangt", erklärt die Regierung von Oberfranken. Randalen sind hier an der Tagesordnung. Erst kürzlich mußte die Polizei wegen einer Schlägerei zwischen zahlreichen Bewohnern zu einem Großeinsatz ausrücken.

Bamberg ist kein Einzelfall. Auch Berliner Unterkünfte schlagen Alarm: Die Zahl der Konflikte innerhalb der Aufnahmestationen hat enorm zugenommen. "Wir haben täglich Angriffe mit Messern und Scheren, nicht nur der Geflüchteten untereinander, sondern auch Bedrohungen der Mitarbeiter vor Ort", berichtet Susanne Hähner-Clausing, der die Projektleitung im dortigen Ankunftscenter obliegt. Der Chef des Landesamtes für Flüchtlingsangelegenheiten (LAF), Aziz Bozkurt, spricht in einer internen E-Mail von einer kaum noch zu bewältigenden Lage, berichtet der Berliner "Tagesspiegel".

Derweil reißt der Zustrom an Migranten nicht ab: 3,3 Millionen "Geflüchtete" halten sich laut Ausländer-Zentralregister derzeit in Deutschland auf. Das sind 111.000 mehr innerhalb von nur sechs Monaten, Frau Faeser! Das entspricht einer Zunahme in der Größe einer mittleren Großstadt wie Jena in einem halben Jahr.

Das gelobte Sorglos-Land

Statt über die immer unhaltbareren Zustände hierzulande zu berichten, echauffieren sich die Mainstream-Medien geradezu lustvoll über die (im Wesentlichen zutreffende) Feststellung von CDU-Chef Friedrich Merz, der, wenn auch schon wieder halb einkassiert, über abgelehnte Asylbewerber sagte: "Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen. Und die deutschen Bürger nebdran kriegen keine Termine."

Was Merz mit Blick auf die Debatte um sogenannte "Pull-Faktoren" konsequent verschweigt: Es waren vor allem die von der CDU geführten Bundesregierungen unter Angela Merkel (CDU), welche die Rund-um-sorglos-Pakete für Sozialmigranten schnürten. Dessen ungeachtet:

Fakt ist, daß Deutschland Sozialmigranten wie ein Magnet anzieht. Bis Ende August 2023 stellten bereits 204.461 Neuankömmlinge einen Asylantrag - so viele wie in keinem anderen EU-Land. Auch wenn die meisten von ihnen abgelehnt werden, können sie auf unbestimmte Zeit in der sozialen Hängematte auf Kosten der deutschen Steuerzahler entspannen:

- In Deutschland stehen einem alleinstehenden Migranten laut Asylbewerberleistungsgesetz während seines Asylverfahrens 410 Euro im Monat zu (Paare 738 Euro, Kinder bis 5 Jahre 278 Euro) - davon kann ein Teil in Sachleistungen erbracht werden. 228 Euro sind für den Grundbedarf (Essen, Kleidung), 182 Euro für den persönlichen Bedarf (z. B. Fahrkarten oder Telefonkosten). Dazu kommen mietfrei bzw. kostenlos Wohnen, Strom, Heizung, Möbel.

- Nicht zu vergessen Gesundheitsleistungen wie Arzt- und Zahnarztbesuche: In den ersten 18 Monaten haben Asylbewerber zwar nur Anspruch auf eine Art Notversorgung bei "akuten Erkrankungen und Schmerzzuständen". Aber danach steht einer umfangreichen Therapie, z.B. Gebiß-Sanierung, nichts mehr im Wege. Nach 18 Monaten im Land sind abgelehnte Asylbewerber sogar bessergestellt als diejenigen, die sich noch im Asylverfahren befinden, schreibt die "Bild-Zeitung". Grund: Dann werden Asylbewerber von einer gesetzlichen Krankenkasse betreut, die Leistungen entsprechen denen der gesetzlich Versicherten.

Laut ARD-Deutschlandtrend halten mehr als zwei Drittel der Deutschen (67 Prozent) die Aufnahme weiterer Sozialmigranten für kaum noch bzw. nicht mehr verkraftbar. Mit anderen Worten: Die AfD, die in den Umfragen zuletzt bei 23 Prozent bundesweit lag, hat noch ziemlich viel Luft nach oben!<<

Der Internet-Blog " Fassadenkratzer.wordpress.com " berichtete am 3. Oktober 2023 (x1.336/...): >>Sein oder Nichtsein - Wann wehren sich die Deutschen endlich gegen ihre Abschaffung?

Von *H. W. Ludwig*

Imad Karim, libanesisch-deutscher Regisseur und Drehbuchautor, liebt die deutsche Kultur mehr als die seiner Heimat und ist deshalb Deutscher geworden, deutscher als viele ethnisch Deutsche.

Ein Artikel der Migrationsforscherin Naika Foroutan im Focus, die dort den Deutschen ihre nationale Existenz und ihr Recht auf eigene Heimat abspricht, hat ihn tief empört. Er kann die Mehrheit der Deutschen nicht verstehen, die das Verschwinden ihrer Kultur und die deutschlandfeindliche manipulative Lenkung ihrer Zukunft schweigend hinnehmen. Er sieht im Patriotismus den einzigen Weg, für die Ethnodeutschen wie für alle, die im deutschen Deutschland ihre Heimat fanden, dieses zu bewahren. (hl)

NICHT MEHR MIT UNS!

Von *Imad Karim*

2. September 2023

Stufe I: Deutsche, Deutschland gehört per se niemandem.

Stufe II: Deutsche, Deutschland gehört per se jedem.

Stufe III: Deutsche, Deutschland gehört per se jedem, außer den Deutschen.

VOLLER Freude und Begeisterung schreibt sie: "Viele Menschen haben das Gefühl, ihr 'eigenes' Land nicht mehr wiederzuerkennen. Zu Recht möchte man sagen - denn es sieht anders aus, es ist jünger geworden, es spricht anders, es isst anders, es betet anders als früher!" und sie fährt fort "Dieses Land (Deutschland) gehört per se niemandem".

DIE Rede ist von einer gewissen "Integrationsforscherin" namens Naika Foroutan (Mutter deutsch, Vater Iraner), einer mit unserem hartarbeitenden Geld vollfinanzierten "Vielfalt-Aktivistin" und Integrations-Lobbyistin.

DREI Jahre nach der Machtübernahme durch die Mullahs im Iran kehrte sie als 11-Jährige gemeinsam mit ihren Eltern nach Deutschland zurück und machte in diesem Land, über dessen Verschwinden sie sich heute freut, eine steile Karriere. (Seit 2017 Leiterin des sogenannten "Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung").

IN ihrem Gastbeitrag will uns Frau Foroutan, die seit 1949 im Grundgesetz verankerte Pluralität Deutschlands als "ethnische Pluralität " verkaufen und verschweigt, daß die Verfassungsväter damit die Meinungspluralität gemeint hatten und nicht irgendwelche ethnische Experimente.

ALSO halten wir fest: Diese iranisch-deutsche "Vielfalt-Kommissarin" freut sich auf das Neudeutschland und damit auf 70 % Analphabeten unter den neuen Neuankömmlingen, auf Nationalschätze raubende Clans, auf Helden wöchentlicher "Party- und Eventszenen, auf Messer-Kultur-bringende-Bereicherer und Gruppenvergewaltiger, auf sogenannte Fachkräfte, die acht Jahre nach deren Ankunft immer noch vom Jobcenter leben, und auf religiöse Fanatiker und Verroher deutscher Innenstädte. (Hinweis für Strafverfolgungsbehörden: nicht alle Neuankömmlinge sind kriminell).

NICHT die plumpen Islamisten stellen die größte Gefahr für dieses Land dar, sondern hochbezahlte Pseudo-Intellektuelle aus der Migrationslobby, die ihre deutschlandfeindliche Positionen intellektuell gekonnt, schmackhaft an den Mann zu bringen versuchen.

WÜRDEN wir in einem im Geiste des Grundgesetzes funktionierenden und vor allem agierenden Rechtsstaat leben, müßte die Verfasserin des Focus-Gastartikels samt Focus für ihre verfassungsfeindliche Aussage rechtlich belangt werden, denn sie verletzt mit ihrer Aussage das elementare Fundament des Grundgesetzes, nämlich das "Deutsche Volk", spricht ihm als indigene Bevölkerung, die nationale Existenz und sein im Völkerrecht verankertes Recht auf

eigene Heimat ab.

WÜRDE einer wie ich oder ein anderer - unabhängig von seiner zufälligen Herkunft - inzwischen als "Dissident" aktenkundig aufgeführter Oppositioneller, den von dieser sogenannten Sozialwissenschaftlerin zelebrierten Bevölkerungsaustausch öffentlich aussprechen, könnten womöglich die staatlichen Sicherheits- und Justizorgane, angeführt von der Generalbundesanwaltschaft und dem Haldenwangschen Verfassungsschutz mit ihren hunderttausenden Meldestellen sofort reagieren und dem Verfasser strafrelevante "Verfassungsfeindlichkeit" unterstellen.

ICH kann als libanesisch-stämmiger, zu Deutschland und zu seiner indigenen deutschen Bevölkerung (wegen der Deutschen blieb ich in Deutschland) bekennender Staatsbürger, beim besten Willen die Mehrheit der Deutschen nicht verstehen und muß mich dauernd fragen, ob vielleicht das Verschwinden der Deutschen, ihrer Kultur und ihrer Tradition, die Verteufelung ihrer Vergangenheit, die Diffamierung ihrer Gegenwart und die deutschlandfeindliche manipulative Lenkung ihrer Zukunft in Wahrheit legitime Ergebnisse eines womöglich demokratischen Konsens sind, dem wir alle uns unterordnen sollten?

BEGREIFT der Deutsche das Ausmaß der kommenden Katastrophe nicht, oder kann er im Gegenteil den Untergang kaum abwarten?

GERADE jetzt, wo die Ampel-Koalitionäre in Lichtgeschwindigkeit alles Deutsche niedermachen und den von Merkel begonnenen Weg der demografischen, moralischen und geistigen Abschaffung Deutschlands konsequent fortführen, wünsche ich mir, es würden sich mehr Menschen erheben und den Mut zeigen, im Alltag widerständiger und lauter aufzutreten, denn es geht shakespearisch auf die endgültige und einzige Frage zu "Sein oder Nichtsein" bzw. Untergang oder Widerstand? (Hinweis für Strafverfolgungsbehörden: Widerstand ist hier friedlich-demokratisch gemeint und beabsichtigt- also keine Gewaltanwendung)

ALLE deutschlandliebenden Menschen mit und ohne Migrationshintergrund müssen begreifen, es gibt kein Entkommen mehr, entweder Entfesselung oder Orientalisierung!

PATRIOTISMUS, liebe Freunde, ist nicht eine unter vielen Optionen, sondern einzig und allein der alternativlose Weg, nicht nur für die Ethnodeutschen, sondern für alle, die im deutschen Deutschland ihre Heimat fanden und dieses für ihre Nachkommen bewahren wollen!

Daß Deutschland mit Menschen aus anderen archaischen und religiös strengen Kulturen überflutet wird, beweist nicht nur der Gastartikel dieser Frau, sondern auch die empirischen Erhebungen und die im Auftrag des Staates durchgeführten Statistiken. Allein 41 Prozent aller Kinder bis 15 Jahren in Deutschland haben einen Migrationshintergrund (hauptsächlich afrikanisch-arabisch-islamisch).

ICH wiederhole, es ist eine alternativlose gesellschaftliche Aufgabe und Pflicht, sich laut und bemerkbar zu machen, was ich persönlich mit meinen bescheidenen und vor allem legitimen (friedlichen) Möglichkeiten seit vielen Jahren versuche.

UND nein, ich als Schüler der deutschen Demokratie sage der Bundesinnenministerin Frau Faeser und dem Präsidenten des Bundesamts für Verfassungsschutz Herrn Haldenwang, daß es mit meinem Demokratieverständnis nicht vereinbar ist, wichtige Fragen, die die Menschen sehr stark berühren, wie die Angst VOR Überfremdung Deutschlands und Verlust der eigenen Identität, von den Verfassungsorganen zu kriminalisieren und die Sorgen der Bevölkerung als Verschwörungstheorie zu brandmarken.

NEIN, wir, das Volk, bezahlen unsere Minister und Beamten nicht dafür, daß sie ihnen mißliebige Oppositionelle diffamieren, sondern um tatsächliche und realexistierende Verfassungsfeinde auszumachen und sie in einem rechtsstaatlichen Prozeß der Justiz zu zuführen

ES ist das verbrieftete Recht jedes einzelnen Staatsbürgers, den Zustand seines Staates frei zu beschreiben, solange er nicht zu Gewalt aufruft oder andere mit seiner öffentlich bekundeten Meinung, andere Menschen gruppenbezogen diskriminiert.

JA, wir müssen die politische friedliche Wende einleiten, Rechtsbrecher unter den Politikern gerichtlich belangen, ihre Antifa-Privatarmee verbieten, ihren nutzlosen Mitläufern die Jobs streichen, ihre Privilegien wegnehmen, ihre verlogenen Stiftungen und "Meinungsforschungsinstitute" entlarven, ihnen die Hoheit in den Medien durch Abschaffung der GEZ-Gebühren zerschlagen und ihnen ins Gesicht laut schreien: NICHT MEHR MIT UNS!

Imad Karim<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. Oktober 2023 (x1.332/...): >>**Abschreckung wirkt: Dänemark senkt Asylanträge um 82 Prozent!**

Unser nördliches Nachbarland zeigt, wie man effektiv gegen massenhaften Asylmißbrauch vorgehen kann: Mit der Kürzung von Sozialleistungen und einer dazugehörigen Abschreckungskampagne hat Dänemark die Zahl der Asylanträge zwischen 2014 und 2019 um 82 Prozent gesenkt! Das sind zwar immer noch 18 Prozent zu viel, doch die dänische Regierung will auch diese Lücke schließen: Die Senkung der Asylzahlen auf Null ist erklärtes Ziel der Regierungschefin Mette Frederiksen, die übrigens Sozialdemokratin ist.

Damit sind Dänemarks Sozis meilenweit entfernt von der deutschen Faeser-SPD, die die Massenmigration trotz gegenteiliger Lippenbekenntnisse massiv vorantreibt und sogar Vergewaltiger nicht konsequent abschiebt. Der mit linksextremen Bezügen aufgefallene Bundespräsident Steinmeier (ebenfalls SPD) fordert zwar plötzlich "eine Begrenzung der Zugänge", spricht aber zugleich verharmlosend von "sogenannter illegaler Migration". Diese illegale Migration muß man nach Steinmeiers Ansicht nicht beenden, sondern lediglich "eindämmen". Hinter dem Nebel der Phrasen verbirgt sich also wieder nur eine Fortsetzung der Massenmigrations-Agenda.

Dänemark hingegen setzte auf eine abschreckende Anzeigenkampagne im Libanon, die über die Kürzung dänischer Sozialhilfen für Migranten informierte. Denn von dort kamen besonders viele Migranten nach Dänemark. Das Beispiel zeigt: Abschreckung, Reduzierung von Sozialleistungen und der Verzicht auf infantile Willkommens-Rhetorik sind wichtige Bausteine, um der Asylflut Herr zu werden. Daran sollte sich Deutschland ein Beispiel nehmen!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. Oktober 2023 (x1.332/...): >>**"AfD-Einzelfallticker" deckt auf: 1.000 "Einzelfälle" innerhalb von acht Monaten!**

Seit dem 21. Februar dokumentiert die AfD in ihrem "Einzelfallticker" jene Straftaten, die von den etablierten Parteien permanent als "Einzelfälle" verharmlost werden (<https://www.afd.de/einzelfallticker/>). Es sind schwerwiegende Delikte, bei denen jeder weiß, daß Migranten aus dem Nahen Osten und Afrika einen erheblichen Teil der Täter ausmachen: Messerangriffe, Vergewaltigungen, bewaffnete Raubüberfälle und vieles mehr. Innerhalb von noch nicht einmal acht Monaten dokumentierte die AfD - ohne Anspruch auf Vollständigkeit - insgesamt 1.000 sogenannte "Einzelfälle"!

Schon diese Zahl verdeutlicht, daß die Beschönigungen der Massenmigrations-Ideologen nicht mehr zu ertragen sind. Ob im Schwimmbad, in der Diskothek oder in der Bahn: Überall kann es passieren, daß angeblich "traumatisierte" Herrschaften plötzlich ausrasten, um sich stechen und schlagen, sich an Frauen vergehen. Für die Opfer ist es ein Schlag ins Gesicht, wenn Ampel-Regierung und CDU anschließend mit Phrasen reagieren und sich nicht das Geringste an der selbstmörderischen Willkommenspolitik ändert. Angesichts der täglichen "Einzelfälle" ist unsere Forderung klar: Grenzen schützen und Scheinflüchtlinge konsequent in ihre Heimatländer zurückschicken!

Zum "Einzelfallticker": <https://www.afd.de/einzelfallticker/><<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 5. Oktober 2023 (x1.332/...): >>Messerkriminalität: Migrantengruppen sind zum Teil 244 mal gefährlicher als Deutsche!

Wenn auf Deutschlands Straßen Messer gezückt werden, dann gibt es neben dem klingenschwingenden "Einmann" meistens noch einen oder mehrere genauso durchtriebene Täter. Nämlich die, welche die Gewalttat zu verschleiern suchen! Weil die Ampelregierung und ihre nachgeordneten Behörden den Bürgern die blutigen Folgen ihrer Massmigration nicht zuzumuten - und damit ihr eigenes Scheitern offenbaren - wollen, wird die Nationalität der Täter nicht flächendeckend erfaßt. Und erst recht nicht veröffentlicht. Genauso wie das Ausmaß der Messergewalt.

Professor Harald Weyel, AfD-Bundestagsabgeordneter und Vorstandsmitglied der Bundespartei, hat jetzt konkrete Zahlen herausbekommen - und die Tätergruppen. Nach den Auswertungen der Landespolizeien wurde im vergangenen Jahr rund 20.000 Mal ein Messer gezogen! Die Täter sind in über der Hälfte der Fälle - je nach Bundesland - Nichtdeutsche. Die anderen haben zumindest einen deutschen Paß. Konkreter werden die Auswertungen der Bundespolizei: Die ist zwar nur für Bahnhöfe und Flughäfen zuständig, notiert aber in jedem Fall die Herkunft der Täter.

Rechnet man die Täter auf den jeweiligen Bevölkerungsanteil herunter, erfährt man: Von Hunderttausend Deutschen liegt der Anteil von Messerangreifern rechnerisch bei 0,9. Bei Türken liegt er bei vier, bei Rumänen bei sechs, bei Polen bei sieben und bei Syrern schon bei 10,8. Noch gefährlicher sind laut den Zahlen Iraker und Iraner, die 14, beziehungsweise 18 mal so oft ein Messer zücken. Von 100.000 Afghanen greifen statistisch 20 zum Messer, ähnlich oft wie Eritreer. Noch niedriger liegt die Hemmschwelle bei Marokkanern (30), Somaliern (40), Tunesiern (131) und Algeriern (221)! Wenn man bedenkt, daß die meisten der Täter überhaupt nicht in Deutschland sein dürften, kann man nur zum Schluß kommen: Abschieben schafft Sicherheit - und rettet Leben!<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 10. Oktober 2023 (x1.336/...): >>EU legalisiert die illegale Migration mit Hilfe der verfassungsfeindlichen Bundesregierung

Von *H. W. Ludwig*

Das Brüsseler "Migrations- und Asylpaket", das in der vergangenen Woche vom EU-Innenministerrat verabschiedet wurde, verfolgt nach den Worten des früheren Präsidenten des Bundes-Verfassungsschutzes, Dr. Hans-Georg Maßen, - nicht im Ansatz das Ziel, die illegale Migration zu stoppen. Diese solle lediglich legalisiert sowie kriminelle (weil Beihilfe zur illegalen Einreise leistende) NGOs und Schlepperbanden entkriminalisiert werden. Die EU-Gremien und die Bundesregierung wollten die unbegrenzte Massenzuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen mit all ihren sozialen und ökonomischen Folgen gegen die Verfassung durchsetzen.

Dr. Maaßen, exzellenter Kenner des Asylrechts, dessen Promotion bereits über "Die Rechtsstellung des Asylbewerbers im Völkerrecht" handelte, rechnete in der Jungen Freiheit vom 6.10.2023 unter der Überschrift "Simulieren und Täuschen" mit der Migrationspolitik der EU und der Bundesregierung ab. Er schreibt einleitend:

"Die europäische Migrationspolitik hat katastrophale Auswirkungen auf Deutschland und viele weitere EU-Mitgliedstaaten. Sie ist mitverantwortlich für die Erosion unseres gesellschaftlichen Zusammenhalts, der Demokratie, des Rechtsstaats und des über Generationen erarbeiteten Wohlstands."

Und sie trage dazu bei, daß die Innere Sicherheit in Deutschland durch Ausländerkriminalität und Ausländerextremismus "beschädigt" werde. -

Das ist noch sehr zurückhaltend formuliert. Es wird tatsächlich massiv eine täglich zuneh-

mende Innere Unsicherheit für die Bürger dieses Landes erzeugt.

Das europäische Außengrenzsystem funktioniere nicht. Sein Funktionieren sei aber die Grundvoraussetzung dafür, daß auf Binnengrenzkontrollen zu unseren Nachbarstaaten verzichtet werden könne. Die Vorschriften zur Asylzuständigkeit nach der EU-Dublin-Verordnung seien faktisch außer Kraft. Denn nach diesen wären für alle Asylsuchenden, die über die Landesgrenze nach Deutschland einreisen, andere EU-Staaten zuständig.

"Und so strömen Hunderttausende Einwanderer ins Land, die man politisch korrekt beschönigt 'Geflüchtete' oder 'Flüchtlinge' nennt - was sie nicht sind, da sie ohne asylrelevante Gründe (politische Verfolgung, hl) kommen und sich dauerhaft bei uns ansiedeln wollen."

Der Regierungs- und Umerziehungs-Sender ZDF spricht sogar nur noch von "Ankommen- den". Sie kommen halt hier an. Was soll man da machen?

Die genaue Rechtslage

Dr. Maaßen hat bereits in der Jungen Freiheit vom 9.6.2023 die genaue Asylrechtslage dargelegt:

"Artikel 16a Abs. 2 Satz 1 (des Grundgesetzes) besagt ausdrücklich: Asylrecht genießt nicht, wer aus einem sicheren Drittstaat nach Deutschland kommt. Sichere Drittstaaten sind EU-Staaten und auch die Schweiz. Und weil Deutschland nur von sicheren Drittstaaten umgeben ist, haben nach dem Grundgesetz Asylbewerber nur dann einen Anspruch auf Asyl, wenn sie nicht über diese Staaten zu uns kommen, das heißt, wenn sie über einen deutschen Flughafen oder Seehafen einreisen. Und für die Migranten, die auf dem Luftweg zu uns kommen, gibt es das Flughafenasylverfahren, das im Transitbereich durchzuführen ist. So soll ein Mißbrauch des Asylrechts bei der Einreise verhindert werden."

"Das deutsche Recht gibt auch klare Anweisungen für Zurückweisungen von Asylsuchenden an der Grenze. Nach Paragraph 18 des Asylgesetzes sind Asylbewerber aus sicheren Drittstaaten an der Grenze zurückzuweisen. Da das europäische Außengrenzsystem offenkundig zusammengebrochen ist, weil einige EU-Staaten mit Außengrenzen keinen Grenzschutz betreiben, sondern die Migranten durchwinken, ist die Zurückweisung nach dieser Vorschrift notwendig."

Der Hintergrund der für die Asylsuchenden harten Drittstaatenregelung liege darin, daß sie sich nicht den Staat aussuchen, der für sie die besten Lebensbedingungen bietet, sondern in dem Staat Schutz vor Verfolgung suchen, der am nächstgelegenen ist. Der Gesetzgeber des Grundgesetzes vertrete die Auffassung, daß Flüchtlinge nicht um die ganze Welt reisen sollten, weil Deutschland die größten Sozialanreize bietet.

Und diejenigen, die tatsächlich einen Anspruch auf Asyl in Deutschland haben, dürften sich nach der Vorstellung des Gesetzgebers nur so lange in Deutschland aufhalten, wie die Verfolgungssituation im Herkunftsstaat anhalte. Entfalle der Asylgrund, weil sich die Situation im Herkunftsstaat geändert habe, erübrige sich grundsätzlich auch das Asylrecht, das nur ein temporäres Aufenthaltsrecht gewähren solle.

"Die Millionen Migranten, die in den letzten Jahren nach Deutschland einreisen durften, sollten also nach dem Willen des Grundgesetzes nie hier sein.

Die Politik ignoriert einfach die Drittstaatenregelung mit dem Argument, es gehe letztendlich doch nicht um das Asylrecht des Grundgesetzes, sondern um den Flüchtlingsschutz nach der europäischen Flüchtlingsrichtlinie und der Genfer Flüchtlingskonvention.

Aber auch danach dürften die Asylsuchenden nicht nach Deutschland einreisen und in Deutschland auch kein Asylverfahren erhalten, da nach der Dublin-III-Verordnung die EU-Staaten, die die Einreise in die EU zugelassen haben, für das Asylverfahren zuständig sind. Und das sind alles sichere Drittstaaten."

Zurückweisungen von Asylsuchenden an unseren Grenzen fänden grundsätzlich nicht statt, wie wir wissen. Angela Merkel habe 2015 der Bundespolizei untersagt, die Migrantenströme

an der Grenze zurückzuweisen. Die derzeitige ökosozialistische Bundesregierung setze Merks Kurs der offenen Grenzen fort und denke nicht einmal daran, die ankommenden Personen an der Grenze zurückzuweisen.

Halten wir also fest:

Sämtliche herrschenden Parteien in Deutschland setzen sich seit Jahren permanent wissentlich und vorsätzlich über dieses geltende Recht hinweg. Bundesregierungen und Bundestag, nach dem Grundgesetz an Recht und Gesetz gebunden, handeln nicht nur gesetz- und verfassungswidrig, sondern bei diesem durchgehenden Vorsatz regelrecht verfassungsfeindlich. Der Verfassungsrechtler Dr. Ulrich Vosgerau prägte daher in seinem 2018 veröffentlichten Buch den Ausdruck "Die Herrschaft des Unrechts".

Man muß geradezu von einem Staatsstreich von oben sprechen.

Horst Seehofer, so Dr. Maaßen weiter, habe zwar als bayerischer Ministerpräsident auch von einer "Herrschaft des Unrechts" gesprochen und 2018 als Bundesinnenminister versucht, diese zu beenden, indem er mit einem Masterplan zur Migration die Zurückweisung an der Grenze habe durchsetzen wollen. Doch als Merkel dies ablehnte, habe Seehofer klein beigegeben, um es nicht zum Bruch der CDU/CSU-Fraktion kommen zu lassen. -

- Also um der Macht willen. -

Seehofers damalige Forderung nach Wiedereinführung von Grenzzurückweisungen und nach einer Beendigung der Herrschaft des Unrechts werde von der Union heute nicht wiederholt. Wenn es Kritik aus der CDU/CSU an der Migrationspolitik gebe, dann in erster Linie daran, daß die Kommunen allein gelassen würden und der Bund zu wenig Geld und Ressourcen bereitstelle. Als ob das das zentrale Problem sei.

Daß diese Menschen zu Millionen ins Land gelassen werden, obwohl sie hier nach dem Grundgesetz nichts zu suchen haben, weil sie in Deutschland kein Asylrecht erhalten dürfen, werde dagegen nicht kritisiert. Und es werde noch nicht einmal die Frage gestellt, warum die Bundesregierung und die Regierung Merkel diese Millionen Menschen ohne Grund habe ins Land einreisen lassen. Die Antwort könne man sich leicht geben:

Es gehe nicht um Flüchtlingsschutz, sondern um das linke anti-deutsche ideologische Projekt einer Gesellschaftsveränderung durch Migration. -

Es ist offensichtlich, daß diese Politiker willige Erfüllungsgehilfen der Globalplayer in UN und konkret in der EU sind, welche ihrerseits im bewußten oder unbewußten Dienst der westlichen Geheimgesellschaften die Völker mit ihren spezifischen Kulturen auflösen, insbesondere die deutsche Kultur verschwinden lassen wollen.

EU will illegale Migration legalisieren

Wir haben es zu tun, schreibt Dr. Maaßen am 6.10.2023 weiter,

"mit einer durch Pull-Faktoren politisch erzeugten Migrationswelle nach Europa und vor allem nach Deutschland, die historische Ausmaße hat und die, wenn man sie nicht mit der notwendigen Entschiedenheit rückgängig macht, unseren Kontinent dauerhaft verändern wird.

Deshalb würde jeder vernünftige Politiker im nationalen Interesse seines Landes der EU, die zur Gefahr für die Innere Sicherheit geworden ist, die Zuständigkeiten für Migrationspolitik sofort entziehen."

Doch wir erlebten eine EU-Kommission, die ohne jedes Unrechtsbewußtsein einfach weitermache wie bisher und noch nicht einmal im Ansatz das Ziel verfolge, die illegale Migration zu stoppen.

"Daß die Außengrenzregelungen und die Dublin-Verordnung faktisch nicht angewandt werden, hätte zur Entwicklung eines Mechanismus durch die EU-Kommission führen müssen, der die in den Verträgen vereinbarten Vorschriften tatsächlich durchsetzt."

Statt dessen wolle man aber die Rechtslage der Realität anpassen und Zuwanderungssteuerung nur simulieren. So solle ein integriertes Grenzverfahren eingeführt werden, das eine Überprü-

fung der Asylsuchenden schon an der Grenze möglich machen solle. Nach der Asyl-Krisenverordnung dürften die EU-Außengrenzstaaten bei sehr hohen Asylbewerberzugängen von bestimmten Regelungen abweichen.

"Doch daß dies untaugliche Mittel sind, um der Massenzuwanderung Herr zu werden, sollte jedem klar sein, der sich mit Asylpolitik auch nur ansatzweise beschäftigt hat."

Tatsächlich werde eine Bürokratie aufgebaut, die dazu führe, daß Ausländer, ob asylberechtigt oder nicht, letztlich immer einreisen werden. Durch das Migrationspaket solle also die illegale Migration lediglich legalisiert sowie kriminelle (weil Beihilfe zur illegalen Einreise leistende) NGOs und Schlepperbanden entkriminalisiert werden.

Auflösung des Volkes durch Verfassungsfeinde

Dr. Maaßen stellt schließlich die entscheidende Frage, warum die europäische Politik eigentlich eine solch katastrophale Migrationspolitik verfolge. Und er gibt die Antwort: Das Verhalten der herrschenden Kräfte in der EU-Kommission sowie im Europäischen Rat lasse nur eine Schlussfolgerung zu:

"Sie wollen die unbegrenzte Massenzuwanderung von Menschen aus anderen Kulturkreisen. Sie möchten zwar eine bessere Unterbringungssituation und eine "gerechtere" Verteilung innerhalb der EU, aber sie lehnen jede Art der Zuwanderungsbegrenzung ab.

Im Klartext bedeute das:

"Sie wollen diese Masseneinwanderung mit all ihren sozialen und ökonomischen Folgen - weil dies ihrer ideologischen Überzeugung entspricht."

Für die Bürger werde sich diese Migrationspolitik als Katastrophe erweisen. Aus Sicht der etablierten Politik aber sei sie, aufgrund deren ideologischen Verblendung, genau so gewollt.

"Man wünscht ein Europa ohne Grenzen und ohne Völker.

Und das auch gegen alle Widerstände in der Bevölkerung sowie einzelner nationaler Regierungen."

So solle auch durchgesetzt werden, daß sich EU-Staaten wie Polen oder Ungarn, die sich bisher gegen die Masseneinwanderung gewehrt haben, in Einwanderungsländer verwandeln.

"Doch weder die EU-Kommission, noch die deutsche Bundesregierung haben das Recht, Völker aufzulösen oder sich gar ein neues Volk zu wählen. Wenn sie es aber dennoch tun, dann handeln sie nicht nur verfassungswidrig - sondern verfassungsfeindlich."

Diese Migrationspolitik könnte gestoppt werden, wenn man nur wollte. Und mehr noch, man könnte mit der notwendigen rechtsstaatlichen Entschiedenheit die Masseneinwanderung wieder rückgängig machen.

"Daher sollten wir für den entsprechenden politischen Willen sorgen - indem wir die Verantwortlichen so rasch wie möglich und für immer abwählen."

Hans-Georg Maaßen wird in einem Interview, von dem EpochTimes berichtet, noch deutlicher.

Er sei überzeugt, daß die deutsche Gesellschaft mit voller Absicht destabilisiert, verarmt und letztlich ausgetauscht werden solle. Auch und gerade in seiner Rolle als Strafrechtsjurist sei er "mittlerweile fest davon überzeugt", daß derzeit ein "Feindkonzept zur Destabilisierung unserer Gesellschaft" in Deutschland durchgeführt werde. "Was in diesem Land los ist, ist kein Zufall."

"Ob es jetzt nun die Klima- und Energiepolitik ist, ob's die Genderpolitik ist oder die Migrationspolitik ... Das sind nicht alles Zufälle und das ist nicht alles Blödheit", gab sich Maaßen sicher. "Die Tathinweise sprechen ganz klar dafür, daß das eine gewisse Tatplanung ist, der man eigentlich auch nachgehen müßte."

<https://www.epochtimes.de/politik/hans-georg-maassen-was-in-diesem-land-los-ist-ist-kein-zufall-a4431347.html><<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 10. Oktober 2023 (x1.332/...): >>>**Schon 801.459 Asylanträge in diesem Jahr: Deutschland muß zur Festung werden!**

Deutschland und Europa werden überrollt! Laut aktuellen Zahlen der EU-Asyl-Agentur EUAA wurden in diesem Jahr bereits 801.459 Asylanträge in der EU sowie in Norwegen und in der Schweiz gestellt (Stichtag 3. Oktober). Das ist der höchste Wert seit 2016 - auch Deutschland verzeichnet einen Anstieg um sage und schreibe 74 Prozent! Und trotzdem hält die verantwortungslose Ampel-Regierung an der Massenmigrations-Ministerin Nancy Faeser fest! Wenn diese Regierung auch nur ansatzweise an einer Reduzierung der Migrationswelle interessiert wäre, dann würde sie als erste Maßnahme die Innenministerin entlassen und die Koalition mit den Grünen aufkündigen.

Doch die Ampel will unser Land auch weiterhin auf Gedeih und Verderb fluten. Die Forderungen der AfD sind brandaktuell: Geldleistungen endlich in Sachleistungen umwandeln, Grenzen sichern, Abschiebungen konsequent durchführen. Wichtig auch: Es muß mit Abschreckungskampagnen und öffentlichen Erklärungen deutlich gemacht werden, daß das Boot voll ist. Dänemark hat diesen Weg eingeschlagen und verzeichnet in der eben erwähnten Statistik einen Rückgang der Asylanträge um 56 Prozent. Auch das von Ministerpräsident Orban regierte Ungarn zeigt, wie es gehen kann: Dort gab es in diesem Jahr lediglich 26 Asylanträge. Die Konsequenz ist klar: Mehr Ungarn wagen!<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 11. Oktober 2023 (x1.332/...): >>>**Wir wollen keine fremden Konflikte auf unseren Straßen!**

Der Nahostkonflikt droht auf unsere Städte überzugreifen: Unzählige gewaltbereite junge Männer haben am Wochenende den schrecklichen Angriff der Hamas auf Israel gefeiert. In Duisburg und Berlin kam es zu tumultartigen Auseinandersetzungen mit der Polizei. In einer Schule in Neukölln wurde gestern ein Lehrer von einem 15-jährigen Schüler zusammengeschlagen und -getreten, weil er das Hissen der Palästinenser-Fahne unterbinden wollte.

Das ist Deutschland unter der Ampelregierung: Nachdem sich hier bereits afrikanische Migranten bei Eritrea-Festen regelmäßig austoben und radikale Islamisten immer wieder offen antisemitisch durch die Straßen ziehen, steuern wir nun direkt auf gewaltsame Aufstände in Stadtteilen zu, die von Politik, Öffentlichkeit und der Polizei schon aufgegeben wurden.

Kein Wunder, denn Spitzenpolitiker wie Bundespräsident Steinmeier, Kulturstatsministerin Roth und vor allem Innenministerin Faeser suchen immer wieder ganz gezielt den Schluß mit zum Teil radikalen Islamverbänden. Daß Judenhaß auf deutschen Straßen wieder ganz offen praktiziert wird, liegt vor allem an jenen, die sich gerade wieder besonders empört geben.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. Oktober 2023: >>>**Über 70 % sehen Gefahr in Moslem-Migranten**

Von *Daniell Pföhringer*

Gut drei Viertel der Deutschen sehen die Zuwanderung von Muslimen als "hohes Sicherheitsrisiko für Deutschland". Nur die Wähler der Grünen sehen darin mehrheitlich keine Gefahr.

...

Laut einer aktuellen Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Insa für die Bild-Zeitung halten knapp drei Viertel der Deutschen die Zuwanderung aus islamischen Ländern für brandgefährlich. Demnach meinen 71,1 Prozent der Befragten, daß muslimische Migranten ein "hohes Sicherheitsrisiko für Deutschland" seien. Lediglich 9,1 Prozent verneinen dies, während sich 19,8 Prozent dazu nicht äußern wollten.

Bezeichnend: "Nur die Wähler der Grünen gaben nicht mehrheitlich an, daß die Zuwanderer aus muslimischen Ländern ein hohes Sicherheitsrisiko für Deutschland darstellen. Anders als

alle anderen Wählergruppen", so Bild. Selbst nach dem Anschlag von Brüssel, den ein abgelehnter Asylbewerber, der bereits in seinem Heimatland Tunesien als gewaltbereiter Islamist bekannt war, verübt hat, heißt es bei den Anhängern von Habeck, Baerbock & Co. immer noch: Refugees welcome!

Es reicht! Wir halten dagegen!

Wir von COMPACT sagen: Es reicht! Die Asyl-Flut muß gestoppt, kriminelle Ausländer und islamistische Gefährder müssen konsequent abgeschoben werden. Deutschland muß seine Identität bewahren - und die Sicherheit zurückerlangen! ...

Ob in Altenheimen, in Schulen, vor Gericht oder auf der Straße: Deutsche sind längst Bürger zweiter Klasse im eigenen Land. In den großen Medien wird die Inländerfeindlichkeit verschwiegen oder bagatellisiert. Ein Aufschrei ist nötig! ...

Die islamistische Gefahr in Deutschland wächst! Wenn Dschihadisten den Flüchtlingsstrom nutzen, um Mörder zu uns zu schicken, dann wird es auch bald in Deutschland Massaker und Anschläge geben. Dann folgt die Notstands-Diktatur der Ampel-Bande.

Die Sicherheitsbehörden beziffern ihre Zahl auf 27.480 Personen, über 500 davon gelten als Gefährder. Nutznießer dieses Terror-Szenarios sind Soros und Konsorten. Ganz nebenbei: Die CIA betätigt sich als Terrorhelfer. Schon bald wird gelten: Multikulti-Land ist abgebrannt. ...

Wie Deutschland im Multikulti-Chaos versinkt: Silvester als neuer Feiertag für kriminelle Migrantenhorden auf deutschem Boden? Soll das künftig so weitergehen? Angriffe auf Polizei und Rettungskräfte als Massensport für Mohammed und Mustafa?

Vor allem Berlin stach bei diesem Bild hervor. Ausländerkriminalität gehört längst zum Alltag, Gewaltverbrechen aus dem Migrantenumfeld häufen sich. Rot-Rot-Grün erweist sich als Totengräber unserer Hauptstadt, die Ampel als Garausmacher unseres Landes. Die Kriminalitätsorgien, die sich tagtäglich in unseren Städten ereignen, sind die Visitenkarte eines kaputten Landes.

... Verschwörung der globalen Eliten: Der sogenannte Migrationspakt soll die Zuwanderungswellen nach Deutschland und Europa zu einem permanenten Phänomen machen - und zur totalen Auflösung der ethnischen Homogenität unseres Kontinents und unseres Landes führen.

Dahinter stehen globalistische Eliten, die nicht nur Schlepper-NGOs finanzieren, sondern auch mediale Propaganda-Organen, die die Bevölkerung weich klopfen und die Länder sturmreif für die totale Asyl-Invasion schließen sollen. ...

Invasion aus Afrika: 20 Millionen auf dem Weg nach Europa: Sie sitzen auf gepackten Koffern - und wir öffnen ihnen Tür und Tor. Unfaßbare 20 Millionen Afrikaner wollen laut aktueller Studien nach Europa kommen - hauptsächlich ins gelobte Land, die Bundesrepublik!

Sie kommen über die spanische Exklave Mellila, über die kanarischen Inseln, auf Kähnen übers Mittelmeer und werden dann von NGO-Schleppern aufgelesen und nach Italien gebracht. Vor einigen Jahren strömten sie ins französische Calais, wo ihr Lager - der berühmte Dschungel - kurzerhand auf über 10.000 Personen angewachsen war. ...<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 18. Oktober 2023 (x1.333/...):

>>Angriff gegen Apollo News: Sawsan Cheblis ungeheuerlicher Satz

Sawsan Chebli wirft Apollo News vor, muslimische Stimmen "zum Schweigen" bringen zu wollen, nennt uns "brutal". Sie versucht sich als das wahre Opfer zu inszenieren. Und verrät sich. ...

Max Mannhart

Sawsan Chebli wirft Apollo News vor, muslimische Stimmen "zum Schweigen" bringen zu wollen, nennt uns "brutal". Wir hatten zuvor über Cheblis Verbreitung antisemitischer Lügengeschichten berichtet. Darüber, daß sie einen Post teilte, indem Israel mit den Nazis gleichgesetzt und von einem "Genozid" an den Palästinensern gesprochen wurde.

Von diesen ominösen "Rechten" angegriffen, sollen also "vor allem jene" werden, "die sich gegen Rassismus und Antisemitismus einsetzen", schreibt Chebli und meint damit sich selbst. Dann folgt ein ungeheuerlicher Satz: "Brauchen all eure Solidarität!"

Sawsan Chebli fordert, wenige Stunden nachdem in Berlin Synagogen mit Brandsätzen attackiert wurden, "all eure Solidarität" - alle Solidarität - für sich. Sie erklärt sich zum wahren, ultimativen Opfer. Zum Opfer, das als allererstes jetzt ein Recht auf Solidarität haben soll. Und die Täter sind nicht die Hamas oder antisemitische Schlägertrupps - sondern Medien wie Apollo News, die es wagen, kritisch zu berichten.

Doch Chebli ist kein Opfer. Sie verbreitete genau jene Falschinformationen, die überhaupt dazu führten, daß sich in dieser Nacht binnen kürzester Zeit diese Krawalle organisierten - in einem ultra-aggressiven Tonfall. Sie ist damit keine Täterin - aber Teil des Problems.

Chebli will aus ihrer Opfer-Masche Profit schlagen

Sie verdient hier explizit keine Solidarität. Denn "all eure Solidarität" brauchen gerade die Juden, die sich in diesen Tagen weder in Deutschland noch in Israel sicher fühlen können. Deren Häuser in Berlin markiert, Verwandte in Israel entführt und abgeschlachtet werden, deren Einrichtungen trotz massivem Polizeischutz angegriffen werden. In Neukölln wurden erst am Dienstag Menschen mit Feuerwerkskörpern angegriffen, weil sie Hebräisch sprachen. Das Holocaust-Mahnmal in Berlin muß mit einer Polizeikette vor Schändung geschützt werden.

Juden verdienen unsere Solidarität schon seit Jahren. Und seit Jahren sind es Leute wie Sawsan Chebli, die aus ihrer Opfer-Masche Profit schlagen und die Aufmerksamkeit auf sich ablenken. Es sind Leute wie sie, die das Narrativ verbreiten, Muslime wären "die wahren Opfer". Dabei sind es Islamisten, die Juden jagen - im Nahen Osten, genau wie auf der Sonnenallee in Berlin-Neukölln. Keinesfalls andersherum.

Fest steht: Apollo News wird weitermachen. Wir werden auch diese Form des Antisemitismus benennen, aufdecken und stellen. Es ist die Aufgabe jedes Journalisten, mit aller notwendigen Härte die Mißstände offenzulegen, die dazu führen, daß jüdisches Leben in Deutschland nicht mehr sicher ist. Ohne Rücksicht auf die Gefühle von Sawsan Chebli.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. Oktober 2023:
>>**Markus Krall: Massenabschiebungen jetzt!**

Von Daniell Pföhringer

Nach den neuerlichen Ausschreitungen von Migranten in Berlin-Neukölln hat der Ökonom Markus Krall eine umfassende Remigration Illegaler gefordert. Als Abschiebungsort schlägt der bekannte Regierungskritiker Zentralafrika vor.

Erneut ist Markus Krall mit einer Wortmeldung vorgeprescht, die man sich von manchem AfD-Politiker wünschen würde. Nach den neuerlichen Krawallen in Berlins Überfremdungspot Neukölln am Donnerstagabend setzte er heute auf X folgenden Tweet ab:

Es wird eine Sache immer klarer: Ohne massenhafte Abschiebung illegal eingewanderter Merkelgäste landet dieses Land im Bürgerkrieg. Man muß nur die Punkte verbinden um den Trend der Gewalt zu berechnen: Frankreich, Schweden, jetzt auch hier.

- Dr. Markus Krall. Oktober 19, 2023

Auf die Frage eines X-Nutzers, wie man das denn machen solle, wenn die Herkunftsländer ihre Migranten nicht zurücknehmen wollten, hatte Krall folgenden Vorschlag parat:

"Wir finden ein schönes Land in Zentralafrika, mit dem wir einen Vertrag schließen und wo alle hingehen, die sich nicht mehr an ihr Herkunftsland erinnern können. Wem es dann wieder einfällt, den bringen wir nach Hause. Ganz einfach."

Das ist doch mal ein innovativer Vorschlag! Krall arbeitet nach eigenem Bekunden an einer neuen Partei, mit der er bisherige CDU/CSU- und FDP-Wähler, die sich scheuen, ein Kreuz bei der AfD zu machen - um dann mit der AfD den Politikwechsel herbeizuführen.

Dies bekräftigte er vor wenigen Tagen noch mal bei X vor dem Hintergrund aktueller Umfragen: "Linke, FDP, CSU, alle unter 5 % in 2025. dazu noch 5-10 % sonstige und fertig ist die Laube. Dann reichen 40 % bequem für die Mehrheit im - m Bundestag. Die werden AfD und die neue Partei gemeinsam auch erreichen. Dann wird Deutschland sich verändern, und ich freu mich drauf."

Verabschiedungs- statt Willkommenskultur!

Krall hat recht! Wir brauchen keine Willkommens-, sondern eine Verabschiebungskultur! Die Asyl-Flut muß gestoppt, illegale Einwanderer, kriminelle Ausländer und islamistische Gefährder müssen konsequent abgeschoben werden. Deutschland muß seine Identität bewahren - und seine Sicherheit zurückerlangen! Kein Bürgerkrieg in unseren Städten!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. Oktober 2023: >>**Irrenhaus Deutschland: Erste Migranten werden auf Friedhof untergebracht**

Nach dem Ampel-Motto "Wir haben Platz" werden im Zuge der außer Rand und Band geratenen Masseneinwanderung langjährige kommunale Mieter aus ihren Wohnungen vertrieben, Turn- und Sporthallen als Asylunterkünfte zweckentfremdet. Gäbe es einen "Ehrenpreis für kreative Flüchtlingsunterbringung", so würde er zweifelsohne an die Stadt Odenthal im Rheinisch-Bergischen-Kreis (Nordrhein-Westfalen) gehen müssen: Dort werden sogenannte Schutzsuchende jetzt auf dem Friedhof untergebracht - genauer gesagt: in der Trauerhalle. Das berichtete gestern Abend (19.10) das ARD-Magazin "Kontraste".

"Wir müssen ständig überlegen, wo können wir denn noch ein Bett dazustellen", sagte die städtische Integrationsbeauftragte Claudia Kruse gegenüber RTL. Knapp 500 Migranten leben demnach aktuell in Odenthal (14.000 Einwohner). Die Trauerhalle bietet Platz für 12 Betten.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 43/23" berichtete am 20. Oktober 2023 (x1.387/...): >>**Nach der Bluttat von Arras: Das französische Schulwesen im Niedergang Die Nation verlernen**

Karlheinz Weißmann

Am 13. Oktober wurde im nordfranzösischen Arras der Lehrer Dominique Bernard von Mohammed Mogouchkov ermordet. Bei dem Versuch, seine Schüler vor den Messerattacken des Angreifers zu schützen, verlor Bernard selbst sein Leben. Die Tat weckt unwillkürlich die Erinnerung an den Mord, dem der Lehrer Samuel Paty vor fast genau drei Jahren zum Opfer fiel. In beiden Fällen bestand ein unleugbarer Zusammenhang mit der Tatsache, daß die Täter Tschetschenen und muslimischen Glaubens waren. In beiden Fällen suchte die Linke die Spuren ihrer Mitverantwortung zu verwischen.

Die Familie Mogouchkov hätte nach Ablehnung des Asylantrags bereits 2014 Frankreich verlassen müssen, was aber durch ein breites Bündnis aus Kommunisten und Menschenrechtsaktivisten verhindert wurde. Die Administration ging in die Knie und sprach eine weitere Duldung aus.

Die Konsequenzen waren entsprechend: Die Behörden haben Mogouchkov selbst als Gefährder eingestuft und phasenweise überwacht, sein älterer Bruder verbüßt wegen Anschlagsplänen eine Gefängnisstrafe, ein jüngerer Bruder soll ebenfalls einer Terrorzelle angehören und wurde festgenommen, der Vater bereits 2018 nach Rußland ausgewiesen, nachdem er islamistische Propaganda verbreitet hatte. Trotzdem heißt es jetzt, daß Herkunft und religiöse Motivation für die Mordtat unerheblich seien und Regierung wie Reaktion die Gelegenheit nutzen wollten, um "das Gift der Spaltung und des Rassismus" zu säen.

Währenddessen setzte die Regierung die übliche politisch-mediale Routine in Gang und forderte publikumswirksam die Abschiebung abgelehnter Asylbewerber aus dem Raum des Kaukasus. Nur auf der Rechten benennt man klar und deutlich die Tatsache, daß der Mord an Dominique Bernard kein isolierter Einzelfall ist, sondern auf ein strukturelles Problem ver-

weist. So erklärte Bruno Retailleau, Vorsitzender der Republikaner im Senat: "Es ist immer derselbe islamistische Albtraum, der wiederkehrt. Immer die gleichen Methoden, die gleichen Profile und immer die gleiche Hilflosigkeit. Drei Jahre nach dem Tod von Samuel Paty hat sich nichts verändert."

Damit wird der Blick auf die Tatsache gelenkt, daß die Mißstände des französischen Bildungssystems wie in einem Brennglas die Mißstände der französischen Gesellschaft zusammenziehen: in bezug auf die Sicherheitslage, in bezug auf die "Verwilderung", in bezug auf den kulturellen Niedergang des Landes und in bezug auf das permanente Versagen der Eliten. Es gibt heute zahlreiche, vor wenigen Jahrzehnten noch undenkbare, Maßnahmen, um Kinder und Jugendliche wie Personal der Schulen zu schützen.

An deren Gebäuden sind Überwachungskameras und Drehkreuze, fallweise auch Metalldetektoren installiert, die feststellen, wer Messer, Macheten, Stahlrohre, lanzenartige Klingen oder Schußwaffen mitbringt. Es gibt in einigen Fällen sogar Polizeiposten auf dem Gelände, und in jüngerer Vergangenheit forderte ein Schulleiter den Einsatz des Militärs, nachdem Schüler in Folge der Drogenkriege vor seinem Collège durch Schüsse verletzt worden waren.

Das Hauptproblem sind allerdings die Aggressionen innerhalb der Schulen. Nach einer Erhebung von 2022 wurden etwa 40 Prozent aller Schüler schon Opfer eines körperlichen Angriffs. Dazu kommen alle möglichen Formen der Drangsalierung. Im vergangenen Monat erregte der Selbstmord eines fünfzehnjährigen Gymnasiasten Aufsehen, der die Schikanen seiner Altersgenossen nicht mehr ertrug.

Zu ergänzen sind diese Zahlen um jene, die sich auf die Gefährdung der Lehrer beziehen: Etwa die Hälfte von ihnen wird irgendwann zum Ziel einer verbalen oder körperlichen Attacke durch Eltern oder Schüler.

So starb im Februar des Jahres eine Lehrerin aus Saint-Jean-de-Luz unter den Messerstichen eines aufgebrachten Sechzehnjährigen, Anfang dieses Monats konnte ein Algerier in Pantin vor einer Schule gerade noch festgenommen werden, der plante, einen Lehrer zu enthaupten. Viele Pädagogen sind dauerhaft physisch oder psychisch erkrankt. Im Durchschnitt nimmt sich pro Woche einer das Leben.

Trotzdem gibt es aus den Reihen der Lehrer kaum Widerstand gegen die Situation. Eine Ursache für diese Lähmung ist die linke Weltanschauung, der sie mehrheitlich anhängen, und die sich vor allem im Egalitarismus, der keine Fähigkeitsunterschiede mehr anerkennen will, und im excusionisme - der Neigung jedes Fehlverhalten zu entschuldigen - niederschlägt.

Das wird selten so deutlich gesagt wie in dem Buch von Ève Vaguerlant, das den bezeichnenden Titel "Un prof ne devrait pas dire ça" ("Ein Lehrer sollte so etwas nicht sagen") trägt. Ève Vaguerlant ist selbst Lehrerin und weiß, wovon sie spricht, wenn sie darauf hinweist, wie hilflos ihre Kollegen an den Verhältnissen leiden, die doch "das Ergebnis einer fortschrittlichen Ideologie sind, die sie immer unterstützt haben".

Allerdings darf ein Lehrer, der sich gegen die Verhältnisse zur Wehr setzt, auch kaum auf Rückendeckung hoffen. Patrice Romain, ehemaliger Direktor eines Collège, spricht von der "Omerta", die dazu führe, daß die Rektoren alles tun, um vor den höheren Verwaltungsstellen gut dazustehen. Sie verschweigen Mißstände und traktieren diejenigen, die sie anprangern wollen.

Das hat, folgt man Romain, nicht nur mit Karrierewünschen zu tun, sondern auch mit einer Mentalität, die im Laufe der Zeit herangezüchtet wurde: "Alles tun, um sagen zu können: 'Ja, Herr Minister, die Reform, die Sie eingeführt haben, sie funktioniert. Den Beweis gibt es in meiner Region, hier sind die Ergebnisse.'" Wenn das falsche Spiel funktioniert, dann vor allem, weil das gesamte französische Schulsystem darauf ausgerichtet ist, den tatsächlichen Verfall zu kaschieren.

Das beginnt schon bei der forcierten Steigerung der Abiturientenzahl. So lag im vergangenen

Jahr der Anteil der Schüler, die die Studienberechtigung erhielten, bei 82,8 Prozent ihrer Altersgruppe. Verräterisch ist allerdings die geringe Zahl derjenigen, die die "harten" MINT-Fächer als Schwerpunkt wählt, und daß die große Mehrheit, die ein "weiches" Profil bevorzugt, die französische Sprache nur unzureichend beherrscht.

Anstrengungsbereitschaft, Belastbarkeit und Leistungswille der Heranwachsenden sinken aber schon viel früher auf ein bedenkliches Niveau: zum Ende der Grundschule sollen vier von sechs französischen Kindern nicht fließend lesen und schreiben können. Bezeichnend ist auch, daß Frankreich im internationalen Vergleich immer weiter abfällt. Bei der letzten Pisa-Studie kam man nur noch auf 495 Punkte, gegenüber einem Mittel von 500 und 542 beziehungsweise 574 Punkten des Spitzenreiters Singapur.

Eine erhebliche, wenn nicht entscheidende, Rolle spielt hier, daß das Bildungssystem die Verwerfungen in der "bunten" französischen Gesellschaft längst nicht mehr zu beseitigen vermag. Pap Nidaye, der vorletzte Bildungsminister - als erster Schwarzer in diesem Amt mit Vorschußlorbeeren überhäuft - hat noch versucht, dem mit wachsendem Druck auf die noch funktionstüchtigen Privatschulen und seiner "woken" Agenda entgegenzuwirken, die die so-wieso schon massive Indoktrination der Schüler im Sinne von Antikolonialismus, Antirassismus und Genderismus weiter verstärkte.

Aber selbstverständlich hat das die Lage nicht wirklich verbessern können. Hinzu kommt die Aggressivität, mit der die muslimische Lobby Einfluß nimmt: vom Unterlaufen des Verbots religiöser Kleidung über die Installation einer "Sittenpolizei" unter Schülern bis zum Erzwingen der Speiseplanumstellung nach Maßgabe von Halal-Vorschriften. Faktisch liegt das Modell der "republikanischen Schule" in Trümmern.

Alain Finkielkraut - Schriftsteller, Essayist, "Unsterblicher", also Mitglied der Académie Française - hat dessen wesentliche Aufgabe in einem Interview jüngst folgendermaßen charakterisiert: Verteidigung der Meritokratie und Bewahrung der kulturellen Tradition. Daß das französische Bildungssystem heute weder das eine noch das andere zustande bringt, ist seiner Meinung nach auf das fatale Zusammenwirken von moderner Unterhaltungsindustrie, Gleichheitswahn, Erziehungsverweigerung der Eltern, Versagen der Intelligenz und einem Antipatriotismus zurückzuführen, der vor allem in den Kindern der Einwanderer eine Undankbarkeit heranzüchte, die sich dann in Haßausbrüchen gegen ein Land entläßt, das ihnen alles gegeben hat, was sie besitzen.

Man kann dieser Stellungnahme die von Bruno Racine an die Seite stellen, der das französische Bildungssystem über Jahrzehnte von innen beobachten konnte und seine Laufbahn als Direktor der Nationalbibliothek beendet hat: "... ich bin zu dem Schluß gekommen, daß sich unser öffentliches Schulsystem auf dem Weg zur totalen Zerstörung befindet. Diese Zerstörung ist das Ergebnis aller politischen Ansätze und aller Reformen aller Regierungen seit dem Ende der sechziger Jahre."

Schuld am Niedergang sei eine "Nomenklatura", die von den Schulleitungen über diverse Einflußgruppen und die pädagogischen Lehrstühle bis in die Spitzen der Bürokratie und der zuständigen Ministerien reiche und die die Zielvorstellung verbinde, daß die Schule allen möglichen Zwecken dienen solle, nur nicht der Vermittlung von Bildung. Angesichts der katastrophalen Lage der französischen Schulen und Hochschulen habe diese Nomenklatura heute aber vor allem das Ziel, "sich ihrer Verantwortung zu entziehen und im übrigen mit allen Mitteln die Realität des Desasters zu kaschieren".

Diese Einschätzung, daß es darum geht, sich der "Verantwortung zu entziehen und im übrigen mit allen Mitteln die Realität des Desasters zu kaschieren", könnte auch das Verhalten der Politischen Klasse Frankreichs als solches kennzeichnen. Denn was vor aller Augen abläuft, ist der Zerfall einer großen historischen Nation, deren Führung schwach oder unwillig oder beides ist und deren Bevölkerung die Entwicklung paralyisiert. Das erklärt auch die seltsame

Folgenlosigkeit der Betroffenheitsrituale und des Aktionismus hier, die Mischung aus Entsetzen und Hilflosigkeit dort, angesichts der 300 Menschen, die in den vergangenen zehn Jahren dem islamistischen Terror auf französischem Boden zum Opfer gefallen sind.

Der Politikwissenschaftler Arnaud Benedetti hat deshalb in Reaktion auf die Ermordung Dominique Bernards geäußert, daß man diese Tat nicht als individuelle Tragödie betrachten und damit entwerten dürfe. Man müsse in dem furchtbaren Sterben dieses tapferen Mannes eine Mahnung sehen: "Man kann Völker nicht aufrechterhalten, indem man verschleiert, was ihr Wesen ausmacht. Ohne diesen Impuls stumpft die Handlungsfähigkeit von oben nach unten ab. Man lebt viel mehr für eine Identität als für ein Ideal, selbst wenn es ein republikanisches ist. Und eine Republik, die den Pulsschlag ihrer Geschichte vergißt, gibt sich den gefährlichen Schwindelgefühlen ihres Zerfalls hin ...

Dr. Karlheinz Weißmann, Jahrgang 1959, ist Historiker und Publizist. Bis 2020 arbeitete er im Höheren Schuldienst Niedersachsens. Auf dem Forum schrieb er zuletzt über die deutsche Planlosigkeit in der internationalen Politik ("Die deutsche Position" JF 15/22).<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 23. Oktober 2023 (x1.333/...): >>Neue Statistik

Berlin: Rund 20 Vergewaltigungen pro Woche

Die Zahl der Sexualstraftaten in der Bundeshauptstadt nimmt immer weiter zu. Aktuellen Zahlen der Polizei zufolge wurden im laufenden Jahr rund 20 Vergewaltigungen pro Woche angezeigt. Insgesamt wurden bis September bereits 5.712 Sexualdelikte registriert. ...

In Berlin nimmt die Zahl der Sexualstraftaten weiter zu. Das geht aus zwei Anfragen an die Innenverwaltung des Berliner Senats hervor, die dem Tagesspiegel vorliegen. Demnach wurden im laufenden Jahr bereits 5.712 Sexualstraftaten in der Hauptstadt registriert (Stichtag 21. September). Zum Vergleich: Im gesamten Jahr 2022 wurden 6.782 Sexualdelikte registriert, ein Jahr zuvor waren es sogar 7.019.

Unter den Straftaten fallen unter anderem die zunehmenden Vergewaltigungen auf. Im laufenden Jahr soll es häufig um die 20 Vergewaltigungen die Woche gegeben haben, berichtet der Tagesspiegel unter Berufung auf die dem Medium vorliegende Polizeistatistik. Teilweisen seien es sogar mehr gewesen. Eine Unterscheidung zwischen Einzel- und Gruppenvergewaltigungen werde nicht getroffen. Auch die angezeigten Fälle von sexueller Belästigung liege deutlich über 20 die Woche - besonders exhibitionistische Handlungen nehmen zu. Im Jahr 2022 wurden 929 Vergewaltigungen mit mindestens einem weiblichen Opfer angezeigt. 2018 waren es noch 742.

Sowohl der fraktionslose Abgeordnete Antonin Brousek als auch Grünen-Politikerin Bahar Haghanipour hatten die Zahl der Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung aus der polizeilichen Eingangstatistik abgefragt. Haghanipour, die zugleich Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses ist, sieht in den steigenden Sexualdelikten vor allem ein Bildungsproblem. Gegenüber der schwarz-roten Regierungskoalition forderte sie mehr öffentliche Aufklärungsarbeit ab dem Kindesalter.

Sie erklärte: "Körperliche Selbstbestimmung und Geschlechtergerechtigkeit müssen selbstverständlich werden. Erst dann werden sich Frauen und andere marginalisierte Gruppen frei und gleichberechtigt bewegen können." Ein Zusammenhang mit der Migrationspolitik scheint die Grünen-Abgeordnete offenbar nicht zu sehen.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 23. Oktober 2023 (x1.332/...): >>Provokation mitten in Berlin - wir wollen hier keinen Gottesstaat!

Man kann es nur als Machtdemonstration verstehen: Dutzende muslimische Männer haben am Freitagabend vor dem Brandenburger Tor in Berlin ihre Gebetsteppiche ausgerollt und in Richtung Osten gebetet. Ob die Versammlung angemeldet war, ist bislang unklar. Zugleich

wurde eine Plakataktion für die 200 Geiseln der radikalislamistischen Hamas, die überall in Europa gestartet wurde, in Berlin untersagt. Weil Senat und die Berliner Verkehrsgesellschaft Vandalismus durch pro-palästinensische Kräfte in der Stadt fürchten.

Währenddessen provozierte in Düsseldorf ein Redner auf einer Palästinenser-Kundgebung mit der Aussage: "Jeder dritte Schüler ist schon von uns!" Womit er sogar recht hat: Es gibt mittlerweile Klassen, in denen nur noch Schüler aus muslimischen Familien sitzen.

Der Islamismus nimmt sich immer mehr Raum in unserer Gesellschaft - aber sowohl Behörden als auch breite Teile der Gesellschaft schweigen. Die Solidaritätsbekundungen von Politikern der Ampelparteien und der Union mit Israel bleiben reine Lippenbekenntnisse, solange auf unseren Straßen Zehntausende Männer ihre antisemitischen Parolen brüllen und der Staat vor ihnen einknickt.

Einzig die AfD ist klar in ihrer Haltung: Der tägliche Import von Männern aus dem islamischen Kulturkreis muß endlich gestoppt werden. Und wer unsere Gesellschaft und unsere Gesetze verachtet, muß gehen! Denn in Deutschland herrscht Religionsfreiheit und kein Religionszwang. Wir sind kein islamischer Gottesstaat!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 25. Oktober 2023: >>**Abschiebungen? Die Asyl-Mogelpackungen**

Von *Sven Eggers*

Mit großem Tamtam trat zu Beginn des Jahres das Gesetz zur Beschleunigung von Asyl-Gerichtsverfahren in Kraft. Medien faselten von einem Durchgreifen der Ampel, so wie jetzt auch beim heute beschlossenen "Rückführungsverbesserungsgesetz". Alles nur heiße Luft! ...

Es ist eigentlich gar nicht zu glauben: Im Schnitt benötigen bundesdeutsche Gerichte 21,8 Monate, um ein Verfahren bei einer Klage gegen einen negativen Asylentscheid zu einem Urteil zu kommen. Asylforderer können anschließend in Berufung gehen, und so ziehen dann weitere Monate und Jahre ins Land. Das am 1. Januar dieses Jahres in Kraft getretene Gesetz zur Beschleunigung von Asyl-Gerichtsverfahren war nur eine Beruhigungsspielle für aufgebrauchte Bürger und ist das Papier nicht wert, auf dem es steht.

Die Zahlen steigen und steigen

Im Durchschnitt 21,8 Monate für ein Verfahren gegen einen bereits abgelehnten Asylforderer! Dieser Skandal-Wert geht aus einer Statistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge hervor. Überforderte Verwaltungsgerichte seien die Ursache, heißt es. Insgesamt waren Ende Juli 121.646 Asylverfahren vor Gericht anhängig. Und die Zahlen steigen und steigen. Allein in Berlin ist die Zahl der Asylbegehrenden im Vergleich zum bereits hohen Niveau des Vorjahres um mehr als ein Drittel angestiegen, Ukrainer nicht berücksichtigt.

Unlängst vereinbarten die Ministerpräsidenten, Asylverfahren auf eine Dauer von drei Monaten zu beschränken. Vermutlich aber wird auch dies eine reine Absichtserklärung bleiben, zumal die personellen und organisatorischen Voraussetzungen ganz und gar nicht gegeben sind.

Leichtes Spiel für Abschiebe-Verhinderer

Und jetzt kommen Faeser und Genossen mit ihren "Rückführungsverbesserungsgesetz" um die Ecke. Danach dürfen Beamte die Abschiebe-Kandidaten fortan auch bei Dunkelheit aufsuchen und Räumlichkeiten des Nebenmannes im Asylheim begutachten, und sie dürfen auch verschweigen, daß sie anrücken. Geht es noch lächerlicher?! Da haben mit unseren Steuergeldern massiv bezuschußte Flüchtlingsräte ja nach wie vor leichtes Spiel, Abschiebungen zu verhindern.

Fakt ist: Es leben etwa 304.000 Menschen unter uns, deren Asyl-Klage bereits letztinstanzlich gescheitert ist, die trotz Ausreisepflicht aber weiter geduldet werden. Abgeschoben wurden im ersten Halbjahr 2023 weniger als 8.000 von ihnen.

Noch im Juni hatte sich Nancy Faeser wie folgt zitieren lassen: "Wir müssen das Europa der

offenen Grenzen retten!" Ihr neuer Trick: Mit Turbo-Einbürgerungen werden Fremde fast über Nacht zu Deutschen, und schon sehen die Zahlen besser aus. Ausländer kommen im Land der Faeser künftig schneller und einfacher an den deutschen Paß und müssen ihren ursprünglichen nicht abgeben, werden also Doppelstaatsbürger. Dies zähle zu den "wichtigsten Fortschritts-themen der Ampel", freut sie sich.

Rasanter Bevölkerungsaustausch

2022 sind nach Angaben des Statistischen Bundesamtes unglaubliche 2,7 Millionen Ausländer zugezogen. Neben 251.000 Asylforderern und 1,1 Millionen Ukrainern gehören dazu vor allem sehr viele Türken und Türkisch-Kurden, die über das Visa-System und den Familien-nachzug einsickern. Im selben Jahr sind übrigens 1,2 Millionen Deutsche ausgewandert. Beide Werte liegen über 2015.

Bevölkerungsaustausch ist also keine Verschwörungstheorie. Der einstmals launige Spruch, daß Parteien und Politik sich eben ein neues Volk suchen müßten, wenn ihnen das bisherige nicht gefalle, wird zur Realität. Gottfried Curio, innenpolitischer Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion:

"Offensichtlich sollen die Blitzeinbürgerungen der Ampel bereits bei den nächsten Wahlen unter die Arme greifen. Denn bei den angestammten Deutschen wird sie mit jeder weiteren Woche, die dem Bürger die desaströsen Auswirkungen ihres ideologischen Gesellschafts- und Wirtschaftsumbaus zeigen, zunehmend unpopulär."

Wen wundert es da, daß gemäß Allensbach-Umfrage nur noch 39 Prozent der Bürger das Asylrecht in seiner jetzigen Form für gut und richtig halten, 2017 waren es noch 52 Prozent. ...<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 25. Oktober 2023 (x1.332/...): >>**Touristen meiden Deutschland, Migranten nicht - kehren wir es um!**

Vorbei die Zeiten, in denen Scharen von Asiaten nach Neuschwanstein pilgerten, junge Amerikaner in das Berliner Nachtleben eintauchten oder Holländer in St. Peter Ording am Strand entspannten. Deutschland ist für Urlauber aus dem Ausland mittlerweile alles andere als gefragt.

Für den renommierten Reiseführer "Lonely Planet" sind wir sogar nur noch ein weißer Fleck auf der Weltkarte. Erstmals wird in diesem Jahr kein einziges deutsches Reiseziel empfohlen - dagegen wird für Urlaubsländer wie die Mongolei, Chile oder Kroatien geworben.

Und tatsächlich erreichte die Zahl der Ankünfte von ausländischen Touristen mit 28,4 Millionen 2022 nicht einmal ansatzweise das Niveau vor der Corona-Zeit. Daß die Branche bislang nicht zusammengebrochen ist, liegt vor allem an deutschen Urlaubern, die seit drei Jahren vor allem hierzulande ihre Ferien verbringen.

Die sinkende Nachfrage könnte mit einer anderen Gruppe zu tun haben, bei der Deutschland weiterhin hoch im Kurs steht. Denn in punkto Migration sind wir nach den USA seit Jahren Weltspitze! Kein Wunder, sorgen doch Ampelparteien und die Union für eine Rundumversorgung der vielbeschworenen "Fachkräfte" und für deren Groß-Familien.

Die Folge der "kulturellen Bereicherung": Es gibt immer weniger typisch deutsches, das es sich für Touristen zu besuchen lohnt. Und noch schlimmer: Mehrere Länder weisen mittlerweile ihre Bürger darauf hin, daß sie im Falle einer Deutschlandreise Vorsicht aufgrund der Terrorgefahr walten lassen sollen. Sorgen wir dafür, daß sich der Urlaub in Deutschland für Touristen wieder lohnt - indem wir für Sicherheit auf den Straßen und attraktivere Stadtbilder sorgen. Und davon profitieren dann auch die Einwohner.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 26. Oktober 2023 (x1.332/...): >>Ampel finanziert "Flüchtlingsrat" von Lauterbach-Tochter!

Die unendliche Geschichte der Filz-Skandale wird von der Ampel-Regierung fortgesetzt: Wie jetzt bekannt wurde, profitiert der Arbeitgeber der Tochter von Gesundheitsminister Lauterbach (SPD) von Fördergeld-Zahlungen der Regierung. Dieser Arbeitgeber ist der "Kölner Flüchtlingsrat", der als einziger "Flüchtlingsrat-Ableger" Steuergeld aus dem grünen Familienministerium erhält. Was für ein "Zufall"! Und es kommt noch heftiger: Rosa-Lena Lauterbach ist beim "Flüchtlingsrat" dafür zuständig, Migranten juristisch zu unterstützen, um Abschiebungen zu verhindern.

Das Gesamtbild der Ampel-Koalition ist eindeutig: Wir haben eine Regierung der Filz-Skandale, der Vetternwirtschaft und der Korruption!

Vom Graichen-Clan um den grünen Wirtschaftsminister Habeck bis zum Beförderungsskandal im Lindner-Ministerium zieht sich ein einziger Sumpf der Klüngelei und Clan-Strukturen, den wir noch vor wenigen Jahren in unserem Land für unmöglich gehalten hätten. Doch offenbar nähern wir uns nicht nur hinsichtlich der öffentlichen Sicherheit und der Stromversorgung an afrikanische Verhältnisse an.

Im Übrigen beweist schon allein die Finanzierung des abschiebungsfeindlichen "Flüchtlingsrats", daß die Ampel-Regierung noch nicht einmal den Willen hat, die Zahl der Abschiebungen zu erhöhen und die Wehrhaftigkeit des Rechtsstaats wiederherzustellen.

Im Gegenteil: Völlig unverhohlen werden Organisationen der Asyl-Lobby subventioniert, deren einziges Ziel darin besteht, das geltende Ausländer- und Asylrecht auszutricksen und jegliche Abschiebungen zu verhindern. Mit einer AfD-Regierung wird nicht nur der Filz-Sumpf trockengelegt werden. Sondern wir werden auch dafür sorgen, daß die Asyl- und Anti-Abschiebungs-Großindustrie keinen einzigen Cent mehr von der öffentlichen Hand erhält!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 26. Oktober 2023: >>Fallen Sie nicht auf die Berliner Migrations-Hütchenspieler rein!

An den Kernproblemen der Masseneinwanderung wird sich gar nichts ändern - weder durch das sogenannte Abschiebepaket der Ampel noch durch die markigen Sprüche aus der Union, findet Polit-Insider Einar Koch, langjähriger leitender Redakteur der "Bild-Zeitung". Er warnt: Fallen Sie nicht auf die Berliner Migrations-Hütchenspieler rein!

VON EINAR KOCH*

Das sogenannte Hütchenspiel ist ein von kriminellen Trickbetrügern betriebenes illegales Glücksspiel. Von der deutschen Politik können selbst die Hütchenspieler auf dem Berliner Kudamm noch etwas lernen!

Aktuelle Beispiele liefern die Ampel mit ihren scheinbaren "Asyl-Reformen" und CDU/CSU-Fraktionsvize Jens Spahn mit seinem angesichts der AfD-Erfolge nur allzu durchsichtigen Maulheldentum.

Man reibt sich verwundert die Augen: So viel "Tatkraft" hat unsereins lange nicht gesehen bei einem politischen Thema, das fast jeder zweite Deutsche für das wichtigste Problem überhaupt hält!

Die Ampel beschließt mit viel Wortgetöse des Kanzlers ("Wir müssen schneller abschieben") ein sogenanntes Abschiebepaket; Ex-Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (CDU) schwadroniert davon, daß illegale Einwanderer an den Grenzen notfalls mit "physischer Gewalt" gestoppt werden müßten. Reden kostet bekanntlich nichts!

Endlich, so der trügerische Schein, wird beim Thema Migration gehandelt. Wer auf diesen Etikettenschwindel hereinfällt, ist selber schuld. Es handele sich nur um die "Simulation von Politik", stellt die "Welt" zutreffend fest.

Tatsächlich wird weder von der Ampel, noch von der EU und schon gar nicht von der Union

irgendeines der Kardinalprobleme gelöst, um die Migrantenfut vor allem nach Deutschland einzudämmen.

Dabei wäre eigentlich alles ganz einfach: 1. Abschaffung der Rund-um-sorglos-Pakete für Sozialmigranten! 2. Wer mit Hilfe von kriminellen Schleusern illegal nach Europa gelangt, kehrt auf dem Fuße wieder um - und zwar OHNE Asylverfahren in einem EU-Land!

Weder das sogenannte Abschiebepaket-Paket der Ampel noch die markigen Sprüche aus der Union werden irgend etwas daran ändern, daß es zu viele Menschen mit Hilfe von Schleusern in die EU schaffen, obwohl sie keine Aussicht auf ein Bleiberecht haben - dafür aber große Chancen, illegal zu bleiben!

**Einar Koch, Jahrgang 1951, war von 1992 bis 2003 Leiter der Parlamentsredaktion der "Bild-Zeitung" in Bonn und Berlin, Politik-Chef des Blattes und zuletzt Politischer Chefkorrespondent.<<*

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 27. Oktober 2023 (x1.332/...): >>**AfD-Fraktion lehnt Beschlagnehmung von Wohnungen für Migranten ab**

Der nordrhein-westfälische CDU-Generalsekretär und Bundestagsabgeordnete Paul Ziemiak befürwortet in der Sendung Markus Lanz vom 24. Oktober, daß in seinem Wahlkreis Wohnungen für Migranten beschlagnehm werden. Dazu erklärt der baupolitische Sprecher der AfD-Bundestagsfraktion, Marc Bernhard:

"Ein Skandal, wenn der CDU-Bundestagsabgeordnete Ziemiak gutheißt, daß in seinem Wahlkreis 'eine super engagierte Bürgermeisterin' Wohnungen für Migranten beschlagnehm. Das zeugt vom völligen Versagen der Bundesregierung und offenbart die Lippenbekenntnisse der CDU, die zwar Abschiebung und Grenzschutz propagiert, aber rechtswidrig die Ausreise von 300.000 Ausreisepflichtigen mit verhindert.

Bisher wurden in NRW leerstehende Wohnungen beschlagnehm. Zu befürchten ist, daß im nächsten Schritt auch bewohnte Wohnungen betroffen sein könnten. Im Bundestag werden bereits Anstrengungen zum 'Wohnungstausch' unternommen.

Wenn CDU- und SPD-geführte Landesregierungen so weitermachen, droht Rentnern unter anderem die Requirierung ihrer Eigenheime und die Umsiedelung. Im Film-Klassiker 'Doktor Schiwago' mußte man schmerzhaft miterleben, wie Kommunisten Wohneigentum requirierten und die Besitzer enteigneten.

So weit darf es in Deutschland nicht kommen. Die AfD-Bundestagsfraktion setzt sich dafür ein, unsere Grenzen zu schützen und Ausreisepflichtige abzuschieben. So wird auch Wohneigentum geschützt. Denn Eigentümer dürfen nicht gezwungen werden, Migranten aufzunehmen und Rentner dürfen nicht aus ihren Häusern zwangsweise umgesiedelt werden."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 27. Oktober 2023: >>**Faktischer Asyl-Zuzug liegt weit über offiziellen Zahlen**

Von *Sven Reuth*

Sie kommen und kommen: Flüchtlinge, Asylanten, Migranten.

Wie nun am Rande der "Nürnberger Tage für Migration" bekannt wurde geben die derzeitigen offiziellen Asyl-Zahlen keineswegs die tatsächliche Dramatik der Situation wieder.

Die offiziellen Zahlen sind zwar auch schon sehr hoch - nämlich knapp 28.000 für den September dieses Jahres -, aber liegen wohl noch weit unter den tatsächlichen Zahlen.

Wie nun aus Kreisen des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bekannt wurde, liegt die Zahl der tatsächlichen Asyl-Gesuche derzeit weit höher, nämlich etwa bei 40.000 pro Monat. Da die Behörden mit der Erfassung der Anträge aber nicht mehr nachkommen, liegt die Zahl der offiziell ausgewiesenen Anträge weit unter den tatsächlichen Zahlen.

Wer derzeit also den Eindruck gewinnt, daß die deutschen Städte in rasender Rekordgeschwindigkeit ihr Gesicht verändern, der liegt nicht falsch. Wieder einmal sind es die offiziell-

len Zahlen, die lügen, nicht der Eindruck, den sich jeder persönlich verschaffen kann, wenn er durch die Fußgängerzone einer deutschen Stadt läuft.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 30. Oktober 2023 (x1.333/...):

>>**Evangelische Kirche**

EKD-Ratsvorsitzende zu Migration: Aufnahmegrenze "noch lange nicht erreicht"

Die Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschland ist der Meinung, daß Deutschland noch deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte als bisher. Die Kapazitätsgrenze sei laut der Pfarrerin "noch lange nicht erreicht". ...

Deutschland sollte noch deutlich mehr Migranten aufnehmen als bisher. Dieser Meinung ist Annette Kurschus, Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche Deutschland. Im Interview mit der FAZ erklärt sie, daß die Grenze der Aufnahmekapazität "noch lange nicht erreicht" sei. Diese sei "aus Sicht der Nächstenliebe" erst der Fall, wenn es "zur Selbstaufgabe" komme. Kommunen, die über Überforderung klagen, solle man laut Kurschus zwar zuhören. Sie entgegnet jedoch: "Von den vielen Ehrenamtlichen in unseren Kirchen, die sich in der Arbeit mit Geflüchteten engagieren, höre ich diese Klage allerdings nicht."

"Grundsätzlich", so die Pfarrerin, müsse Deutschland als "reiches Land" in der Lage sein, "noch mehr Menschen aufzunehmen, die vor Krieg und unterschiedlichster Not aus ihrer Heimat fliehen". Diese Not begründe sich unter anderem auch durch den Klimawandel. Kurschus: "Auch die Folgen der Klimakatastrophe zwingen immer mehr Menschen dazu, ihre Heimat zu verlassen." Sie ist daher der Meinung, daß es "deutlich mehr legale Zugangswege nach Europa" brauche.

"Menschliche Schicksale lassen sich nicht auf eine Höchstzahl festschreiben"

Angesprochen auf die Unterstützung von Seenotrettern durch die evangelische Kirche, erklärte die Ratsvorsitzende, daß sie weiterhin zu der Entscheidung stehe, durch diese Hilfe "wenigstens einige" retten zu können. Forderungen nach einer Obergrenze hält Kurschus für eine "populistische Nebelkerze", denn: "Menschliche Schicksale lassen sich aus christlicher Sicht nicht auf eine Höchstzahl festschreiben."

Bereits in der Vergangenheit hatte sich Kurschus mehrfach gegen eine Begrenzung der Migrationsströme nach Deutschland ausgesprochen. Erst im August hatte sie die Zurückweisung von Flüchtlingen an den EU-Außengrenzen kritisiert. "Wir wenden uns gegen jede Art von Abschottungs- und Abschreckungspolitik", sagte die Pfarrerin in Dortmund. Was an den EU-Außengrenzen etwa mit Zurückweisungen von Schutzsuchenden passiere, habe "mit Menschenwürde an vielen Stellen wenig zu tun", so Kurschus.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 2. November 2023 (x1.344/...): >> **Nordstaaten ziehen migrationspolitische Reißleine - Vorbild für Deutschland!**

Die Nordstaaten Dänemark, Finnland, Island, Norwegen und Schweden haben eine verstärkte Zusammenarbeit nicht nur bei der Unterbindung illegaler Migration beschlossen, sondern auch bei der Rückführung nicht bleibeberechtigter Migranten.

Dazu AfD-Bundessprecherin Alice Weidel:

"Im Gegensatz zu Deutschland ziehen immer mehr europäische Staaten die migrationspolitische Reißleine. Selbst das von Sozialdemokraten geführte Dänemark verfolgt eine Strategie, die nicht nur darauf abzielt, jegliche Migration zu unterbinden, sondern auch darauf, im Land befindliche Asylbewerber schnellstmöglich in deren Heimatländer abzuschieben. Zukünftig wollen die Nordstaaten den Grenzschutz in die eigene Hand nehmen und Abschiebeflüge gemeinsam organisieren, um effizientere Abschiebungen zu ermöglichen.

Dieses Vorgehen muß auch für Deutschland Vorbild sein. Statt ergebnislos durch Nigeria und Marokko zu tingeln, wie das gerade Bundesinnenministerin Faeser und Kanzler Scholz tun, müssen gemeinsame und tragfähige europäische Lösungen geschaffen werden.

Der Aktionismus der Ampelregierung ist nicht mehr als Alibipolitik, der Wille, die Interessen unserer eigenen Bürger in den Vordergrund zu stellen, ist nach wie vor nicht vorhanden. Eine echte Migrationswende, deren oberste Prämisse wirklichen Grenzschutz und das Vorantreiben von Rückführungen vorsieht, ist nur mit der AfD möglich. Wir sind bereit, uns dieser Verantwortung zu stellen."<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 2. November 2023 (x1.345/...):

>>**Zentralrat der Muslime will Islamisten "eine Stimme geben"**

Dem Zentralrat der Muslime wird seit Wochen vorgeworfen, sich nicht deutlich genug gegen Antisemitismus und Hamas-Sympathisanten zu positionieren. Ein Interview von Verbandschef Aiman Mazyek bestätigt die Anschuldigung. Dort fordert er, man müsse Islamisten und Judenhasern in Deutschland "eine Stimme geben".

Max Roland

Ausweichen - das war die Strategie des Verbandschefs des Zentralrats der Muslime Aiman Mazyek im ZDF-Interview am Mittwochmorgen. Er warf Israel im Kampf gegen die Hamas "eine Eskalation" vor und verbreitete die fraglichen Opferzahlen der Hamas-Propaganda. Vom Problem des unter Muslimen überproportional verbreiteten Antisemitismus, der sich auch auf den Demos von Arabern und Muslimen zeigt, lenkte er ab - es gehe nicht um Judenhaß, sondern um das Leid der Palästinenser, so der Zentralrats-Chef.

Als die gesprächsführende Journalistin des Morgenmagazins ihn nach seiner Meinung zum Verbot des islamischen Zentrums Hamburg fragte, einem Proxy des iranischen Mullah-Regimes in Deutschlands, gab er keine direkte Antwort. Statt dessen erklärte er, man müsse die Menschen "mitnehmen". Im Zusammenhang mit dem islamistischen Hamburger Verein erklärte er: "Ich muß die Menschen mitnehmen, ich muß ihnen eine Stimme geben". Auch die Stimme der Anhänger des islamistischen Verdachtsfalls müsse in Deutschland "gehört werden", erklärte Mazyek.

In der Vergangenheit wurde dem Zentralrat oft vorgeworfen, daß eine klare Abgrenzung zum Islamismus fehle - auch das ein Vorwurf, den Mazyek mit diesem Satz bestätigt. Einen Einflußagenten des iranischen Regimes "mitnehmen" zu wollen und Islamisten und Judenhasern "eine Stimme" zu geben, ist sogar mehr als das - es ist ein Satz, der einen demokratischen Konsens aufkündigt. Von dem Verein Saidoun, dessen Mitglieder den tausendfachen Mord an Israelis auf den Straßen Berlins mit Baklava feierten, erklärte er, er kenne ihn angeblich nicht.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 3. November 2023 (x1.345/...):

>>**Scholz will Zuwanderung in Höhe von sieben Millionen Menschen**

Während Deutschland in einer Rezession steckt, immer mehr Migranten und Asylsuchende das Land erreichen und die innere Sicherheitslage mehr und mehr zu kippen scheint, behauptet Regierungssprecher Steffen Hebestreit, Scholz würde "bis zu sieben Millionen" Zuwanderungen in den nächsten Jahren fordern.

"Deutschland braucht 400.000 Zuwanderer pro Jahr", heißt es auch aus Regierungskreisen häufig, wenn es um die Frage geht, wie man den Folgen des demografischen Wandels und unbesetzten Stellen aufgrund der wirtschaftlichen Instabilität Herr werden soll. Grade angesichts der mit Flüchtlingen völlig überlasteten Kommunen und Städte eine grade zu absurd hohe Zahl - die von niemand anderem, als unserem Kanzler, nun noch übertroffen wird.

Regierungssprecher Steffen Hebestreit teilte auf der Bundespressekonferenz am 1. November auf eine Anfrage zur benötigten Zuwanderung mit, daß es "keine ganz festgelegte Zahl" gäbe, der Bundeskanzler aber davon ausgehen würde, daß "man bis zu den frühen 2030er Jahren bis zu sieben Millionen weitere Arbeitskräfte in Deutschland braucht."

Es ist anzunehmen, daß sich Hebestreit mit dieser Aussage auf die schon letztes Jahr errechneten Verluste des Arbeitsmarktes bezieht. Eine Untersuchung des Nürnberger Instituts für Ar-

beitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hatte damals gezeigt, daß Deutschland bis 2035 rund sieben Millionen Arbeiter aufgrund des demografischen Wandels und Pensionierung der "Boomer-Generation", der geburtenstarken Jahrgänge, verlieren könnte.

Vorsitzende des Sachverständigenrats fordert sogar noch mehr Zuwanderung

Sieben Millionen Zuwanderer oder sogar noch mehr? Diese Frage warf der Journalist in der Bundespressekonferenz auf, als er nachhakte, ob sich die Annahmen der Regierung mit den Einschätzungen der Vorsitzende des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Monika Schnitzer, decken würden. Schnitzer fordert, daß jährlich bis zu eineinhalb Millionen Menschen in Deutschland aufgenommen werden sollen, um der starken Abwanderung und dem demografischen Wandel entgegenzuwirken.

Hebestreit teilte daraufhin mit, daß die Angaben von Monika Schnitzer zwar höher seien, als die des Bundeskanzlers, "die Dimension" damit aber "ganz gut umrissen" sei.

Zur Einordnung: letztes Jahr wanderten 2,7 Millionen Menschen ein, über eine Million verließen Deutschland. Insgesamt blieb ein - auch durch den Krieg in der Ukraine bedingtes - Plus von eineinhalb Millionen Menschen, das erklärte Ziel von Monika Schnitzer. Deutschland steckt dennoch in einer Rezession, gleichzeitig sind die Behörden völlig überfordert und die öffentliche Sicherheit ist gefährdet. Die Dimensionen scheinen also ganz und gar nicht zu stimmen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 45/23" berichtete am 3. November 2023

(x1.387/...): >>>Wie die Helfer Milliarden kassieren

Asylindustrieller Komplex: Mehr Migranten bringen mehr Probleme, deren Lösung meist viel Steuergeld verschlingt. Das läßt die Kassen klingen: Von Pro Asyl, über die UN-Flüchtlingshilfe bis zu United for Rescue

Hinrich Rohbohm

Längst hat die Migrationskrise wieder Dimensionen angenommen, die stark an den Kontrollverlust von 2015 erinnern. Die invasionsartigen Ankünfte Tausender Zuwanderer auf Lampedusa. Die stark zunehmenden Zahlen illegaler Einwanderer in der Ägäis, verbunden mit Hotspots auf den griechischen Inseln, die bereits wieder an die Grenze ihrer Aufnahmekapazitäten gelangen. Und auch über die sogenannte Atlantikroute erreichen inzwischen Tausende Migranten die Kanarischen Inseln, auf denen sich gerade ein zweites Lampedusa zu ereignen droht.

Gegenmaßnahmen bleiben häufig nicht nur deshalb unwirksam, weil Politiker zu ängstlich und zu halbherzig reagieren. Auch finanzielle Interessen halten die Migrationsrouten offen und ihre Helfer über Wasser. Längst ist die Massenmigration zu einem Milliardengeschäft geworden, von dem eine Vielzahl von Akteuren profitiert und das weit über Schleuser-Netzwerke und kriminelle Strukturen hinausreicht.

Denn vom gewöhnlichen Schlepper über selbsternannte Seenotretter sowie ihre Finanziere und Hilfsorganisationen hinaus sind es mittlerweile eine Fülle an Branchen, die aufgrund der Massenmigration lukrative Aufträge und Einnahmen erzielen und dabei wenig Interesse verspüren, daß sich daran etwas ändert. Vor allem in Deutschland, jenem Land, das aufgrund seiner nach wie vor hohen Sozialleistungen als Hauptdestination der Migranten fungiert.

Betreiber von Asylunterkünften profitieren dabei ebenso vom Zustrom immer neuer Migranten wie Hoteliers und Wohnungsvermieter. Für die Aufnahme der Neuankömmlinge winken üppige Staatsgelder, übermittelt von den Kommunen, die angesichts erschöpfter Ressourcen froh über jede Unterbringung sind und damit potentiellen Anbietern von Wohnraum finanziell weit entgegenkommen.

Hinzu kommen Sicherheitsfirmen, auf die Asyl-unterkunftsbetreiber schon angesichts des hohen Eskalationspotentials unter bestimmten Migrantengruppen angewiesen sind. Cateringfirmen, die die Essensversorgung sicherstellen. Unternehmen für Zelte- und Containerbau oder

Verleih. Busunternehmen für den Transport von Migranten. Zeitarbeits- und Personalvermittler. Fachanwälte für Ausländerrecht erfahren ebenso einen Auftragsboom wie Dolmetscher oder Psychologen, die sich per Staatsknete um traumatisierte Neuankömmlinge kümmern.

Auch Unternehmen wie Western Union, einem Anbieter für Auslandsüberweisungen, spielt die Massenmigration finanziell in die Hände, wenn Zuwanderer Anteile ihrer im Vergleich zum Herkunftsland üppigen finanziellen Sozialleistungen zu den Familien nach Hause schicken.

Im übrigen ist das mit ein Grund, warum Länder wie Ägypten, Tunesien, Algerien oder Marokko wenig Interesse haben, eigene Landsleute mit offensichtlich unbegründetem Aufenthalt in Deutschland zurückzunehmen. Zu wertvoll sind die regelmäßigen Geldzahlungen, die letztlich in den Wirtschaftskreislauf des Herkunftslandes des Einwanderers zurückfließen.

Das Netzwerk der Profiteure reicht bis in die Politik

Und während in Deutschland der Staat zahlt und private Dienstleister liefern, sind es in den Herkunfts- und Transitländern die Schleuser, die mit ihren von den Migranten einkassierten Geldern Reisebüros, Hoteliers, Bootsbetreiber oder Transporter-Fahrer bezahlen.

Zusätzlich attraktiv wird das Geschäft durch Spendengelder. Sammlungen im Namen der Menschlichkeit, für einen vermeintlich guten Zweck. Besonders in Deutschland ist die Spendenbereitschaft hoch. Garniert mit Zuschüssen der Bundesregierung und unterstützt von Institutionen wie der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), die mit United4Rescue - Gemeinsam Retten e.V. 2019 einen Verein ins Leben rief, der von der Bundesregierung von 2023 bis 2026 jährlich mit zwei Millionen Euro bezuschußt wird.

Bereitgestellt im Haushalt des von Annalena Baerbock (Grüne) geführten Auswärtigen Amtes. Vorsitzender des üppig bezuschußten Vereins ist der Theologe und ehemalige Vizepräsident des Kirchenamtes der EKD, Thies Gundlach, Anhänger des sozialistischen Theologen Karl Barth und einer der maßgeblichen Antreiber des grün-alternativ beeinflussten EKD-Reformprozesses "Kirche im Aufbruch."

Pikant dabei: Gundlachs Lebensgefährtin ist die Bundestagsvizepräsidentin und ehemalige Vorsitzende der Grünen-Bundestagsfraktion, Katrin Göring-Eckardt, selbst einst Präses der Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland und Ratsmitglied der EKD.

Noch pikanter dürften allerdings zahlreiche fragwürdige Unterstützer des Vereins sein, der mit den Schiffen Humanity 1 (ehemals Sea Watch 4) und Sea-Eye 4 Migranten unmittelbar vor der Zwölf-Meilen-Grenze nordafrikanischer Staaten aufnimmt und nach Italien transportiert.

900 Unterstützer und 10.000 Spender kann United4Rescue mittlerweile vorweisen. Sie sind das zweite finanzielle Standbein der Organisation, sorgen für weitere jährliche Einnahmen in Millionenhöhe. Wer verbirgt sich hinter den Unterstützern?

Bezeichnenderweise zahlreiche jener Institutionen, die politisch oder finanziell ebenfalls von der Massenmigration profitieren.

Darunter zahlreiche kirchliche Diakonien, die als Betreiber von Asylunterkünften oder als Berater für traumatisierte Flüchtlinge auf den Plan treten und in dieser Funktion Staatsaufträge und Staatsgelder erhalten. Schließlich liegt der Anteil der Finanzierung von Caritas und Diakonie durch staatliche Zuwendungen bei 95 Prozent. Lediglich für die restlichen fünf Prozent kommt die Kirche auf.

Auch der Deutsche Anwaltverein ist mit von der Partie. Bereits 2018 kritisierte CSU-Landesgruppenchef Alexander Dobrindt eine "aggressive Anti-Abschiebe-Industrie" und meinte damit vor allem die zunehmende Klageflut von Anwälten gegen die Abschiebung von Migranten, was so manchem Advokaten, insbesondere jenen mit einer Spezialisierung auf Ausländerrecht, zahlreiche neue Klienten einbringt.

Ebenfalls zählt die von der türkischen AKP gesteuerte und vom Bundesamt für Verfassungsschutz beobachtete Islamische Gemeinschaft Milli Görüs zu den Unterstützern des Vereins.

Angesichts der Islamisierungsbestrebungen des türkischen Präsidenten Erdogan in Europa dürfte die Unterstützung zusätzlicher Migration nach Deutschland politisch nachvollziehbar sein. Und so zählen auch der Islamrat, der Koordinationsrat der Muslime sowie der immer wieder in der Kritik stehende Zentralrat der Muslime zu den United4Rescue-Unterstützern. Mit dabei ist auch die Stiftung-do, die auch die Alarmphone-Initiative finanziert. Und auch die für Alarmphone verantwortliche Forschungsgesellschaft Flucht und Migration mit Sitz im linksautonomen Berlin-Kreuzberger Mehringhof ist bei der Unterstützung von United4Rescue mit dabei.

Da verwundert es nicht, daß auch der Verlag Assoziation A zu den Unterstützern zählt, dessen Buchladen Schwarze Risse ebenfalls im Mehringhof beheimatet ist und bereits mehrfach wegen des Verdachts der Anleitung zu Straftaten Gegenstand von Durchsuchungen von Bundeskriminalamt und Staatsanwaltschaft gewesen ist.

Hinzu kommen Organisationen wie Pro Asyl, Respekt! sowie diverse Antifa- und Antirassismus-Gruppen, die zumeist ebenfalls staatliche Zuschüsse für ihre Arbeit erhalten. Die Erfolgsformel dürfte dabei lauten: Mehr Migranten bringen mehr Rassismus. Mehr Rassismus bringt mehr Geld für Antirassismus-Gruppen.

Wie das Geschäft mit Humanität und Massenmigration auch noch funktioniert, kann die JF am Bremer Hauptbahnhof verfolgen. Dort ist in der Bahnhofshalle ein kleiner Infostand aufgebaut. Um ihn herum kreisen drei junge Leute. Zwei Männer und eine Frau, wahrscheinlich Studenten. Sie tragen blaue Shirts mit der Aufschrift "Uno-Flüchtlingshilfe. In ihren Händen haben sie jeweils ein iPad. "Hallo, wollen Sie auch mithelfen, etwas Gutes zu tun", sprechen sie Passanten an, um sie an ihren Stand zu locken.

"Ja, wir bekommen eine Provision gezahlt"

Geht man darauf ein, folgt ein Gespräch, in dem die Spendenakquisiteure zunächst auf die Tränendrüse drücken. "Die Flüchtlinge haben eine harte Zeit durchgemacht, viele sind traumatisiert", erzählt die junge Frau. Sie spricht von den Pushbacks griechischer Patrouillen, von Schlägen und Fußtritten europäischer Grenzkontrolleure gegen jene Migranten, denen es oft an Essen, Trinken, Hygiene, Kleidung, Medikamenten und Unterkünften mangle.

Und da komme die UNHCR als Retter der Menschlichkeit ins Spiel. Flüchtlingshelfer würden sich dieser Menschen annehmen, sie betreuen und unterstützen. "Und Sie können dazu einen Beitrag leisten", kommt die Frau nun mit ihrem strahlendsten Lächeln auf den Punkt. Denn natürlich koste diese Hilfe Geld. Bei dem Beitrag handelt es sich um eine Dauerspende von 60 Euro im Monat, also 720 Euro im Jahr. Da ich mich interessiert gebe, ruft die Studentin auf ihrem iPad auch schon ein Formular auf, will Daten wie Name, Adresse, Bankdaten, E-Mail und Telefonnummer erhalten.

Interessant dabei ist ein Hinweis unter "Sonstiges", ganz am Ende des Formulars. "Dies ist eine professionelle Spendenaktion, die teilweise erfolgsabhängig bezahlt wird", steht da. Anders ausgedrückt: Die Studenten erhalten eine Provision für das Anwerben potentieller Spender, verdienen an jedem erfolgreichen Abschluß mit. Nur widerwillig wollen sie darüber nähere Auskünfte geben. Das Formular, sagen sie, könne man im Internet nicht aufrufen. "Das ist nur intern abrufbar."

Dabei hatten sie zuvor noch die Transparenz der ganzen Aktion angepriesen, auf das Spendensiegel des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen und auf die "Initiative Transparente Zivilgesellschaft" als Referenz verwiesen.

"Ja, wir bekommen eine Provision gezahlt", gibt die Frau schließlich zu. Es sei ein Nebenjob, mit dem sie sich das Studium finanziere. Die Infostände zur Spendenakquise würden in ganz Deutschland stattfinden, in der Regel an den Bahnhöfen. "Nächste Woche sind wir in Münster", sagt sie.

In dem "internen" Formular steht außerdem, daß die Aktion von einer Firma namens Wanna-

do GmbH durchgeführt wird. Die Firma hat sich unter anderem auf Fundraising und Personalrekrutierung spezialisiert und hat ihren Sitz mitten im Frankfurter Bahnhofsviertel. Wie die JF vor Ort bereits berichtete auch eine Anlaufstelle für zahlreiche Migranten. Dort, in der Niddastraße, befindet sich praktischerweise auch die Deutsche Visa- und Konsulargesellschaft, die sich unter anderem um Fachkräfteeinwanderungen kümmert.

Planung und Konzeption der Spendenaktionen erfolgen durch die Formunauts GmbH. Deren Auftraggeber: Die Uno-Flüchtlingshilfe e.V. Deutschland. Deren Präsidentin ist die ehemalige Präsidentin des Oberverwaltungsgerichts in Münster, Ricarda Brandts. Es ist jenes Oberverwaltungsgericht, das im Januar 2021 die Abschiebung von Migranten von Deutschland nach Griechenland untersagte.

Dort könne es an den elementarsten Bedürfnissen mangeln, lautete die Begründung des Gerichts damals. Der Hintergrund: Um Sekundärmigration zu vermeiden, sollen anerkannte Flüchtlinge eigentlich in dem Staat bleiben, in dem sie Asyl erhalten haben. Damals noch als Chefin des Oberverwaltungsgericht im Amt: Ricarda Brandts.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 4. November 2023: >>**80.000 Euro Geldregen für Afghanen-Familie: RTL löscht Sendung**

Es war eine RTL-Reportage, die es in sich hatte: Ein Kamerateam besuchte eine vierköpfige Migranten-Familie aus Afghanistan in ihrem neuen Zuhause in Baden-Württemberg. 3.200 Euro (netto) haben diese Kulturbereicherer vom Hindukusch monatlich zur Verfügung - finanziert von den deutschen Steuerzahlern. Im Netz löste das heftige Debatten aus - offenbar zu heftige! In vorsorglicher Wokeness löschte der Kölner TV-Sender den Beitrag aus der Mediathek.

Die vierköpfige afghanische Familie hatte das TV-Team in einer Vier-Zimmerwohnung auf 120 Quadratmetern in Schwäbisch Gmünd (Baden-Württemberg) empfangen. Das Familienoberhaupt, der Vater, war Deutschübersetzer in Afghanistan. Er berichtete, seine Familie sei mit der Situation "sehr zufrieden".

Das ist nachvollziehbar: In den vergangenen zwei Jahren haben deutsche Steuerzahler die Migrantenfamilie mit insgesamt 80.000 Euro alimentiert. Dazu kommen noch Kindergartenplätze, Tickets für den öffentlichen Nahverkehr, diverse Gesundheitsleistungen und Deutschkurse - wohlgemerkt, der Mann hat fünf Jahre als Übersetzer gearbeitet! Ob die Familie gedanke, bald eine Arbeit zu suchen? "Nein, weil ich erst noch versuche besser Deutsch zu lernen", so der Afghane.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 4. November 2023 (x1.344/...): >>**Sexuelle Belästigung auf Trauerfeier: Bürgermeister schließt Asylheim!**

Erschreckende Szenen im oberbayerischen Gachenbach: Dort kam es sogar bei einer Trauerfeier für den örtlichen Chef der Feuerwehr zu sexuellen Belästigungen durch Asylbewerber. Laut Bürgermeister begrabschten die Migranten Frauen, "wollten sie küssen und alles Mögliche". Trotz der Schreie der Frauen folgten sie ihnen bis in den Gottesdienst und störten die Messe. Auch Diebstähle und Einbrüche, bei denen Asylbewerber als Täter vermutet werden, belasten den Alltag in Gachenbach. Es ist eine Situation, die symptomatisch ist für die Entwicklung in ganz Deutschland.

Inzwischen ist die Stimmung so dramatisch und angespannt, daß der Bürgermeister den Vertrag mit einer Asylunterkunft nicht verlängert hat. Da der private Träger einer zweiten Unterkunft ebenfalls eine Vertragsverlängerung ablehnte, werden nun beide Unterkünfte "weggerissen". Offenbar haben die Menschen vor Ort die Nase voll von sogenannten "Einzelfällen" - wir auch. Wir werden dafür sorgen, daß zukünftig noch viel mehr überflüssige Unterkünfte abgerissen werden können. Denn wir werden illegale Ausländer ohne Asylrecht abschieben und unsere Gesetze und Regeln konsequent durchsetzen!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. November 2023:

>> **Verloren im Niemandsland: Zur Lage der Nation**

Gedanken zur Lage der Nation: Ist Deutschland schon abgeschafft? Die politischen Eliten verhalten sich jedenfalls so. ...

_ von *André Kruschke*

"Dieses Land gehört per se niemandem." Schon gar nicht gehöre Deutschland den Einheimischen, die ihr Land "zu Recht" nicht mehr wiedererkennen würden. Derartige den Nationalstaat verunglimpfende und bewußt auf dessen Abschaffung zielende Diffamierungen stammen nicht etwa von pubertierenden, wohlstandsverwöhnten Minderjährigen, die die ideologiedurchtränkten und realitätsfremden Ansichten woker Mainstream-Medien unreflektiert wiederkäuen.

Nein, diese Aussagen stammen von Naika Foroutan, ihres Zeichens Professorin für Integrationsforschung und Gesellschaftspolitik an der Humboldt-Universität zu Berlin, dort Abteilungsleiterin am Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung sowie preisgekrönte Direktorin des Deutschen Zentrums für Integrations- und Migrationsforschung, das vom Bundesfamilienministerium gefördert wird.

Die Bundesrepublik soll nach Ansicht einer derart prominenten Wissenschaftlerin also nicht mehr den Einheimischen gehören - Personen, die von Ferda Ataman, der Antidiskriminierungs-Beauftragten des Bundes, gerne auch als "Kartoffeln", "Ureinheimische" oder "Germanennachfahren" bezeichnet werden. Nach diesem Verständnis sollen also Biodeutsche ihr Land, das sie und ihre Vorfahren mit Mühe und Stolz aufgebaut haben sowie ihre Kultur und Traditionen, an denen sie hängen und mit denen sie sich identifizieren, aufgeben und freiwillig und bedingungslos neu zugewanderten Menschen mit einer gänzlich anderen Kultur überlassen.

Landnehmer und Zahlmeister

Es sind Aussagen wie jene von Frau Foroutan und Frau Ataman, die einen fassungslos zurücklassen. Und noch besorgniserregender ist der Umstand, wie führende Politiker und tonangebende Medien darauf reagieren: mit weitgehendem Schweigen und, so man darf vermuten, heimlicher Billigung. ...

Mit dem seit 2015 in rechtlicher und gesellschaftlicher Hinsicht praktizierten Ansatz, Realität durch Fakten zu schaffen, konnte in den letzten Jahren die wohl wichtigste Fragestellung aus rein ideologischen Gründen erfolgreich unterdrückt werden: was eine freiheitliche Gesellschaft im Inneren zusammenhält und wie viel Zuwanderung ein demokratisch verfaßter Nationalstaat eigentlich verkraften kann.

So basiert die Bundesrepublik Deutschland - wie jeder andere Nationalstaat - auf einer Überzeugung ihrer Werte und setzt die fortwährende Zustimmung zu ihrem Wesen als freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat voraus. Ungeschriebene Grundlage ist damit die Einigkeit ihrer Bürger, auf der sich dieser gründet. ...

Volksaustausch und Bürgerkrieg

Die von Globalisten angestrebte Enthomogenisierung tradierter Gemeinwesen stellt damit einen direkten Angriff auf das friedliche Zusammenleben dar. Zuwanderung von außen, egal aus welchem Grund sie erfolgt, bedingt insofern einen permanenten, anstrengenden Integrationsakt, weshalb Nationalstaaten seit Jahrzehnten strenge Voraussetzungen an die Zulässigkeit von Migration stellen.

Dieses zwischen Staat und Bevölkerung bestehende Verständnis wurde jedoch spätestens 2015 einseitig von der Regierung aufgekündigt. Hintergrund ist eine offen universalistische Politik, die keine Nationen, Ethnien und Grenzen mehr kennt und die den Nationalstaat als verstaubtes Relikt einer vergangenen Zeit ansieht. ...

Wohl keine andere Regierung hat sich derart weit von ihrem Volk gelöst wie die derzeit am-

tierende, die auch nur geringste Wünsche nach geordneten Zuständen in einer weitgehend homogenen Bevölkerung als reaktionär und rassistisch brandmarkt. Die maßlosen Privilegien der regierenden elitären Politikerkaste führten zusammen mit der vorbehaltlosen Unterstützung durch die Massenmedien zu einer Entwurzelung erschreckenden Ausmaßes, die die kulturelle Verbundenheit dieser Personengruppe zur eigenen Nation praktisch aufgelöst hat. ...

Den vollständigen Beitrag lesen Sie in der November-Ausgabe von COMPACT mit dem Titelthema "Asyl-Bombe. Wie wir uns retten können".<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 5. November 2023:
>>**Bürgergeld: 62 % der Familien sind Migranten**

Von *Daniell Pfohringer*

Seit Anfang des Jahres gibt es Bürgergeld statt Hartz IV. Aktuelle Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigen nun: Inzwischen kassieren weitaus mehr Migranten-Familien als Deutsche mit Kindern die Stütze vom Staat.

Bürgergeld: 62 % der Familien sind Migranten

Seit Anfang des Jahres gibt es Bürgergeld statt Hartz IV. Aktuelle Zahlen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales zeigen nun: Inzwischen kassieren mehr Migranten-Familien als Deutsche mit Kindern die Stütze vom Staat.

Demnach gab es zur Jahresmitte 2023 insgesamt 576.747 Bürgergeldempfänger mit Familie. Nur noch bei rund 38 % der Empfänger (221.918) handelt es sich um deutsche Staatsbürger (inkl. eingebürgerte Migranten). Knapp 62 % aller Bürgergeldempfänger mit Kindern (354.826) sind Ausländer.

Von den Leistungsempfängern mit Kindern kommen nur 54.666 aus einem EU-Mitgliedsstaat, bei 85.804 Stütze-Beziehern mit Familie handelt es sich um Ukrainer - doch das Gros mit 117.293 machen Asylanten aus, vor allem aus Syrien, Afghanistan, der Türkei und dem Irak.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 6. November 2023 (x1.344/...): >>**Rekord-Zahl an Gruppenvergewaltigungen - Täter benennen und aus dem Verkehr ziehen!**

Es ist eine Verbrechens-Kategorie, die in der breiten Öffentlichkeit erst seit 2015 mit den Übergriffen auf Frauen an Silvester in Köln wahrgenommen wird. Und schon dadurch werden sämtliche Relativierungsversuche obsolet, daß bei Gruppenvergewaltigungen die Herkunft der Täter kaum eine Rolle spielen würde.

Denn genau das ist der Fall: Unter den fünf am häufigsten vertretenen Nationalitäten in den Vergewaltigermobs, die hierzulande über Frauen und Mädchen hergefallen sind, waren laut Statistik in jedem Jahr syrische, afghanische und türkische Staatsangehörige. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage aus der AfD-Fraktion im Bundestag hervor. Mittlerweile kommt es im Schnitt zwei Mal täglich zu solch abscheulichen Taten, fast 800 waren es im vergangenen Jahr - ein Rekordwert. Und 20 Prozent der Opfer sind Mädchen unter 18 Jahren gewesen!

Während die Täter allzu oft mit lächerlichen Strafen davonkommen und Sozialwissenschaftler den hohen Anteil ausländischer Straftäter mit ihrer niedrigen sozialen Stellung, nicht aber mit ihrem kulturellen Hintergrund erklären, werden nicht nur die Opfer ein zweites Mal gedemütigt. Es wird auch eine immense Gefahr für die Sicherheit auf unseren Straßen einfach ignoriert.

Die Täter müssen ganz klar benannt und - wenn möglich - sofort abgeschoben werden. Und sollten sie, der Ampelregierung sei Dank, bereits einen deutschen Paß ergattert haben, dann müssen sie eben hinter Schloß und Riegel. Vor allem aber muß endlich die Notbremse gezogen werden: Grenzen dicht für junge, nicht integrierbare Männer, die hier genau die Verhältnisse schaffen wollen, vor denen sie angeblich aus ihrem Land geflohen sind.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 6. November 2023: >>Asyl-Irrsinn: Bis zu 200.000 Euro kostet die Abschiebung nur eines einzigen Sozialmigranten!

Wetten, daß außer Spesen wieder nix gewesen! Beim großen Migrations-Palaver (6. November) von Kanzler Olaf Scholz (SPD) mit den 16 Länderchefs und der Unions-Spitze dürfte so sicher wie das Amen in der Kirche erneut die Ankündigung einer "großen Abschiebungsoffensive" herauskommen. Die würde - wenn sie denn überhaupt käme - für die deutschen Steuerzahler teuer werden: Die Rückverbringung nur eines einzelnen Sozialmigranten in sein Herkunftsland kostete den deutschen Staat in der Vergangenheit bis zu 200.000 Euro!

Während sich die Lage in den überforderten Kommunen von Tag zu Tag weiter zuspitzt, während die Bundespolizei immer neue Rekordzahlen an illegalen Grenzübertritten meldet, wurden im ersten Halbjahr 2023 nach Angaben der Bundesregierung gerade einmal 7.861 Ausländer aus Deutschland abgeschoben. Eine geradezu lächerliche Zahl angesichts von rund 300.000 sofort ausreisepflichtigen Ausländern hierzulande!

Von Abschiebungen betroffen waren vor allem Illegale mit georgischer Staatsangehörigkeit (705), gefolgt von Nordmazedoniern (665) und Afghanen (659), wie aus der Antwort (20/8046) der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion im Deutschen Bundestag hervorgeht. Zu den Kosten machte das Bundesinnenministerium dieses Mal keine Angaben.

Diese ergeben sich aber aus früheren detaillierten Aufstellungen - nachzulesen u.a. hier.

Demnach wurden sechsstellige Beträge für die Rückführung nur einzelner (!) Personen gezahlt - fast schon der Gegenwert eines soliden kleinen Eigenheims!

- Den (bisherigen) Rekord markierte im vergangenen Jahr die Abschiebung eines Schwarzafrikaners. Für die Abschiebung dieses einzelnen ausreisepflichtigen Sozialmigranten nach Simbabwe gab der Bund (Steuerzahler) im vergangenen Jahr fast 200.000 Euro aus! (Quelle: https://www.focus.de/politik/deutschland/bund-gibt-200-000-euro-fuer-die-abschiebung-eines-menschen-aus_id_65301226.html).

Weitere Beispiele gefällig? Allesamt sind in der Bundestagsdrucksache 20/3130 nachzulesen:

- Die Rückreise eines einzelnen abgelehnten Asylbewerbers aus Sri Lanka in Begleitung von vier Bundespolizisten kostete 152.325 Euro!

- Die Rückverbringung eines Kenianers in Begleitung von sechs Beamten summierte sich auf 123.975 Euro!

- Die Heimreise von zwei Brasilianern in Begleitung von sieben Polizeikräften wurde den deutschen Steuerzahlern mit 143.100 Euro in Rechnung gestellt!

- Bei der Abschiebung von zwei Somaliern in Begleitung von sechs Polizisten entstanden Kosten in Höhe von 130.438 Euro!

Auf den Kosten blieben in fast allen Fällen die deutschen Steuerzahler sitzen. Nur vereinzelt erfolgte eine Erstattung durch die EU-Grenzschutzagentur Frontex.

FAZIT: Man kann den Migrations-Irrsinn hierzulande inzwischen nur noch mit Zynismus ertragen: Ausgesprochen "preiswert" war so gesehen im Mai 2022 ein Charterflug in die Türkei mit drei ausreisepflichtigen Ausländern und 17 (!) Polizeibeamten. Kosten: 64.995 Euro!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 7. November 2023 (x1.344/...): >>An jedem Tag werden in Deutschland mindestens 2 Frauen oder Mädchen Opfer von Massenvergewaltigungen

An jedem Tag werden in Deutschland mindestens 2 Frauen oder Mädchen Opfer von Massenvergewaltigungen - 2022 waren es insgesamt 789 solcher Fälle.

Die Hälfte der Täter stammt aus Syrien, Afghanistan, Irak und einigen weiteren Ländern, die andere Hälfte hat die deutsche Staatsbürgerschaft inne. An dieser Stelle wird die Verwässerung der polizeilichen Kriminalstatistik offensichtlich: Denn wer die doppelte Staatsbürgerschaft besitzt, wird in der Statistik nicht etwa als Migrant, sondern als Deutscher geführt.

Gleichzeitig kann ein solcher Straftäter nicht abgeschoben werden - der Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft ist nicht vorgesehen.

AfD-Bundessprecherin Alice Weidel teilte dazu heute mit:

"Statt das Einbürgerungsrecht noch weiter aufzuweichen, ist eine Verschärfung vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung in Deutschland geboten. Der Automatismus, Straftäter deshalb nicht abzuschieben, weil sie eben auch die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, ist aufzuheben. Statt dessen ist eine Senkung der Hürden zum Entzug der deutschen Staatsbürgerschaft auf den Weg zu bringen. Besonders hinsichtlich immer weiter ansteigender Sexualstraftaten muß der Schutz der Bürger endlich oberste Priorität haben."<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 7. November 2023 (x1.344/...): >>**Wertvoller als Gold: Zwei Drittel der Bürgergeld-Empfänger ohne deutschen Paß!**

Wer sich ab und zu fragt, wo die ganzen "Fachkräfte" geblieben sind, die seit acht Jahren nach Deutschland kommen: Viele genießen ihre Freizeit. Und wer sich dann fragt, warum er aber wieder aufgestanden und zur Arbeit gegangen ist: Um genau das zu bezahlen.

Fast zwei Drittel der Bürgergeld-Bezieher mit Kindern haben keine deutsche Staatsangehörigkeit - aber dafür eine große Familie. Und mit Wohn- und Kindergeld sowie der monatlichen Geldspritze vom Jobcenter lohnt es sich deutlich mehr, zu Hause zu bleiben, als einer geregelten Beschäftigung nachzugehen. Die Ampelregierung leistet auch weiterhin ganze Arbeit, wenn es darum geht, rechtschaffenden Bürgern den letzten Euro aus der Tasche zu ziehen und umzuverteilen.

Die Zahlen der Bundesagentur für Arbeit sind eindeutig: Von den 550.000 Bürgergeld-Empfängern mit Familie kommen fast 120.000 aus Nicht-EU-Ländern wie Syrien, Afghanistan, der Türkei, Irak, Iran, Georgien, Somalia oder Rußland. Knapp 86.000 sind Ukrainer, weitere knapp 55.000 kommen aus der EU. Es ist der blanke Hohn für jeden, der in diesem Land noch Steuern zahlt und versucht, Kraft seiner Hände Arbeit über die Runden zu kommen.

Kein Wunder, denn die Initiatoren des Neubürgergeldes haben zumeist selbst nie wirklich arbeiten müssen - weil sie direkt aus dem Hörsaal (mit Abschluß oder ohne) bei den etablierten Parteien untergekommen und nun in der Regierung gelandet sind. Zeit für die blaue Wende: Stoppen wir die Alimentierung von Neubürgern - indem wir sämtliche Geldleistungen für Migranten in Sachleistungen umwandeln. Damit sich arbeiten gehen für jeden wieder lohnt!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 8. November 2023: >>**So werden wir nach Strich und Faden verarscht: Zweitfrauen dürfen weiter nach Deutschland kommen!**

Mit einer trickreichen Formulierung haben Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und die 16 Ministerpräsidenten bei ihrem jüngsten sogenannten Migrationsgipfel den irreführenden Eindruck erweckt, der Familiennachzug werde eingeschränkt. Tatsächlich läuft alles weiter wie bisher! Parallel dazu will die Anti-Deutschland-Ampel Duldungen, also den Hauptgrund dafür, daß nicht abgeschoben wird, erleichtern.

Das sich langsam dem Ende zuneigende Jahr 2023 dürfte ein Rekordjahr werden - und zwar beim sogenannten Familiennachzug: Allein im ersten Halbjahr wurden dafür nach Angaben des Auswärtigen Amtes 77.000 Visa erteilt. Im Vorjahr 2022 waren es insgesamt 117.000 Zuschlüsse gewesen. Diese Zahl dürfte bis Ende 2023 noch einmal deutlich übertroffen werden. Immer mehr Ausländer in Deutschland holen ihre Familienangehörigen nach.

Hunderttausende Migranten kommen also noch einmal über den Familiennachzug nach Deutschland. Ein Ende ist nicht in Sicht. Der jüngste Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz bedeutet alles andere als eine Kehrtwende - auch wenn durch eine geschickte Formulie-

rung der gegenteilige Eindruck erweckt wird.

- Im endgültigen Beschluß heißt es nämlich jetzt: "Der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten wird nicht ausgeweitet." Im Klartext: Es läuft beim Familiennachzug alles weiter wie bisher! Die Unions-Ministerpräsidenten konnten sich nicht durchsetzen. Sie wurden vom Kanzler und den "Grünen" ausgebremst. So sieht es jedenfalls CDU/CSU-Fraktionsvize Jens Spahn (CDU), der auf die nicht erfolgte "notwendige Einschränkung des Familiennachzugs" verweist.

Ampel fördert Vielweiberei

Zuletzt sorgten zwei Fälle für Wirbel, in denen das Ministerium von Annalena Baerbock ("Grüne") Zweitfrauen und deren Kinder von afghanischen Migranten nach Deutschland geholt hatte. Im ersten Fall handelte es sich um einen Afghanen mit zwei Ehefrauen, der bislang mit seiner "Erstfrau" und drei Kindern in Deutschland lebte. Die Zweitfrau wohnt nun in einer separaten Wohnung mit weiteren sieben Kindern ebenfalls in Deutschland - auf Kosten der Steuerzahler! Im zweiten Fall ging es ebenfalls um einen Afghanen, der sich jetzt mit zwei Ehefrauen und neun Kindern in der sozialen Hängematte ausruht. Der Deutschland-Kurier berichtete.

- Aufgrund des Aufenthaltsgesetzes könnte es für Zweitfrauen in Betracht kommen, "zu gemeinsamen Kindern als deren Elternteil nachzuziehen", bestätigte der Parlamentarische Staatssekretär des Bundesinnenministeriums, Mahmut Özdemir (SPD). Und das, obwohl Bigamie in Deutschland verboten ist! Wie viele dieser sogenannten Vielehen nach islamischer Altväter Sitte hierzulande existieren, ist offiziell nicht bekannt. In die arabisierten Parallel-Gesellschaften, etwa im Berliner Brennpunkt-Stadtbezirk Neukölln, haben die Behörden kaum Einblick.

Regierung macht Abschiebungen noch schwieriger

Daß die von den "Grünen" dominierte Ampel-Regierung das eigene Volk nach Strich und Faden verarscht, macht ein weiteres Beispiel deutlich: Während Kanzler Scholz vollmundig den Abschiebe-Turbo anwirft ("Wir müssen schneller und im großen Stil abschieben"), läuft ein vom Kabinett bereits beschlossener Gesetzentwurf auf das glatte Gegenteil hinaus:

- Die Bundesregierung will per Gesetz regeln, daß Asyl-Bewerber schneller arbeiten dürfen. Das hört sich zunächst einmal gut und wünschenswert an.

Die Sache hat allerdings einen Haken: Parallel dazu soll die Schwelle für eine Duldung, also der Hauptgrund für Nicht-Abschiebungen, deutlich gesenkt werden. Schon wer für 12 Monate eine Halbtagsstelle nachweisen kann, soll nicht mehr abgeschoben werden können - selbst dann nicht, wenn ein Asyl- oder Schutzgrund nicht oder nicht mehr besteht. Bisher war eine Vollzeitstelle (35 Stunden) und eine Anstellung von 18 Monaten nötig, um eine Duldung wegen einer Beschäftigung zu erhalten.

FÜR WIE DUMM HALTEN DIE UNS EIGENTLICH?<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 8. November 2023 (x1.344/...): >>Über 600.000 Menschen in Deutschland ohne eigene Wohnung: Der Ampelregierung endlich kündigen!

Die Zahl der Wohnungslosen in Deutschland hat sich mehr als verdoppelt! Über 600.000 Menschen hatten oder haben laut Schätzungen der Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe in diesem Jahr kein eigenes Dach über dem Kopf. Es ist eine Bankrotterklärung nicht nur für das Bundes-Bauministerium, daß es einfach nicht auf die Reihe bekommt, für ausreichend Wohnraum zu sorgen. Denn an der Flaute beim Wohnungsbau, an der generellen Explosion der Nebenkosten und vor allem an der Migrationskrise haben die gesamte Ampelregierung und auch die Union mitgestrickt.

Während rund 30 Prozent der Wohnungslosen Deutsche sind, denen die Kosten einfach über den Kopf gewachsen sind und die nun zum Teil bei Bekannten oder Verwandten unterkom-

men mußten, sind die Mehrheit Migranten, viele auch mit Kindern. Von der Politik der Bundesregierung nach Deutschland gelockt oder sogar mit dem Flugzeug geholt, sitzen sie nun in Gemeinschaftsunterkünften oder auf der Straße.

Es ist in jeder Hinsicht eine Tragödie, die endlich ein Ende haben muß. Wir von der AfD setzen uns deshalb nicht nur für ein Ende der Einladungs politik und für konsequente Abschiebungen ein, sondern auch für ein Ende der desaströsen Energiepolitik und der bürokratischen Hürden beim Wohnungsbau. Wenn die Folge der unerfüllbaren und spinnerten Ökostandards ein solcher Investitionsstau ist, dann gehören diese Standards abgeschafft - genauso wie das Heizungsgesetz, welches die Wohnungslosigkeit in den nächsten Jahren weiter verschlimmern wird.<<

Das deutsche Online-Nachrichtenportal "MMnews" berichtete am 8. November 2023 (x1.346/...): >>**Ruandas Grüne gegen Aufnahme von Migranten aus Europa**

Der Vorsitzende der grünen Partei von Ruanda, Frank Habineza, stellt sich gegen die Pläne, abgeschobene Migranten aus dem Vereinigten Königreich aufzunehmen. Generell habe seine Partei nichts gegen die Aufnahme von Flüchtlingen, "aber die Menschen aus Großbritannien haben nie darum gebeten, nach Ruanda zu kommen", sagte Habineza der Wochenzeitung "Die Zeit". "Das sind nicht unsere Flüchtlinge, sondern die der Briten."

Die britische Regierung hatte im Jahr 2022 einen Plan bekannt gegeben, der in Europa bislang einzigartig wäre: Potentiell jeder, der irregulär über den Ärmelkanal einreist, kann nach Ruanda abgeschoben werden. Inzwischen wird auch in Deutschland über eine solche Auslagerung von Asylverfahren debattiert. Ruanda erhält Geld von der britischen Regierung und hat sich im Gegenzug bereit erklärt, den Migranten ein Asylverfahren zu bieten.

In der "Zeit" erklärte der Oppositionspolitiker Habineza seine Argumente dagegen: Ruanda sei immer noch ein Entwicklungsland mit hoher Arbeitslosigkeit, viel ärmer als das Vereinigte Königreich. In Großbritannien gebe es viel mehr Platz, warum schicke es die Leute in eines der am dichtesten besiedelten Länder Afrikas? In Ruanda mangle es an Lebensmitteln, "und selbst bei mir zu Hause bekommen wir nur einmal die Woche Wasser". Habineza ist Gründer der "Demokratischen Grünen Partei von Ruanda". 2018 erlangte die Partei zwei Mandate. Im kommenden Jahr tritt Habineza zur Präsidentschaftswahl an.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 9. November 2023 (x1.344/...): >>**Der Migrationsansturm geht weiter - und die Ampel kapituliert**

Immer wenn die Ampelregierung von Grenzkontrollen spricht, fällt irgendwo ein Schleuser lachend aus seinem Lkw. Denn trotz vollmundiger Beschwörungen der Scholztruppe von "historischen Momenten" bleibt der Ansturm ungebrochen - auf unser Land, auf unsere Gesellschaft und auf unsere Sozialkassen. Allein im Oktober wurden in Deutschland 32.000 Erstanträge auf Asyl gestellt - ein absoluter Rekordwert, den es seit acht Jahren nicht mehr gab. Eine ganze Stadt wandert pro Monat ein, seitdem Merkel 2015 die Einwanderungs-Anarchie ausgerufen hat. Und weder die Ampelregierung noch die Union wollen etwas daran ändern.

270.000 Migranten sind seit Januar dieses Jahres in Deutschland eingetrudelt, ein Drittel davon stammt aus Syrien. Knapp 17 Prozent sind Türken (die fast ausnahmslos keinen Asylanspruch haben), fast ebenso viele stammen aus Afghanistan. Weitere Asylbewerber stammen aus dem Irak, dem Iran, Georgien, der Russischen Föderation, Somalia und Eritrea. Die Prüfung all der Anträge wird Jahre dauern - und selbst wenn sie abgelehnt werden, wird nicht abgeschoben. Gegen europäisches Recht verstößt das ganze obendrein - denn fast alle Antragsteller sind über sichere Drittstaaten nach Deutschland eingereist - sind also überhaupt nicht mehr "schutzsuchend".

Die Ampelregierung hat keinen Überblick mehr darüber, wer kommt und wer hier ist. Sie hat längst kapituliert und verteilt nur noch die letzten Reste unseres Steuergeldes, um die Folgen

der Migrationskrise zu kaschieren. Lange wird das nicht mehr gutgehen. Deshalb wird es Zeit, daß die AfD das Ruder übernimmt. Wir legen die Geldkanäle trocken, sichern die Grenzen sichert und setzen jeden vor die Tür, der in Deutschland nichts zu suchen hat.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 10. November 2023 (x1.344/...): >>**Frankreich schafft Behandlungskosten für Migranten ab - wir müssen nachziehen!**

In Deutschland gibt es die ärztliche Rundumversorgung, in Frankreich bald nicht einmal mehr eine Packung Kopfschmerztabletten: Unser Nachbarland schafft die kostenlose Krankenversicherung für illegale Migranten ab. Da kann man nur sagen: "Bravo, la France!" Denn die Übernahme von Behandlungskosten durch geschöpfte Beitrags- und Steuerzahler, die selbst um jede Erstattung kämpfen müssen, ist nicht nur eine schreiende Ungerechtigkeit gegenüber der eigenen Bevölkerung. Es ist vor allem ein Anreiz für Migranten aus ärmeren Ländern, sich auf den Weg nach Europa zu machen.

Überall um uns herum werden Leistungen für Asylbewerber zurückgefahren, werden Hürden für die Aufnahme von Migranten höher gesetzt, Grenzen dichtgemacht. Nur nicht in Deutschland, wo die Ampelregierung auch weiterhin die steuerzahlende Bevölkerung genüßlich ausnimmt und das Geld an Neubürger weiterreicht. Und so werden auch die Folgen der - vernünftigen - Abschottung unserer Nachbarn gravierend für unser Land werden. Denn wenn Frankreich, Dänemark, Polen und viele weitere Länder die Honigtöpfe schließen, wandern die Kostgänger wohin? Natürlich zu uns. Deshalb wird es höchste Zeit, zu handeln und nicht auf die Sonntagsreden von Ampel und Union zu vertrauen. Wir brauchen die Migrationsumkehr - und die gibt es nur mit der AfD!<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 13. November 2023 (x1.344/...): >>**Freispruch nach mutmaßlicher Vergewaltigung - Sex-Täter gar nicht erst ins Land lassen!**

Und wieder kommt ein mutmaßlicher Vergewaltiger mit Migrationshintergrund unbehelligt davon: Der 26-jährige Pfleger Milad R. soll sich in einem Hamburger Altersheim an einer 88-jährigen demenzkranken Bewohnerin vergangen haben. Eine Mitarbeiterin der Einrichtung kam ins Zimmer der Seniorin und fand diese nackt auf dem Bett liegend vor, während der Mann sich eilig die Hose hochzog. Den Richter konnte er nun davon überzeugen, daß es sich um einvernehmlichen Sex gehandelt habe - mit einer Frau, die nicht mehr in der Lage ist, ganze Sätze zu sprechen. Er wurde freigesprochen.

Erst in der vergangenen Woche wurde ein Afghane festgenommen, der sich in Chemnitz an einer abgelegenen Bushaltestelle an einer 38-Jährigen verging, die Polizei sprach von Vergewaltigung. Er wurde festgenommen, kam aber nach Aufnahme der Personalien wieder auf freien Fuß. Tief sitzt auch noch der Schock nach dem Skandal-Urteil Anfang des Jahres gegen einen Afghanen, der ein elfjähriges Mädchen in Neustrelitz vergewaltigt hat - und lediglich zu einer Bewährungsstrafe verurteilt wurde. All diese sogenannten "Einzelfälle" finden sich auch auf unserer Internetseite www.einzelfallticker.de. Dort kann man die tatsächlichen Folgen der Migrationskrise konkret ablesen.<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 13. November 2023 (x1.344/...): >>**Immer mehr Deutsche werden Opfer von Migrantengewalt - Abschieben wird die Täter nur die AfD!**

Seit Jahren predigen Politik und Medien das Bild von der angeblichen Ausländerfeindlichkeit in Deutschland - vor allem, um die Massenmigration möglichst reibungslos über die Bühne zu bringen. Und um Kritiker mundtot zu machen. Dabei ist es genau umgekehrt: Laut einer aktuellen Auswertung der Kriminalzahlen durch das BKA werden immer mehr Deutsche Opfer von gewalttätigen Nicht-Deutschen.

Fast 48.000 waren es im vergangenen Jahr, die sich mit Messerangriffen, Prügelattacken,

Raubüberfällen oder Tötungsversuchen durch Täter nicht-deutscher Staatsangehörigkeit konfrontiert sahen, 1100 Bürger - zumeist Frauen - wurden Opfer sexueller Gewalt. Dabei fließen Täter mit doppelter Staatsangehörigkeit nicht einmal in die Statistik mit ein. Und ohnehin dürfte die Dunkelziffer noch höher liegen, da nicht jede Straftat angezeigt wird.

Selten zuvor wurde die von den Verantwortlichen praktizierte Täter-Opfer-Umkehr so offensichtlich - und mittlerweile wird auch von führenden Gewerkschaftlern der Polizei ausdrücklich gefordert, Straftäter, die keinen deutschen Paß haben, sofort abzuschieben. Daß mittlerweile auch die CDU in dieses Horn stößt, ist hingegen mehr als heuchlerisch - war sie es doch, die 2015 die grenzenlose und bis heute anhaltende Migration-Anarchie eingeführt hat. Weder diese noch eine der Ampelparteien kann und will an der bedrohlichen Sicherheitslage etwas ändern. Das kann nur die AfD!<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 14. November 2023: >>**Sozialmi-**
granten: Sie kassieren "Bürgergeld" und überweisen Milliarden ins Ausland

In der Chaos-Ampel droht der nächste Streit: Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP) will unterbinden, daß Asylbewerber Geld aus Sozialleistungen in ihre Heimatländer überweisen. Die Zahlungen könnten eine Finanzquelle für Schleuser sein und ein Pullfaktor, der noch mehr Migranten nach Deutschland lockt.

Das Finanzministerium hat bei der Bundesbank die diesbezügliche Datenlage angefragt. Die Notenbank führt eine Statistik zu "Heimatüberweisungen von Gastarbeitern". Dort werden Personen erfaßt, die sich für mehr als ein Jahr in Deutschland aufhalten und hier ihren wirtschaftlichen Mittelpunkt haben. Demnach betrugen die Überweisungen allein aus diesem Personenkreis im vergangenen Jahr 7,1 Milliarden Euro. Diese Summe sei allerdings nur geschätzt, schränkt die Bundesbank ein. Außerhalb der EU ist demnach die Türkei mit 848 Millionen Euro das Zielland mit den meisten Überweisungen.<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 14. November 2023 (x1.344/...): >>**Scholz will 20 Billigwohngebiete in Großstädten schaffen. Wir schieben Illegale ab und bauen ihnen keine Häuser!**

Wenn der Ankündigungs-Kanzler die Zukunft in buntesten Farben malt, dann weiß man schon: Daraus wird nichts. Der "Doppelwumms" für die Wirtschaft ist verpufft, die "Zeitenwende" für die Bundeswehr brachte das ausrüstungstechnische Ausbluten und von "sozialer Gerechtigkeit" hat die Kanzlerpartei SPD mittlerweile soviel Ahnung wie eine Schildkröte vom Hürdenlauf.

Daß Scholz nun 20 neue Wohngebiete in den größten Städten ankündigt, um die Wohnungslosigkeit zu bekämpfen, paßt in dieses Konzept. Denn wenn man weiß, daß zwei Drittel aller Wohnungslosen Migranten sind, dann kann man sich vorstellen, wem Olaf Scholz da ein behagliches Heim bauen will. Und wer dafür finanziell aufkommen soll.

Wenn man nach Frankreich blickt, sieht man, was aus solchen staatlich errichteten Wohngebieten wird: Die Banlieues in Paris oder Marseille sind von Arbeiterquartieren zum Schmelztiegel von Gewalt und Kriminalität verkommen. Im Sommer herrschte in den Großstädten tagelang Ausnahmezustand, weil sich in den arabisch und nordafrikanisch geprägten Ghettos Migrantengewalt gegen Polizei und Stadtbewohner formierte. Will man das auch in Deutschland haben? Es gibt schon genug deutsche Stadtviertel, in denen kaum noch Einheimische leben und welche auch die Polizei nur noch mit genug Verstärkung im Rücken betritt.

Statt vor der anhaltenden Massmigration einzuknicken und diese sogar noch mit dem hart erarbeiteten Geld der Steuerzahler zu goutieren, müssen illegal Eingereiste endlich abgeschoben werden. Knapp 300.000 sind es, die sich zurzeit unberechtigt in Deutschland aufhalten. Würde man sie in ihre Herkunftsländer schicken, wäre die Lage auf dem Wohnungsmarkt schon wesentlich entspannter - und der Kanzler müßte keine Luftschlösser bauen.<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 17. November 2023 (x1.348/...): >>Ex-Polizeichef: Es wird hier zu einer Art Aufruhr in den nächsten Jahren kommen

Von *Herbert Ludwig*

Ulf Küh, viele Jahre Polizeidirektor in Braunschweig, erhebt schwere Vorwürfe gegen die deutsche Migrationspolitik der offenen Grenzen. Sie sei vom politischen Unwillen geprägt, die Sicherheitsarchitektur Deutschlands zu erhalten. Es gehe von vermutlich eingewanderten islamischen Kämpfern eine wachsende Terrorgefahr aus. Und die Masse der Hamas-Unterstützer sei ja jetzt offenkundig geworden. Auch die hochkriminellen islamischen Clans entwickelten sich inzwischen zu gefährlichen politischen Organisationen. Die Polizei sei da hoffnungslos überfordert. Er werde mit Sicherheit in den nächsten Jahren zu einer Art Aufruhr kommen, wenn nicht politisch eine 180 Grad-Wende geschehe.

Ex-Polizeichef Ulf Küh (Tichys Einblick)

In einem Interview auf Epoch Times mit Alexander Wallasch vom 25. Oktober 2023 nahm der erfahrene Ex-Polizeichef insbesondere zur terroristischen Gefährdungslage in Deutschland Stellung.

Terrorgefahr

"Im Gespräch", schreibt Alexander Wallasch, "zeichnet der Ex-Polizeichef die Chronologie einer Überforderung. Ulf Küh verweist dabei explizit auf den politischen Unwillen zum Erhalt der Sicherheitsarchitektur Deutschlands."

Anfang 2016, als schon sein alarmierendes Buch "Soko Asyl" erschienen sei, wäre die Terrorgefahr, wie sie jetzt zu beobachten sei, noch kein Thema gewesen. Gleichwohl hätten sie sich Gedanken gemacht, so der Polizist.

"Ich habe das auch seinerzeit mal reklamiert, bin dann aber mehr oder weniger politisch gebeten worden, die Klappe zu halten."

Natürlich hätten sie Sorge gehabt, daß in der Einreisemenge der Menschen damals, die überhaupt nicht registriert worden seien, auch welche dabei waren, die für Greueltaten in Syrien und in anderen Ländern verantwortlich seien.

Da habe durchaus die Gefahr bestanden, daß schon Hamas-Kämpfer, solche vom Islamischen Staat oder irgendwelchen anderen Gruppen dabei gewesen seien. Das sei eine große Sorge gewesen, die aber von der Politik komplett ausgeblendet worden sei.

Schon 2015 hätte man von jedem an der Grenze einen Fingerabdruck nehmen können. Die Leute unregistriert einreisen zu lassen, sei eine der größten Eseleien gewesen.

"Wir sind zurückgepiffen worden, wir sollten das nicht! Dabei wäre es ganz einfach gewesen, jedem, der einreist, ganz egal, wie er sich genannt hat, die Fingerabdrücke abzunehmen und ein digitales Foto zu machen. Beides hätte man problemlos in die Systeme einstellen können. Dann kann der Betreffende hinterher sonst etwas erzählen, wer er sei, es hätte ihm nichts genutzt. Fingerabdrücke und Foto hätten belegt, daß diese Person am soundsovielten über Kieffersfelden nach Deutschland eingereist ist.

Aber das hat man nicht gewollt, das hat man politisch abgelehnt. Wir sind da abgemahnt worden. Ich mußte damals sogar meine Sonderkommission umbenennen, die sollte nicht mehr "Soko Asyl" heißen."

Das Bundeskriminalamt hätte schon in den Jahren seit 2008 darauf hingewiesen, daß da ein massives Problem entstehe. Aber auf die sei auch nicht gehört, sie seien ebenfalls politisch ignoriert worden.

Die Politik habe sich viel zu sehr in die Gewaltenteilung eingemischt, sprich in die Judikative und in die Exekutive. Da habe sie aber eigentlich nichts zu suchen. Die Polizei, der Polizeiführer, repräsentiere Recht und Gesetz und er sei Recht und Gesetz unterworfen. Und das sei bei der Justiz genauso. Da könne es nicht sein, daß ein Justizminister oder eine Innenministe-

rin politische Weisungen erteile.

Er meint also Weisungen, die dazu führen, gegen das Gesetz zu handeln, dem alle unterworfen sind.

"Die Polizei ist sehr politisch geworden. Wer heute bei der Polizei noch eine Karriere machen will, der muß mit den Wölfen heulen. Sie haben ihren Auftrag verloren. Die politischen Parteien wirken an der Willensbildung des Volkes mit. Sie wirken mit, sie sind aber nicht der Wille des Volkes!"

Der Interviewer Alexander Wallasch, weist darauf hin, daß die Polizei während der Corona-Maßnahmenkritik rigoros und oft mit übertriebener Härte gegen Demonstranten durchgegriffen habe. Bei den verbotenen Hamas-Demonstrationen entstehe dagegen eher der Eindruck einer großen Zögerlichkeit. Werde da mit zweierlei Maß gemessen?

Ulf Küch:

"Hier erkennt man, daß eine massive politische Einflußnahme erfolgt, gerade bezogen auf Demonstration von Hamas-Unterstützern und Israel-Gegnern. Politisch ist das lanciert. Der jeweilige Polizeipräsident oder wahrscheinlich auch der Innenminister geben da eine klare Weisung raus. Das nennt sich dann "Einsatzleitlinien", und an diese Einsatzleitlinien hat der Polizeiführer sich zu halten.

Wenn er das nicht macht, bekommt er ein paar zwischen die Hörner. Insofern, wer an seiner Karriere hängt als junger Polizeiführer, der wird dann sagen: Na gut, dann machen wir es halt so."

Kriminelle Clans werden politisch

Ulf Küch weist noch auf eine ganz andere große Gefahr hin. Er komme ja ursprünglich kriminalpolizeilich aus dem Bereich der Bekämpfung organisierter Kriminalität. Aber die habe sich immer weitestgehend aus der Politik herausgehalten. Doch jetzt hätten wir es mit einer Situation zu tun, daß die islamischen hochkriminellen Clans, vor denen die Polizei schon in den 80-er Jahren gewarnt habe, jetzt auch noch politisch werde.

"Und da wird's gefährlich. Hier ist die Polizei im Augenblick hoffnungslos überfordert. Auf der einen Seite müssen die Straftäter verfolgt werden - Stichwort der Einbruch im Grünen Gewölbe in Dresden - und die gleichen Leute schlagen sich nun auf die Seite der Hamas-Unterstützer, und die Antifa läuft da auch noch mit hinterher. Also das ist eine toxische Mischung, die kann man im Moment noch kaum richtig einschätzen, aber ich halte sie für hochexplosiv."

Das mit den Clans habe sich ja im Zuge der Ghettoisierung der sogenannten Libanon-Flüchtlinge gebildet. Das seien die Familien, die man heute in den Ballungszentren habe. Die seien damals nach Bremen, Berlin, Duisburg und Köln gebracht worden, wo sie sich dann etabliert hätten.

Aber mittlerweile hätten sie sich ausgedehnt. Die ganze Problematik bestehe jetzt auch in kleineren Städten wie Salzgitter beispielsweise oder in anderen mittleren Kleinstädten. Die verstünden das auch sehr geschickt aufzuziehen: auf der einen Seite mit den legalen Geschäften und auf der anderen Seite dann mit dem illegalen Zweig.

"Aber die größte Brisanz im Augenblick sehe ich darin, daß sie sich voll auf die Seite der Israel-Gegner schlagen. Zuletzt haben sie vor dem Brandenburger Tor - das muß man sich mal vorstellen - eine Demonstration gemacht, auf die Polizei eingeschlagen, um sich anschließend hinzuknien und zu ihrem Gott zu beten. Da hört es bei mir auf. Und ich verstehe auch die verantwortliche Politik nicht, die das zuläßt und nicht dagegen einschreitet."

Stimmung in der Bevölkerung

Auf die Frage, ob die Polizei die aktuellen Probleme überhaupt noch bewältigen könne, sagte er: Wir bräuchten dringend einen Paradigmenwechsel in der Politik. Er lebe auf dem Land und sehe da, daß die Menschen überhaupt kein funktionierendes demokratisches System mehr

erkennen könnten. Es sei eine kritische Menge von Bürgern entstanden, welche keine Loyalität mehr zur Politik hat. Das Vertrauen sei weg.

Er könne bestätigen, daß einige Menschen mittlerweile bestimmte innerstädtische Bereiche meiden. Da sagten die Leute aus dem Dorf ganz klar, da gingen sie nicht mehr hin, das wollten sie nicht, das sei nicht mehr ihr Gebiet, das passe ihnen hier nicht mehr.

"Und wenn wir dann in die Großstädte gehen, Berlin oder Duisburg, da müssen wir nicht drüber reden, das sind doch ganze Stadtteile mit mehreren Hunderttausenden Menschen mittlerweile vollkommen losgelöst und unterwerfen sich überhaupt nicht mehr dem deutschen Recht."

Auf einen Großeinsatz in Wolfenbüttel mit über 50 Einsatzkräften gegen randalierende Migranten in der Innenstadt angesprochen, wo man jetzt Jugendclubs außerhalb aufbauen und Beschäftigungsmöglichkeiten anbieten wolle, antwortete er, solche Maßnahmen halte er für schweren Unfug. Viele Migranten seien ja überhaupt nicht bereit, sich in unser System zu integrieren, unsere Rechte und unsere Gesetze anzuerkennen. Was solle man denen denn anbieten?

Nein, das könnten wir nicht mehr einfangen, was wir in den letzten 20 Jahren hier verbockt haben.

Es müsse jetzt mit der Faust auf den Tisch geschlagen werden. Es müßten Konsequenzen folgen. Denn wenn man sich daneben benehme, und es habe keine Konsequenzen, und zwar in jederlei Hinsicht, dann ende das böse. Das sei doch wie mit Kleinkindern. "Wenn man zu meinem Kind sagt: Du gehst nicht an die Messerschublade, und es macht es doch, und ich sage: Na gut, dann eben, wie du magst. Da muß ich mich nicht wundern, wenn mir auf der Nase rumgetanzt wird."

Es müsse nicht Gewalt sein, die da eingesetzt werde. Aber es gebe durchaus Möglichkeiten, diesen Leuten massiv auf die Füße zu treten. Und man müsse auch darüber nachdenken, ob diese erschlichenen Staatsbürgerschaften, die da angeboten werden, nicht wieder aufgehoben werden, und dann müßten die ausgewiesen werden. Die Amerikaner machten das genauso.

Auf die Frage, warum sich seit 2015 nichts geändert habe, erwiderte er:

"Weil sich in der Politik nichts geändert hat. Man muß nur mal nach Berlin gucken. Wenn ich mir da diese Frau Faeser anschau oder diese anderen Lichtgestalten der Politik, ob das eine Frau Baerbock ist, die mit ihrer feministischen Außenpolitik nicht einmal mehr in Liechtenstein empfangen wird, da müssen wir uns nicht wundern."

Wir sind in Europa die Lachnummer. Die lachen sich kaputt über uns. Die sagen, was ist denn mit den Deutschen los? Sind die noch ganz dicht? Aber es gibt mittlerweile auch welche, die haben große Sorgen, was hier in Deutschland passiert.

Wenn wir jetzt nicht als freiheitlich-demokratischer Staat mal auf dem Tisch schlagen und auch mal durchaus unpopuläre Maßnahmen treffen, dann haben wir verloren, dann kippt unser System. Dann kann ich nicht voraussagen, wo die Sache hingeht.

Wir werden sicherlich kein islamischer Staat werden, aber es wird hier mit Sicherheit zu einer Art Aufruhr in den nächsten Jahren kommen, wenn da nicht politisch eine 180 Grad Wende kommt."

Hintergründe

Er hält das Ganze aber nicht für politisch gewollt. Es sei durch Fahrlässigkeit und Dummheit entstanden, nicht erst seit 2015, sondern seit Anfang der 90er-Jahre. Da beginne das Ganze. Wie ein roter Faden ziehe sich das durch unsere Gesellschaft. Und selbst Altkanzler Helmut Schmidt, der x-mal interviewt worden sei, habe gesagt, es könne keine Identifizierung mit dem Islam in Deutschland geben. Schmidt habe sogar davor gewarnt und gesagt, man könne diese Kulturen nicht miteinander mischen.

Doch hier meine ich, daß der Ex-Polizeidirektor da nicht ganz durchblickt.

Es ist zwar richtig, daß die Einwanderung schon viel früher - ohne gesetzliche Grundlage - begonnen hat, sogar schon in den 1960er Jahren, und Fahrlässigkeit und Dummheit mögen bei einem Teil der verantwortlichen Politiker bestimmend gewesen sein. Aber führende linksgrüne Politiker und Wissenschaftler haben schon früh die Verdünnung und Auflösung des angeblich faschistisch veranlagten deutschen Volkes durch den Zustrom Fremder gefordert. Letztlich stehen hinter der Massenmigration nach Europa globale Organisationen wie UNO und EU, mit denen die deutschen Parteipolitiker willfährig zusammenarbeiten. Und dahinter lenken schwarzmagische Geheimgesellschaften der angloamerikanischen Welt, die nicht ernst genug genommen werden, die Dinge aus tieferen entwicklungsfeindlichen Gründen. Ich weiß, das ist viel verlinkte Literatur, die man nicht auf einmal lesen kann. Aber ich wollte auf den ganzen Umfang dieses Komplexes hinweisen, mit dem ich mich seit Jahren gründlich befaßt habe.

Wir müssen aufwachen für die vollständigen Hintergründe, um richtig handeln zu können.<<
Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 47/23" berichtete am 17. November 2023 (x1.387/...): >>**Das Geld der anderen**

Von der gestiegenen Zahl der Zuwanderer profitieren auch Hoteliers - auf Kosten der Steuerzahler

Hinrich Rohbohm

Mit ihren zahlreichen Service- und Beratungsangeboten verdienen die Betreiber von Asylunterkünften an der Masseneinwanderung (JF 46/23). Doch das Geschäft rund um die Unterbringung von Migranten ist noch erheblich breiter gefächert.

Auch Hoteliers profitieren. Weil die dafür vorgesehenen Unterkünfte längst wieder überfüllt sind, versuchen Städte und Gemeinden die stetig neu ankommenden Zuwanderer dort unterzubringen. Allein in Hamburg hat die Stadt 67 Hotels angemietet. Hinzu kommen Kleinsthäuser, sogenannte Tiny-Houses, im Stadtteil Wilhelmsburg und Notunterkünfte, die in den Messehallen eingerichtet wurden.

Die Kalkulation des rot-grünen Senats: Jedes Jahr muß die Hansestadt jeweils 10.000 zusätzliche Migranten unterbringen. Permanent suchen Politik und Verwaltung nach neuen Unterkunftsmöglichkeiten. Unter anderem im Holiday Inn, einem Mittelklasse-Hotel nahe dem Stadtzentrum.

Der Senat bringt hier vor allem ukrainische Flüchtlinge unter. Eigentlich sind die Asylunterkünfte dafür vorgesehen. Doch die sind bereits von Migranten aus Syrien, Afghanistan oder dem Irak belegt. Genauso wie die zahlreichen für Zuwanderer errichteten Neubausiedlungen.

Allein für Hotelkosten zahlt der Senat 3.000 Euro pro Person

In der Lobby des Holiday Inn sind gerade wieder neue Immigranten angekommen. Zu erkennen sind sie an ihren Plastiktüten und -taschen, die sie neben ihren Koffern mit sich führen. Sie stehen an der Rezeption, bereit zum Einchecken. Allein im Juli dieses Jahres zahlte der Senat 17,3 Millionen Euro an Hotelkosten für Asylbewerber, wie aus einer Anfrage der Hamburger AfD-Bürgerschaftsfraktion hervorgeht. Das sind über 3.000 Euro pro Einwanderer. Nur für Unterkunft und Verpflegung. Für den Hotelier ein lohnendes Geschäft.

Im Holiday Inn sind 360 Flüchtlinge und Migranten untergebracht. Ein ganzer Flügel des Hotels ist ausschließlich mit ihnen belegt. Vorgänge, die auch Auswirkungen auf andere Gäste haben. Denn durch knappere Zimmerangebote steigen die Preise, wovon der Hotelier ebenfalls profitiert. Die JUNGE FREIHEIT schaut sich in dem Hotel näher um. Bei den Flüchtlingen handelt es sich hauptsächlich um Ukrainer. In den Hoteletagen hängen Infoblätter in ukrainischer Sprache über die Hausregeln des Hotels aus. Die Teppiche in den Fluren sind stark verschmutzt, wahrscheinlich wird die Stadt auch für eine spätere Sanierung der mit Flüchtlingen belegten Bereiche aufkommen müssen.

Auch ein eigener Speiseraum steht den Neuankömmlingen zur Verfügung. Heute auf dem

Speiseplan: Wiener Schnitzel. Ebenfalls vom Staat bezahlt. Versehen mit dem Hinweis, "Tassen, Teller/Schüsseln und Besteck" doch bitte wieder zurück in den Speisesaal zu bringen, da man sonst "nicht mehr ausreichend Geschirr und Besteck zur Verfügung" habe. Zuständig für die Mahlzeiten sind zumeist Cateringfirmen, die ebenfalls staatliche Aufträge generieren. Wie lukrativ die sind, zeigen schon die Zahlen in der Elbmetropole. 2019 gab der Hamburger Senat hierfür noch 3,8 Millionen Euro aus. Im vergangenen Jahr waren es bereits 63,7 Millionen Euro.

Beim weiteren Gang durch den Hotelflügel fallen auch die für die Flüchtlinge bereitgestellten Infotafeln ins Auge. Ein Dutzend Zettel sind daran angepinnt. Adressen zu Fragen der Grundversicherung im Alter für Ukrainer. Termine für die "Sozialberatung" des stadt eigenen Unternehmens "Fördern & Wohnen". Ein Treff für Frauen, der mit "Verpflegung, Kinderspaß und tollen Überraschungen" wirbt. Es ist ein Stelldichein der deutschen Sozialindustrie, die hier zusätzliche Nachfrage erzeugt und daraus folgend den Bedarf für neue, zumeist staatlich bezahlte oder bezuschußte Stellen schafft.

Fördern & Wohnen ist dabei in der Hansestadt der zentrale Dienstleister für die Unterbringung der Zuwanderer. Der Schuldenstand des städtischen Unternehmens betrug Anfang dieses Jahres schon mehr als 300 Millionen Euro. Hinzu kommen Kredite in Höhe von weiteren 267 Millionen Euro. Verbindlichkeiten, für die letztlich der Steuerzahler aufkommen muß und die demnächst noch weiter steigen werden. Denn der Senat hat noch einmal die Gebühren für den Bedarf öffentlich veranlaßter Unterbringungen kräftig erhöht. Statt wie bisher 544 Euro pro Person werden es künftig 733 Euro sein. Eine Steigerung um satte 35 Prozent.

Gleich mehrere dieser Einrichtungen zur Unterbringung betreibt Fördern & Wohnen in Jenfeld, einem Stadtteil im Osten Hamburgs, nahe der Grenze zu Schleswig-Holstein. Auf einer Grünfläche, die ursprünglich vom Hamburger Senat als Tabuzone für den Wohnungsbau betrachtet wurde, sind hier vor fünf Jahren Hunderte neuer Wohnungen entstanden. Bewohnt werden dürfen sie jedoch nicht von der einheimischen Bevölkerung, sondern für die nächsten 15 Jahre ausschließlich von Migranten.

Kaputte Fahrräder werden achtlos ins Gebüsch geworfen

Häuser in modernster Bauweise und in guter Lage. Überwiegend Syrer, Iraker, Iraner und Afghanen sind hier untergebracht. Das zeigt schon der Blick auf die Klingelschilder. Namen wie Mihammadi, Rahimi, Alizai, Abu Ras oder Ahmadi dominieren. Frauen mit Kopftüchern schieben Doppelkinderwagen über die Siedlungszufahrt. Afghanische Kinder spielen am Straßenrand, auf den nagelneuen Balkonen und Terrassen stapelt sich zwischen Fahrrädern und Wäsche der Sperrmüll. Einkaufswagen stehen einsam und verlassen in der Gegend herum, kaputte Fahrräder und alte Schuhe wurden achtlos ins Gebüsch geworfen.

Fördern & Wohnen hat Zettel an die Wohneingänge angebracht. "Tür unbedingt geschlossen halten!" steht darauf. "Es kann Schimmel entstehen, und das kostet viel Geld", heißt es weiter. Geld, das die Bewohner jedoch nicht selbst zahlen müssen. Denn für die Heizkosten der Migranten kommt ebenfalls der Staat auf. Oder besser gesagt: der Steuerzahler. Und so stehen trotz des Appells von Fördern & Wohnen und trotz der einsetzenden November-Kälte zahlreiche Haustüren der Häuser sperrangelweit offen. So wie man es aus dem Kulturkreis der deutlich wärmeren Herkunftsländer offenbar gewohnt ist.

Auf den Infotafeln in der Siedlung werden Deutsch-Sprachkurse angeboten. Ein weiteres Berufsfeld, in dem mit zunehmender Massenmigration Geld verdient wird und neue Stellen geschaffen werden.

Noch immer wird in der Neubausiedlung gewerkelt, letzte Parkplätze fertiggestellt. Ein Bauarbeiter plaudert über den Alltag hier, wo es immer wieder zu Polizeieinsätzen komme. "Die Kinder entwenden Steine und machen Paletten kaputt", erzählt er. "Und daraufhin werden wir von der Stadt angewiesen, doch bitte das Baumaterial besser zu sichern", erzählt der Mann

und schüttelt fassungslos den Kopf.

Davon, daß es nicht immer ganz harmonisch in der Siedlung zugeht, zeugen auch beschädigte Fensterscheiben. Vorgänge, von denen deutsche Anwohner auf der gegenüberliegenden Straßenseite offenbar nur wenig mitbekommen. Oder an denen sie sich nicht weiter stören. Sie haben andere Sorgen. "Was mich ärgert, ist, daß der Verkehr durch die neue Siedlung jetzt so stark zugenommen hat, es ist einfach zu laut geworden", beschwert sich ein älterer Mann, der gerade seinen Hund ausführt.

Wenige Autominuten weiter ist es ebenfalls die Lautstärke, die Deutschlands vergreisende Gesellschaft stört. Hier, nahe der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr, ist eine weitere Siedlung für neue Einwanderer entstanden. In einer Einbahnstraße haben Anwohner ein Transparent angebracht. "Wir wollen schlafen" steht darauf, zur besseren Verständlichkeit versehen mit Bildern schlafender Kinder und Zifferblättern. In der Migrationskrise schläft Deutschland schon sehr lange.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 18. November 2023:
>>**Migration: Maaßen fordert "Chemotherapie"**

Von *Daniell Pfohringer*

Um die "Migrationskatastrophe" zu bewältigen, werden "schmerzhafte" Maßnahmen notwendig sein. Das sagt Ex-Verfassungsschutzchef Hans-Georg Maaßen, der mit einer ausländerpolitischen Initiative vorprescht, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt. ...

Hans-Georg Maaßen hat mal wieder einen rausgehauen: In einem Beitrag für die Schweizer Weltwoche mahnt er an, daß der Asyl-Katastrophe in Deutschland nicht mehr mit halbherzigem Klein-Klein beizukommen ist, sondern daß eine "Chemotherapie" vonnöten ist. Damit hat er in der Ausländerdebatte einen Ton angeschlagen, den sich noch nicht einmal AfD-Politiker getrauen würden. Die Metapher ist heftig: Denn im Rückschluß bedeutet dies, daß das angesprochene Problem wie ein wucherndes Krebsgeschwür anzusehen ist.

Genau dieses Beispiel bringt Maaßen am Anfang seines Beitrags: Er berichtet von seiner Cousine, die vor einigen Jahren an der heimtückischen Krankheit verstorben sei. Sie habe versucht, den Krebs mit "Wärme- und Misteltherapien" und "Pülverchen, die ihr ein Arzt aus Indien zugeschickt hatte", zu bekämpfen - erfolglos. Die von den Medizinern empfohlene Chemo habe sie abgelehnt.

"Ich will mir als medizinischer Laie nicht anmaßen zu sagen, daß sie noch leben würde, wenn sie ärztlichen Ratgebern gefolgt wäre", so Maaßen. "Aber als jemand, der mit gesundem und kritischem Menschenverstand ausgestattet ist, bin ich der Überzeugung, daß man ihr wirklich hätte helfen können."

Deutschland als Krebspatient

Unser Land befinde sich in einem ähnlich kritischen Zustand wie seine Cousine damals, so der Chef der Werteunion weiter. Denn:

"Bundeskanzlerin Angela Merkel und ihre Paladine hatten das deutsche Ausländerrecht aus den Angeln gehoben und unter humanitären Vorwänden aus einem geordneten Zuwanderungsrecht eine ungesteuerte, millionenfache Ansiedlung von Ausländern aus kulturfremden Regionen gemacht."

Olaf Scholz und Nancy Faeser setzten diese Politik fort, "weil sie offensichtlich ein anderes Staatsvolk wollen", fährt Maaßen fort. "Sie wollen - so muß man ihr Verhalten interpretieren - den Zusammenbruch der deutschen Gesellschaft, um auf ihren Trümmern ein neosozialistisches Gesellschaftssystem".

Raus aus der humanitären Kuschelwelt!

Der auf Geheiß Merkels seinerzeit geschaffte Sicherheitsexperte ist der Überzeugung, daß man die "Migrationskatastrophe stoppen und rückabwickeln" könnte, wenn man denn nur wollte. Doch dazu seien "Mistel- oder Wärmetherapien" - also weiche Maßnahmen -, wie sie nun sei-

tens der Regierung zumindest verbal angekündigt wurden, nicht mehr ausreichend.

Maaßen fährt fort:

"Wir können die Migrationskatastrophe bewältigen. Wir können die Einreise und millionenfache Ansiedlung von Ausländern in unserem Land stoppen, und wir können die Merkel-Scholz-Migrationspolitik rückabwickeln. Aber wir müssen uns darüber im Klaren sein, daß dies nicht mehr mit Pülverchen und Misteltherapie möglich ist."

Und er kommt zu dem Schluß:

"Die Operationen, die notwendig sind, werden schmerzhaft sein. Wir werden uns aus der humanitären Kuschelwelt und der vermeintlich rechtsstaatlichen Komfortzone in die harte Realität des Operationssaals begeben müssen. Die ist zwingend notwendig, wenn wir Deutschland wieder heilen wollen."<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 19. November 2023: >>**Illegale: Die Zahlen steigen weiter**

Von *Sven Eggers*

Der Asyl-Mißbrauch ufert aus. Die "europäischen Lösungen", die Polit-Versager versprechen, taugen nicht. Illegale Grenzverletzungen an der EU-Außengrenze erreichen Rekordzahlen. ... Die europäische Grenzschutzorganisation Frontex legt düsteres Datenmaterial vor. Danach sind die Grenzverletzungen in den vergangenen zehn Monaten gegenüber dem Vorjahreszentrum um 18 Prozent auf 331.600 angestiegen. Zuletzt wurden Zahlen in dieser Größenordnung im Jahre 2015 festgestellt. Logischerweise ist die Dunkelziffer in diesem Bereich besonders hoch.

Über die Westafrika-Route haben sich die Zahlen gegenüber dem Vorjahr sogar verdoppelt. 27.700 unerlaubte Grenzübertritte waren dort seit Januar festzustellen. Allein im Oktober versuchten rund 13.000 Asylbegehrende, über die Kanarischen Inseln nach Europa zu gelangen, die meisten aus Syrien, Guinea und der Elfenbeinküste. Seit Beginn der entsprechenden Aufzeichnungen waren es nie mehr gewesen, so Frontex.

Ein Plus von 68 Prozent!

Am meisten Menschen aber kommen weiterhin über das Mittelmeer. Hier wurden allein von Januar bis Oktober 143.600 Grenzverletzungen festgestellt; ein Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 68 Prozent! Auch über die Ostmittelmeerroute via Türkei kamen zuletzt mehr Illegale. 45.100 verbotene Einreisen waren es dort, knapp ein Viertel mehr als in der gleichen Zeitspanne des Vorjahres.

Die EU-Asylagentur geht davon aus, daß wir es in den Ländern der Europäischen Union plus Norwegen und der Schweiz in diesem Jahr erstmals seit 2016 wieder mit mehr als einer Million Asylforderern zu tun bekommen - Ukrainer nicht mitgezählt. Deutschland wird hier mit einem Anstieg der Antragszahlen um 74 Prozent gegenüber dem Vorjahr ausgewiesen. Das Land mit den niedrigsten Asylanträgen ist übrigens Ungarn, was unterstricht, daß Regierungen auch unter der EU-Knute etwas ausrichten - zum Beispiel einen stabilen Grenzzaun bauen - könnten; sie müssen es allerdings auch wollen.

In der November-Ausgabe unseres COMPACT-Magazins heißt es zum Umstand des Zustroms speziell in die Bundesrepublik beispielsweise:

"Faesers Turbo-Einbürgerungsversprechen kommt einer Einladung an Fremde gleich, die auch angenommen wird. Sie kommen jetzt vermehrt über die Slowakei, sie kommen über Tschechien, sie kommen vor allem über Polen. Polnische Konsulate haben gegen Schmiergeldzahlungen offenbar hunderttausendfach Arbeitsvisa vorrangig an Afrikaner und Asiaten vergeben, natürlich einkalkulierend, daß sich ein gehöriger Prozentsatz gleich weiter Richtung BRD-Sozialnetz begibt. Faesers zugesagte Kontrollen an der Oder sind eine Farce."

COMPACT-Reporter hatten vor Ort festgestellt: In den Grenzgebieten liegen weggeworfene Pässe, Rucksäcke, Kleidung. Zahlreiche Flußbrücken werden nur stichprobenartig überwacht,

bei der Polizei ist um 20 Uhr Schicht im Schacht.

Von den angekündigten und von Massenmedien gefeierten "Kompromißlösungen" in der Asylfrage ist bislang weder national noch international irgend etwas zu spüren. Die Umvolkung nimmt weiterhin ihren ungehinderten Lauf. Es fehlt letztlich das Interesse der Politik, die Weichen tatsächlich umzustellen.

Vergeblich fordern die Deutschen laut zahlreichen Meinungsumfragen Grenzkontrollen, die Einrichtung von Ausreisezentren oder die Streichung von großzügigen Bargeldleistungen. Der Volkswille ist ganz eindeutig: Eine Mehrheit von 59 Prozent verlangt ein vollständiges Umdenken in der Frage offener Grenzen.<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 20. November 2023 (x1.345/...):

>>**ÖRR-Comedian witzelt: Besser deutsche Rentner töten, als Ausländer abschieben**

In der 3sat Comedy-Sendung "Till Reiners' Happy Hour" schlägt der "Komiker" Moritz Neumeier vor, daß man über 70-jährige Deutsche töten könnte, anstatt abgelehnte Asylbewerber abzuschieben - immerhin würden die deutschen Rentner die Krankenkassen und Ärzte überdurchschnittlich belasten.

Jonas Aston

"Primetime-Comedy mit Herz, Hirn und Humor" - Nichts weniger als das liefert nach Eigenaussage regelmäßig die bei 3sat ausgestrahlte Sendung "Till Reiners' Happy Hour". In der am Sonntag ausgestrahlten Sendung lieferte der "Gast-Kabarettist" Moritz Neumeier aber eher eine menschenverachtende Geschmacklosigkeit, als Unterhaltung. Zur besten Sendezeit, um 20.15 Uhr, scherzte Neumeier darüber, einen Massenmord an deutschen Rentnern zu begehen, statt Ausländer abzuschieben.

Neumeier bezog sich bei seiner Show auf Friedrich Merz Aussage aus September, in der der CDU-Chef kritisierte, daß abgelehnte Asylbewerber sich in Deutschland die Zähne machen lassen würden und so Deutschen die Zahnarzttermine wegnehmen würden - eine Aussage, die inzwischen von einigen Zahnärzten bestätigt wurde. Für den "Kabarettisten" Neumeier sei es sehr "deutsch" sich darüber zu beschweren.

Weiter erklärte er: "Wenn man sich dann also darüber aufregen möchte, daß nur eine ganz kleine Gruppe von Menschen, nur so ein winziger Anteil von der Gesellschaft, das Geld von den Krankenkassen und die Wartezimmer und die Terminlisten völlig überdurchschnittlich strapazieren und was dagegen tun möchte, dann muß du ja nicht noch mehr Menschen schneller abschieben, sondern einfach Deutsche über 70 - daß du die einfach tötest."

Deutsche Rentner würden nach Aussage von Neumeier die Sozialkassen also mehr belasten als abgelehnte Asylbewerber und könnten dementsprechend getötet werden, dann müsse man niemanden abschieben - ein "Witz" der das Publikum merklich irritiert. Vereinzelt sind Lacher oder Applaus zu hören. Ganz überwiegend schien das Publikum jedoch in eine Art Schockstarre verfallen zu sein und wußte nicht recht mit der Situation umzugehen. Doch Neumeier überspielt die Situation und führt sichtlich erheitert aus: "Hab' ich nicht mit mehr Reaktionen gerechnet, als denen, die jetzt kamen".

3sat ist Teil des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. An dem TV-Sender sind das ZDF und die ARD jeweils mit 32,5 Prozent beteiligt. Das österreichische ORF und das Schweizer SRG halten 25 beziehungsweise 10 Prozent der Anteile.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 20. November 2023: >>**Niederbayern: Rentner verlieren ihr Tanzlokal an Asylbewerber**

Die Wellen schlagen hoch im niederbayerischen Straubing, seit bekannt ist, daß das vor allem bei Senioren beliebte Tanzlokal "Bienenkorb" geschlossen und zur Gemeinschaftsunterkunft für Migranten/Flüchtlinge umfunktioniert wird. Es ist das regionale Aufreger-Thema!

Jahrelang war der "Bienenkorb" die zentrale Anlaufstelle für Tanzfreudige in Niederbayern, darunter viele Rentner. Jetzt muß das beliebte Tanzlokal zum 30. November schließen.

Denn: In das Gebäude sollen Asylbewerber einziehen. Anfang des Jahres hatte ein Straubinger Gastronom das Gebäude gekauft - um, wie es schon damals hieß, das Tanzlokal zu einer lukrativen sogenannten Flüchtlingsunterkunft umzubauen. Der Gastronom ist übrigens Kreisvorsitzender der "Freien Wähler".<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 20. November 2023 (x1.344/...): >>**Das beste Mittel gegen Staatsverschuldung: Remigration!**

Die aktuelle Haushaltskrise könnte den Ampel-Spuk noch schneller beenden, als ein Sechsjähriger braucht, um ein Habeck-Buch bis zu Ende zu lesen: Jetzt, da nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes plötzlich 60 Milliarden Euro im Bundesetat fehlen, gehen sich die Landes-Vernichter im Kabinett gegenseitig an die Gurgel. Er fühle sich "gezwungen", zusammen mit Sozialdemokraten und Grünen zu regieren, bekannte FDP-Finanzminister Christian Lindner unlängst. Und Wirtschaftsminister Habeck wirft Lindner vor, nachdem der Mittelkürzungen vorgeschlagen hatte: "Alles nur Gerede".

Die Grünen haben kein Geld mehr, um ihre Klimaideologie zu finanzieren - und schon wird laut über neue Steuern, Steuererhöhungen oder über weitere Schulden nachgedacht. Auf das Naheliegende ist scheinbar noch niemand gekommen: Wir müssen überhaupt keine 60 Milliarden Euro für die widersinnigen Klimaprojekte der Ampel ausgeben. Wir können die Wirtschaft subventionieren, indem die Energiekosten gesenkt und Abgaben auf CO2 abgeschafft werden.

Und wir könnten jede Menge Geld sparen: Wenn wir zum Beispiel 300.000 illegale Migranten sofort wieder nach Hause schicken, statt ihnen ihren unrechtmäßigen Aufenthalt in Deutschland mit Geldleistungen zu versüßen. Und wenn wir endlich aufhören, jeden ins Land zu lassen, der an den Grenzen steht. Man könnte auch die wahnwitzigen Entwicklungshilfeszahlungen stoppen - in Länder, die uns wirtschaftlich schon überholt haben. Oder die Waffenhilfe, mit der weiterhin Kriege am Laufen gehalten werden.

Aber für all das reicht weder die Phantasie eines Kinderbuchautors, noch die Frustration eines gescheiterten FDP-Finanzministers. Dafür muß man einen Bezug zu Deutschland haben und dafür müssen einem die Menschen, die hier leben und arbeiten, am Herzen liegen. Das kann nur noch die AfD von sich behaupten. Und wir können auch den Streit in der Ampel beenden: Durch Neuwahlen und das Ende der Anti-Deutschland-Koalition aus SPD, Grünen und FDP.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 21. November 2023: >>**Weltsozialamt Deutschland: Bis zu 100.000 Euro kosten uns Steuerzahler diese Früchtchen - pro Nase und Jahr!**

Der Landkreis Greiz (98.000 Einwohner) in Ost-Thüringen bricht in diesem Jahr alle Rekorde in Sachen Migration: Fast 100.000 Euro jährlich kostet hier inzwischen die Steuerzahler einer der insgesamt rund 40.000 "unbegleiteten minderjährigen Ausländer" (Amtsdeutsch: UMA) in Deutschland. Ähnlich hohe Zahlen werden aus anderen Landkreisen gemeldet. Diese Früchtchen, von denen die Ämter oft nicht wissen, wie alt sie wirklich sind, fallen vor allem durch hohe Kriminalitätsraten auf!

Jetzt bekannt gewordene Zahlen zeigen den ganzen Wahnwitz der illegalen Masseneinwanderung: Im ost-thüringischen Landkreis Greiz entstehen für die Versorgung von sogenannten "unbegleiteten minderjährigen Ausländern" (UMA) im Regelfall monatliche Kosten von 8.300 Euro - aufs Jahr gerechnet also 99.600 Euro! Das bestätigte der Landkreis.

Um das UMA-Thema war es im Windschatten der Asylkrise etwa stiller geworden, seit zuletzt vor vier Jahren eine noch höhere Zahl aus Hessen hatte aufschrecken lassen: Sage und schreibe 8.469 Euro zahlte der hessische Staat (Steuerzahler) jeden Monat für jeden einzelnen ausländischen minderjährigen unbegleiteten Jugendlichen, meldete 2019 das Portal "Tichys

Einblick".

Durch einen Bericht der "Welt am Sonntag" geriet das Thema diese Woche wieder in den Fokus. Die Zuwanderung von unbegleiteten Jung-Migranten zieht demnach spürbar an - auf inzwischen fast 40.000. Die Kosten steigen rasant.

"Zahlen können auch deutlich höher ausfallen"

Laut Experten des Deutschen Landkreistages entstehen inzwischen bundesweit Kosten von mehr als 60.000 Euro pro Person und Jahr. Der Landkreistag hat zwar keine ausreichenden bundesweiten Daten zur Verfügung, um einen exakten Durchschnittswert zu nennen. Aber der für unbegleitete Minderjährige zuständige Fachmann des kommunalen Verbandes, Jörg Freese, sagt: "Die allgemeine Teuerung, die gestiegenen Gehaltstarife der Sozialpädagogen und die hohen Mietkosten für Wohngruppen schlagen in der Jugendhilfe voll durch."

- Die Zahlen können nach Angaben des Landkreistages auch deutlich höher liegen, wenn "individuell überdurchschnittliche Kosten" anfallen - wie etwa in Sachsen:

"Die Kosten für unbegleitete Minderjährige belaufen sich in der Folge im Schnitt auf 73 000 Euro pro Person und Jahr", sagt Erzgebirgs-Landrat Rico Anton. "Doch das Geld ist es nicht allein. Wir finden einfach keine Unterkünfte mehr, die den hohen Sozialstandards entsprechen."

- Rechnen wir der Einfachheit halber einmal mit durchschnittlichen Kosten von 60.000 bis 72.000 Euro. Allein das wäre ein mehrfacher Mindest-Monatslohn bzw. das Vielfache einer Durchschnittsrente in Deutschland! Das wären insgesamt mehr als 2,4 Milliarden Euro jährlich! Geld, das für die Versorgung von Ausländern verwendet wird, die nach geltender Rechtslage meist gar nicht hier sein dürften, von denen oft keiner so genau weiß, wie alt sie wirklich sind und von denen eine besonders hohe Zahl in der Kriminalstatistik auffällt!

Viele Jung-Migranten lügen beim Alter

In fast allen Bundesländern explodiert die Zahl der unbegleiteten minderjährigen Ausländer. In Baden-Württemberg zum Beispiel werden laut "Bild" bis zum Jahresende hochgerechnet 4.600 Einreisen erwartet -ein Plus von 440 Prozent (!) im Vergleich zu 2019. Durch Stichproben versucht die Landesregierung, das wahre Alter von erwachsen aussehenden, sich aber jugendlich ausgebenden Migranten festzustellen - mit überraschendem Ergebnis:

- Bei 42 von 87 getesteten Asylbewerbern stellten die Mediziner zweifelsfrei fest, daß die angeblich noch jugendlichen Migranten bereits volljährig sind. Das teilte das Sozialministerium auf Anfrage der AfD-Fraktion im Stuttgarter Landtag mit.

Joachim Walter, Präsident des Landkreistages Baden-Württemberg, berichtet: "Wegen der überlasteten Jugendhilfe hatten wir zuletzt schon Situationen, daß für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Amtsstuben Feldbetten aufgestellt werden oder daß Sozialpädagogen Jugendliche bei sich zu Hause schlafen lassen mußten, weil die Einrichtungen überfüllt sind."

Die Aufnahme unbegleiteter Zuwanderer in das aufwendige System der Jugendhilfe, das eigentlich für Kinder aus prekären Familienverhältnissen oder für Waisen geschaffen wurde, ist inzwischen zu einem Massenphänomen geworden.

Zählte das Statistische Bundesamt im Jahr 2005 noch rund 600 solcher "Inobhutnahmen nach Einreise aus dem Ausland" durch die Jugendämter, stieg die Zahl jährlich bis auf 4.800 im Jahr 2013, um dann im Zuge der Migrationskrise - nach vorübergehender Rückläufigkeit (Corona) - in den letzten beiden Jahren regelrecht zu explodieren. Aktuell leben (Stand 13. November) "39.578 unbegleitete Minderjährige und junge Volljährige in jugendhilferechtlicher Zuständigkeit", bestätigt das Bundesfamilienministerium.

Vielfach kommen sogenannte UMAs als "Quartiermacher" oder "Ankerkinder" für den Familiennachzug. Für die Unterbringung der "Vorhut" sind vor allem Jugendhilfeeinrichtungen belegt sowie Wohnungen angemietet worden. Es erfolgt eine personalintensive und damit teure sozialpädagogische Einzelfallhilfe - praktisch rund um die Uhr. Erkennbar junge minder-

jährige Ausländer werden teilweise auch in Gastfamilien untergebracht und durch den Pflegekinderdienst betreut. Mitunter kommt es auch zu Hotelunterbringungen mit begleitender ambulanter Jugendhilfe.

Der hessische AfD-Landtagsabgeordnete Volker Richter, migrationspolitischer Sprecher seiner Fraktion im Wiesbadener Landtag, kommentierte die Zahlen aus Hessen so: "Im Durchschnitt wird in Hessen für ein eingewandertes UMA-Kind monatlich mehr als das 41-fache des Kindergeldes ausgegeben. Steht einem UMA-Kind 41-Mal so viel Geld zu wie einem Kind, dessen Eltern in Deutschland wohnen?"<<

Das MitgliederMagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 22. November 2023 (x1.344/...): >>**Migranten richten in Frankreich gezielt Blutbad unter Weißen an. Die Saat dafür gedeiht auch hier!**

Weil sie Weiße hassen, haben 20 junge Migranten in Frankreich ein Blutbad angerichtet. In Crépol, einer ländlichen Gemeinde südlich von Lyon, überfielen die Männer, die extra dafür aus einer 17 Kilometer entfernten Plattenbausiedlung angereist waren, eine Feier und gingen mit Messern auf ihre Opfer los. Dabei riefen sie laut Zeugen "Wir wollen Weiße abstechen". Ein Jugendlicher wurde getötet, 16 weitere Menschen zum Teil schwer verletzt, einem wurden die Finger abgehackt. Der Fall wurde offenbar tagelang von den französischen Medien und der Politik verschwiegen. Kein Wunder - paßt er doch so gar nicht in das Bild, welches seit Jahren von vermeintlich "Schutzsuchenden" gezeichnet wird.

Wie lange wird es noch dauern, bis so etwas auch in Deutschland passiert? Daß "Gruppen junger Männer" Jagd auf Frauen machen, um sie zu vergewaltigen, geschieht hier laut Statistik bereits zwei Mal täglich. Daß solche Täter dann auch mit Tötungsabsichten losziehen, wird nur eine Frage der Zeit sein. Auch in Deutschland müssen wir Lehren aus dem rassistischen Mordanschlag von Crépol ziehen:

Wir müssen endlich unsere Grenzen schützen und illegale Migranten abschieben. Wir müssen Gewalttäter endlich hart bestrafen und den Migrantenbonus, der ja scheinbar oft die Urteile mildert, abschaffen. Und wir müssen den permanenten Selbsthaß, der von Politik und Medien täglich gepredigt wird, endlich aufgeben. Es wird Zeit für die blaue Wende - denn mittlerweile geht offensichtlich schon ums nackte Überleben!<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. November 2023:

>>**Niederlande-Wahl: Historischer Sieg für Geert Wilders**

Von *Sven Reuth*

Parlamentswahl Niederlande: Geert Wilders gewinnt mit seiner "Partei für die Freiheit" (PVV) laut Prognosen die heutige Parlamentswahl in den Niederlanden mit deutlichen Abstand vor dem Linksbündnis aus niederländischer SPD und Grünen.

Damit wird erstmals in der Geschichte des Landes eine rechte Partei stärkste Kraft des Landes. Wilders will die niederländischen Grenzen für Asyl-Forderer komplett schließen.

Auf Platz 2 kommt das von Ex-EU-Kommissar Frans Timmermanns geführte Bündnis aus niederländischen Sozialdemokraten und Grünen, das laut Prognose 26 Mandate erringt und damit neun Mandate hinter der Wilders-Partei liegt. Das ist eine klare Niederlage für das in den Medien zuvor maßlos hochgejubelte Timmermanns-Bündnis.

Auf Platz 3 liegt die rechtsliberale VVD des bisherigen Ministerpräsidenten Mark Rutte mit 23 Mandaten. Die VVD hat eine Zusammenarbeit mit der Wilders-Partei vor der Wahl ausdrücklich nicht ausgeschlossen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. November 2023:

>>**"Weiße abstechen" - Das Massaker von Crépol**

Von *Sven Reuth*

Die Migrantengewalt gegen die autochthone Bevölkerung nimmt zunehmend Züge eines gezielten Massakers an. Die zukünftigen Gewalttäter sind schon auf dem Weg zu uns. ...

Sie wollten erklärtermaßen "Weiße abstechen" - und ließen ihren rassistischen Parolen abscheuliche Taten folgen. Ganz Frankreich befindet sich derzeit in heller Aufregung wegen eines Massakers in der 500-Seelen-Gemeinde Crépol, die im südfranzösischen Département Drome liegt.

Hier überfiel eine Migrantengang in der Nacht von Samstag auf Sonntag den von 350 überwiegend jungen Menschen besuchten Winterball im örtlichen Gemeindehaus und wendete dabei unfaßbare Brutalität an. Am Ende waren auf Seiten der Dorfbewohner ein 16jähriges Mordopfer, drei Schwerverletzte sowie zehn Leichtverletzte zu beklagen. Die Täter sollen aus einer "Sozialbausiedlung" stammen, wie die Frankfurter Allgemeine Zeitung berichtet.

"Feiernde grundlos abstechen"

Unwürdig, abgrundtief feige und vom üblichen Autorassismus geprägt war dann auch der Umgang mit der Bluttat, die mehrere Tage lang von der Regierung beschwiegen wurde. Erst heute veröffentlichte die Staatsanwaltschaft Grenoble eine Presseerklärung in der der Hergang des Verbrechens beschrieben wurde. Demnach tauchten am Sonntag um zwei Uhr früh mindestens zehn männliche Personen mit Migrationshintergrund in Crépol auf, die Einlaß zum Winterball beehrten.

Die Eindringlinge zückten Messer, woraufhin einige Besucher des Festes den Wachleuten zur Hilfe kamen. Die Staatsanwaltschaft Grenoble hat mittlerweile ermittelt, daß die Täter offenbar einer "organisierten Bande" angehörten und "ihr Kommen wahrscheinlich ein geplantes Unternehmen war."

Die von der Zeitung Le Parisien zitierte Augenzeugin Emanuelle Place äußerte mit Blick auf die einmal mehr verharmlosende Berichterstattung der etablierten Medien, es sei "keine Schlägerei", sondern ein "Überfall" gewesen. Außerdem äußerte sie:

"Die Täter sind gekommen, um die Feiernden grundlos abzustechen."

Weiße als Freiwild

Die Regionalzeitung Le Dauphiné Libéré zitiert einen Zeugen, der hörte, wie die Angreifer riefen:

"Wir wollen Weiße abstechen."

Der französische Innenminister Gérald Darmanin von der Macron-Partei "Renaissance" äußerte:

"Wir wissen nicht genau, was geschehen ist, oder besser, wir wissen es nur allzu gut."

Richtig, wir wissen es nur allzu gut. Die Flammenzeichen stehen schon hell leuchtend an die Wand geschrieben und sie verheißen der autochthonen Bevölkerung insbesondere in den westeuropäischen Ländern nichts Gutes. Die unglaublich starke Zuwanderung aus Afrika und Asien macht sie nicht nur zu Fremden im eigenen Land, sondern bringt sie zunehmend auch in Lebensgefahr.

Marion Maréchal, Spitzenkandidatin der Partei "Reconquete!" für die kommenden Europawahlen, äußerte auf X (vormals Twitter):

"Du kommst - wie auch ich - nicht über den Mord an Thomas in Crépol hinweg. Dabei handelt es sich weder um eine Schlägerei in einem Nachtclub noch um eine einfache "Schlägerei". Das ist Rassismus gegen Weiße. Es ist an der Zeit, entschieden auf die Täter zu reagieren, bevor das Leben in Frankreich zur Hölle wird."

"Sie werden bald in die Häuser eindringen"

Der konservative kanadische Soziologe Mathieu Bock-Coté äußerte:

"Der Angriff hatte eine Dimension der Eroberung. Das nächste Mal werden sie in die Häuser eindringen."

So ist es. Die großen Massaker an den Europäern stehen wohl noch bevor.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 23 November 2023: >>Desaster für die Etablierten: Migrationskritiker Geert Wilders gewinnt Parlamentswahl in den Niederlanden

Dieser Paukenschlag ist in ganz Europa zu hören: Geert Wilders hat mit seiner Migrations- und EU-kritischen "Partei für die Freiheit" (PVV) die Parlamentswahlen in den Niederlanden klar gewonnen. Die PVV gewinnt nach den letzten Hochrechnungen 37 der 150 Sitze im Haager Parlament und hat damit ihre Mandatszahl mehr als verdoppelt.

Abgeschlagen auf Platz zwei liegt trotz Stimmengewinnen das "grün-linke Bündnis" von Ex-EU-Kommissar Frans Timmermans mit 25 Sitzen. Die liberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD) des bisherigen Ministerpräsidenten Mark Rutte verliert mit ihrer Spitzenkandidatin Dilan Yesilgöz (46) ein Viertel ihrer Sitze und erreicht nur noch 24 Mandate und Platz drei. Die erst vor wenigen Wochen neugegründete Zentrumsparterie "Neuer Sozialer Vertrag" (NSC) unter dem ehemaligen Christdemokraten Pieter Omtzigt gewinnt auf Anhieb 20 Sitze.

Der 60-jährige Wilders, der 2006 die PVV als Islamisierungsgegner-Partei gegründet hatte und seither die niederländische Politik aufmischt, meldet selbstbewußt den Anspruch auf das Amt des Ministerpräsidenten an. Er wolle "dafür sorgen, daß der Niederländer wieder an erster Stelle kommt". Der "Asyl-Tsunami" müsse beschränkt werden, als Regierungschef werde er als erste Maßnahme die Grenzen schließen. Der Wille der Wähler dürfe auf keinen Fall übergangen werden.

Von den Etablierten waren Wilders und seine PVV stets ausgegrenzt und in die "rechte Ecke" gestellt worden; jetzt sieht es so aus, als könnte nur schwer an ihm vorbeiregiert werden. Geert Wilders, der früher mit Forderungen nach einem Koran-Verbot und der Schließung sämtlicher Moscheen Furore gemacht hatte, hat im Wahlkampf bereits einige extreme Positionen zurückgenommen und anstelle der Islamkritik die Migrations- und Sozialpolitik in den Vordergrund gerückt. Er sei zur Zusammenarbeit bereit, erklärte Wilders am Wahlabend; dazu müßten "alle Parteien - auch die unsere - über ihren Schatten springen".

Anders als Premier Rutte hat die kurdischstämmige Spitzenkandidatin der bisherigen Regierungspartei VVD Dilan Yesilgöz, die sich selbst Hoffnungen auf das Amt des Ministerpräsidenten gemacht hatte, eine Koalition mit Wilders nicht grundsätzlich ausgeschlossen. Der neue Mann Pieter Omtzigt war im Wahlkampf zwar auf Distanz zu Wilders gegangen, hatte aber auch die etablierten Kräfte scharf attackiert.

Das Desaster, das die gut 13 Millionen wahlberechtigten Niederländer den etablierten Kräften bereitet haben, ist auch ein Spiegelbild der Krisen, die die Niederlande zuletzt erschüttert haben. Der Migrantenansturm ist auch bei unseren niederländischen Nachbarn außer Kontrolle; Merkel-Freund Mark Rutte hat die Neuwahlen auch deswegen initiiert, weil er die Migrationskrise nicht in den Griff bekam und Gerüchten zufolge das Amt des Nato-Generalsekretärs anstrebt.

Ein deutliches Signal ist die Abfuhr für den Sozialisten Timmermans, unter Ursula von der Leyen "Klimaschutz-Kommissar" und erster geschäftsführender Vizepräsident der EU-Kommission. Daß seine "grün-linke Allianz" trotz massiven medialen Rückenwinds weit hinter den Erwartungen zurückblieb, ist nicht zuletzt eine Quittung für die von ihm verantwortete radikale und bürgerfeindliche "Klima-Ideologie" der EU, die von der Regierung Rutte mit einem regelrechten Krieg gegen die eigene Bauernschaft dogmatisch umgesetzt worden war.

In jedem Fall wird das niederländische Erdbeben die etablierte politische Klasse in ganz Europa erschüttern. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán, der Wilders als einer der ersten zum Wahlsieg gratulierte, beschwor in seiner Botschaft den "Wind der Veränderung", der angebrochen sei. Weniger poetisch, aber nicht minder unmißverständlich die Glückwünsche von AfD-Chefin Alice Weidel in niederländischer und deutscher Sprache: "Ganz Europa will die

politische Wende!"<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/23" berichtete am 24. November 2023 (x1.387/...): >>>Asylkrise: Dynamik des Irrsinns

Dieter Stein

In Berlin finden sich in der Innenstadt immer seltener Brücken, unter denen keine Matratzen liegen oder kleine Zelte aufgeschlagen sind. Wer auf der Kaiser-Friedrich-Straße die S-Bahn am Bahnhof Charlottenburg unterquert, passiert Dutzende dicht an dicht liegender wilder Schlafplätze. Asylanten liegen dort nicht.

Im Kontrast zur grassierenden "normalen" Obdachlosigkeit wird jetzt das Dormero Hotel Ku'damm zum Symbol einer immer absurderen Asylpolitik. In der Vier-Sterne-Nobelherberge mit Gründerzeit-Fassade läßt Bürgermeister Kai Wegner (CDU) jetzt 100 Asylbewerber aus Syrien, Afghanistan und der Türkei unterbringen. Für die 72 Zimmer und acht Suiten stellen die Hoteleigner den deutschen Steuerzahlern 280.000 Euro pro Monat in Rechnung.

Was werden die Bilder des Berliner Luxushotels in Migranten in Syrien und Afghanistan auslösen?

Was werden die Bilder dieses Hotels in Afghanistan, Syrien und der Türkei auslösen, wenn Verwandte sie per WhatsApp oder über Facebook zu sehen bekommen? Botschaft: Kommt alle nach, die Deutschen wissen nicht, wohin mit ihrem Geld?

Während die Bundespolizei soeben mit 112.178 illegal bis Ende Oktober eingereisten Migranten den höchsten Stand seit 2015 meldet, zeichnet sich noch immer keine Änderung in der Migrationspolitik ab. Im Kurort Baden-Baden quartiert die Stadt jetzt Asylbewerber im "Schwarzwaldwohntift", einem gediegenen Altenheim ein, das von deutschen Senioren bewohnt wird.

Unter ihnen macht sich Angst breit, "gegen Flüchtlinge ausgetauscht zu werden", wie eine Altenpflegerin schildert. Einzelnen betagten Bewohnern wurden Kündigungsbescheide der Eigentümer geschickt, um weiteren Platz für Migranten zu schaffen. Der Baubürgermeister bezeichnet das Ganze als "Ressourcendesaster", bei dem leider "Verteilungskämpfe unabwendbar" seien.

Aus allen Kommunen häufen sich solche Meldungen. Doch der Staat handelt noch immer nicht. Höchste Priorität angesichts explodierender Migrationszahlen müßte Abschreckung haben. Abschreckung durch scharfe Grenzkontrollen und Zurückweisungen. Abschreckung durch Kürzung von Sozialleistungen und Umstellung auf Sachleistungen. Abschreckung durch Unterbringung in wirklichen Notunterkünften.

Doch statt dessen zeichnet sich am Horizont eine weitere Migrationswelle ab. Erste Stimmen werden lauter, Migranten aus dem Gazastreifen aufzunehmen. Dann wird der Irrsinn endgültig auf die Spitze getrieben. Um Bürger nicht in Unruhe zu versetzen, gehen Kommunen dazu über, immer später über neue Asylunterkünfte zu informieren. Der Sozialdezernent der Stadt Köln, Harald Rau, will damit "Dynamiken" verhindern, die solche Ankündigungen unerfreulicherweise auslösen. Doch viel massivere demokratische Dynamiken sind überfällig, um diese Politik zu stoppen.<<

Die deutsche Wochenzeitung "Junge Freiheit 48/23" berichtete am 24. November 2023 (x1.387/...): >>>Neue Stoßzeiten hinter edler Fassade

Profiteure der Politik: Weil Unterkünfte für Asylbewerber fehlen, mietet Berlins Senat Zimmer in einem Nobelhotel an

Hinrich Rohbohm

Es ist eine Situation mit sozialem Sprengstoff. Während Tausende Berliner keine Wohnung mehr finden, Sozialunterkünfte aus den Nähten platzen und die Tafel-Vereine kaum noch alle bedürftigen Menschen versorgen können, logieren in Berlin zumeist illegal ins Land gereiste Migranten in bester Lage in einem Luxushotel mit 72 Zimmern und acht Suiten in unmittelba-

rer Nähe zum noblen Kurfürstendamm.

Was sich wie ein Scherz oder "Fake-News" anhört, ist Realität. Bezahlt vom Berliner Senat, der sich bei der Asyllobby-Organisation Seebrücke als sogenannter "Sicherer Hafen" hat eintragen lassen. Mit der Bereitschaft verbunden, mehr Migranten in der Stadt aufzunehmen.

Bei der Nobelunterkunft handelt es sich um das Dormero Hotel - Berlin Ku'damm, ein Edel-Altbau aus der Gründerzeit, nahe am berühmten Kaufhaus des Westens, kurz KaDeWe, und dem Bahnhof Zoologischer Garten gelegen. Statt Hotelgästen wohnen hier nun hundert Einwanderer aus Syrien, der Türkei und Afghanistan. Ab dem 1. Dezember soll sich ihre Zahl auf 166 erhöhen.

Pro Migrant und pro Tag zahlt der Senat dem Hotelbetreiber einen Pauschalbetrag in Höhe von 56,36 Euro. Steuergeld von mehr als 9.000 Euro pro Tag und somit rund 280.000 Euro im Monat. Das Hotel sei "speziell für Familien" und "bis Ende Juni gemietet", teilt Michael Berger, Prokurist der Dormero Deutschland Betriebs GmbH, auf Nachfrage der JUNGEN FREIHEIT mit.

Was bedeutet, daß das Unternehmen für die Unterbringung der Asylbewerber bis zum Sommer nächsten Jahres knapp zwei Millionen Euro vom Staat erhalten wird. Trotz "All-Inclusive-Pauschale", bei der die Kosten für Sicherheitsdienst, Reinigung, Verwaltung und soziale Betreuung bereits eingepreist sind, ein äußerst lukratives Geschäft. So lukrativ, daß reguläre Hotelbuchungen von der Nobelherberge inzwischen nicht mehr angenommen werden.

Doch in den Augen der Firma ist es für beide Seiten ein gutes Geschäft: "Dies zeigt deutlich, daß die temporäre Unterbringung in Hotels die bessere und günstigere Art und Weise der Unterbringung ist, als öffentliche Einrichtungen teuer und für viel Geld umzuwandeln", schreibt Dormero der JF.

Es klingt wie ein Bewerbungsschreiben für weitere Staatsaufträge dieser Art.

Tatsächlich ist Berlin auch bei weitem nicht der einzige Standort der Hotelkette, in dem Migranten untergebracht sind. Auch in Dresden, Stuttgart und Frankfurt sind Dormero-Hotels mit Flüchtlingen und Migranten belegt. Anfang vergangenen Jahres hatte Dormero unmittelbar nach dem Überfall Rußlands auf die Ukraine bereits Flüchtlinge in seinem Haus in Hoyerswerda untergebracht.

Damals waren die Zimmer noch vom Finanzunternehmer Carsten Maschmeyer angemietet worden, der pikanterweise Ende der neunziger Jahre noch durch seine finanzielle Unterstützung des Bundeskanzlers und späteren russischen Gas-Lobbyisten Gerhard Schröder (SPD) für Schlagzeilen sorgte. Maschmeyer sitzt mit der ehemaligen Bundestagsabgeordneten Dagmar Wöhrle (CSU) in der Jury der beliebten Fernsehsendung "Die Höhle der Löwen". Dabei war es zu der Idee der Unterbringung von Flüchtlingen in Hotels gekommen.

Ausgerechnet in jener Hotelgruppe, in der Dagmar Wöhrles Sohn Marcus zu jener Zeit als Geschäftsführer fungierte. Und an dem Geschäft scheint Dormero offenbar Gefallen gefunden zu haben. Verwunderlich ist das nicht. Denn statt des Maschmeyer-Geldes fließen mittlerweile verlässlich Millionen an Steuergeldern als Gegenleistung für die Unterbringung von Flüchtlingen und Migranten ins Unternehmen.

Bezug zur Partei, die restriktive Migrationspolitik fordert

Und weil die Asylkrise in Deutschland weiter anhält, geraten die Kommunen zunehmend in Schwierigkeiten, Unterkünfte für die Neuankömmlinge aufzutreiben (siehe Infokasten). Die Hotels bieten sich für sie oft als willkommene Übergangslösung an. Andererseits können diese wiederum aufgrund der Engpässe bei der Unterbringung lukrative Verträge für sich aushandeln und den Preis nach oben schrauben.

Für die CSU ist die Verbindung zur Wöhrle-Familie heikel. Dagmar Wöhrle gilt in der Partei seit längerem als schillernde Figur, die eine Zeitlang zur Führungsebene der Partei gehörte. In

den frühen siebziger Jahren hatte sie noch unter dem Pseudonym Sandra Monte in dem Softpornofilm "Die Stoßburg - wenn nachts die Keuschheitsgürtel klappern" mitgewirkt. 1977 war sie zur Miss Germany gekürt worden.

1984 erregte sie Aufmerksamkeit durch die Hochzeit mit dem Modeunternehmer und Multimillionär Hans Rudolf Wöhrl, ehe sie Mitte der neunziger Jahre zur CSU-Politgröße aufstieg. Als Landesschatzmeisterin gehörte sie dem Präsidium und Landesvorstand der Partei an. Einer Partei, die sich stets für eine restriktive Migrationspolitik stark gemacht hatte.

Auch ihr Sohn Marcus Wöhrl war vor seiner Zeit als Dormero-Geschäftsführer in der CSU aktiv, kandidierte zweimal erfolglos für das Europaparlament. Nachdem seine Mutter 2009 nicht wieder für das Amt der Parlamentarischen Staatssekretärin im Bundeswirtschaftsministerium nominiert worden war, hatte er die Partei jedoch verlassen. Ende Mai vorigen Jahres zog er sich aus dem operativen Geschäft der Dormero-Gruppe zurück. Dem Unternehmen ist er heute jedoch noch als Inhaber der als Dormero-Markeninhaber fungierenden Immobilienfirma MMW Holding GmbH beratend verbunden.

2018 hatte es schon einmal Furore um eine Christdemokratin gegeben, die ein von ihr gepachtetes Hotel zur Migrantunterkunft umfunktioniert hatte und dafür vom Staat hohe Summen kassierte. Seinerzeit hatte die Stadt Köln der ehemaligen CDU-Landtagskandidatin Andrea Horitzky pro Migrant und Tag 35 Euro gezahlt. Laufzeit: sieben Jahre. Dabei hatte sich die Kölner CDU ausdrücklich dagegen ausgesprochen, Asylanten in Hotels unterzubringen. Zu dieser Zeit im Kölner Parteivorstand ebenfalls dabei: Andrea Horitzky.

Platzmangel und Verdrängung

Die Fälle, in denen andere Einrichtungen für die Unterbringung von Zuwanderern umgewidmet werden, häufen sich. So hat die Stadt Baden-Baden zahlreiche Asylbewerber gegen den Willen von Einwohnern und Pflegekräften in einem Seniorenheim untergebracht. "Kinder sind nun mal laut, das dürfen sie ja auch sein. Aber jetzt wohnen zwei Familien mit Kleinkindern direkt neben einer 97 Jahre alten Dame", empörte sich die Chef-Pflegerin des Schwarzwaldwohnstifts Lichtental, Manuela Anselm, gegenüber der Welt.

Eine der hochbetagten Damen sei völlig verängstigt gewesen: "Sie war durch Kinderstimmen wach geworden und hat geglaubt, sie habe Halluzinationen." Das Vorgehen der Stadt und den Umgang mit den Bewohnern nannte Anselm "skrupellos". In das Haus sind nach Angaben des Blattes vor allem Frauen aus Kamerun, Nigeria, Georgien und der Ukraine eingezogen. Die Bewohner lebten nun in der Angst, "gegen Flüchtlinge ausgetauscht zu werden", kritisierte die Pflegeleiterin.

Und tatsächlich hatte der Eigentümer der Immobilie 34 der zum Teil kranken Senioren bereits Räumungsaufforderungen geschickt, zog diese aber nach Protesten vorerst zurück. Mittlerweile hat sich eine Initiative gegründet, um die Stadt zu drängen, die Asyl-Mietverträge zu kündigen. "Wir wollen wieder eine reine Senioreneinrichtung sein", sagte einer der Initiatoren, der selbst betroffen ist, der Welt. Auch eine Klage werde erwogen. "Aus unserer Sicht handelt es sich hier nicht um eine Initiative für Flüchtlinge, sondern um das Ausquartieren von Bewohnern zugunsten des Erschleichens höherer Mieterträge", betonte der Initiator.

Die Stadtverwaltung selbst kündigte an, keine neuen freiwerdenden Wohnungen in der Seniorenresidenz anzumieten. Ein ähnlicher Fall sorgte dieser Tage auch im sächsischen Meißen für Aufregung. Dort sollen nach Plänen des Landkreises Migranten im Altenpflegeheim "Hugo Tzschucke" untergebracht werden.

Wie die Diakonie als Betreiber gegenüber der Bild-Zeitung bestätigte, sollen bereits ab 1. Dezember in einem bisher zur Kurzzeitpflege genutzten Haus der Anlage zunächst acht, später dann bis zu 16 sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge untergebracht werden. Die Kurzzeitpflege war wegen Personalmangels geschlossen worden. Unter den Anwohnern und in der Nachbarschaft regt sich Protest gegen die Pläne. (ho/pf)<<

Das Mitgliedermagazin der deutschen Partei Alternative für Deutschland "AfD Kompakt" berichtete am 27. November 2023 (x1.344/...): >>**Festgenommener Syrer vergewaltigt direkt nach Freilassung junge Frau!**

Während Außenministerin Baerbock über "feministische Außenpolitik" philosophiert, erleiden immer mehr Frauen in Deutschland ein Martyrium. Ein besonders krasser Fall zeigt nun erneut das schreckliche Scheitern der Migrationspolitik: Ein als "Flüchtling" nach Deutschland eingereister Syrer würgte eine 78-jährige Frau und tötete sie beinahe. Obwohl er beim polizeilichen Zugriff dann auch noch Widerstand leistete, ließ die zuständige Staatsanwältin ihn laufen und führte ihn nicht einem Haftrichter vor. Das Ergebnis: Nur einen Tag später vergewaltigte der 25-jährige Syrer eine andere Frau.

Derartige Taten sind mit ihrer unfassbaren Brutalität zum Alltag in Deutschland geworden. Die etablierten Parteien, die von ihrer Migrationsbegeisterung nicht lassen können, reden verharmlosend von "Einzelfällen" und leugnen weiterhin den Zusammenhang zwischen der Massmigration und der Jagd auf Frauen. Für die AfD sind solche Taten keine Randnotiz, sondern alarmierende Entwicklungen. Wir werden deshalb handeln und kriminelle sowie illegal eingereiste Zuwanderer konsequent abschieben. Denn schon nach der Würg-Attacke hätte es für den Syrer nur eine Konsequenz geben dürfen: Sofortige Rückführung in dessen Heimat!

Viele weitere "Einzelfälle" auf: Einzelfallticker<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 27. November 2023: >>**Ausländerkriminalität: BKA warnt vor einer "Welle der Gewalt"!**

Jahrelang wurde es als "rechte Verschwörungstheorie" abgetan, nun gibt es die Bundesregierung in Gestalt der Totalversagerin Nancy Faeser (SPD) ganz offen zu: Die zügellose Masseneinwanderung bewirkt, daß Deutschland immer mehr Kriminalität importiert. Mittlerweile spricht selbst der Präsident des Bundeskriminalamts (BKA) von einer "Welle der Gewalt".

Es sind alarmierende Zahlen, die dieser Tage bekannt wurden. Da wundert es kaum, daß diese Zahlen von einem Großteil der Mainstream-Medien entweder unterdrückt oder kleingeredet werden. Denn es sind Zahlen, die nur einen Rückschluß zulassen: Der deutsche Staat hat die Kontrolle über die Ausländerkriminalität hierzulande verloren!

Selbst Bundesinnenministerin Nancy Faeser (SPD) räumt jetzt ein: Ursächlich für die Gewalt sei eine "neue Migrationsdynamik, verbunden mit der Herausforderung, viele Menschen gleichzeitig zu integrieren."

"Migranten blicken anders auf Gewalt"

Faeser wäre nicht Faeser, wenn sie nicht zugleich Verständnis hätte für die Gewalttäter, die mit der Masseneinwanderungswelle nach Deutschland gespült werden. Auf der BKA-Herbsttagung sagte die Ministerin in der vergangenen Woche: "Wer vor Krieg und Armut geflohen ist, wer Stacheldraht überwunden und Schlepperboote überlebt hat, blickt anders auf Gewalt. Wer sich im neuen Umfeld fremd fühlt, sich schlecht verständigen kann, keinen Zugang zum Arbeitsmarkt finden und keine Perspektive sieht, läuft schneller Gefahr, auch Gewalttäter zu werden."

Mit anderen Worten: Migranten können eigentlich nichts dafür, wenn sie in Deutschland morden, rauben oder vergewaltigen - sie blicken halt "anders" auf Gewalt!

- Gewaltdelikte (Mord, Totschlag, Raub, Vergewaltigung, schwere Körperverletzung) sind laut Bundeskriminalamt im ersten Halbjahr 2023 regelrecht explodiert. Das BKA verzeichnet vorläufigen Zahlen zufolge einen Anstieg um 17 Prozent gegenüber dem ersten Halbjahr 2022. Die Zahl der nicht-deutschen Tatverdächtigen nahm dabei um 23 Prozent zu, die deutscher Tatverdächtige dagegen nur um acht Prozent.

BKA-Chef Holger Münch sprach denn auch von einer "sehr auffälligen" Entwicklung - mehr und mehr stünden die Tatorte in einem "Bezug zu Fluchtmigration".

- Die Zahl der nicht-deutschen Tatverdächtigen im Jugendalter stieg besonders dramatisch an

- um erschreckende 37 Prozent!

Ein Brennpunkt der Ausländerkriminalität ist neben Berlin und Köln die Hansestadt Hamburg. So habe sich bei Mord und Totschlag die Zahl der Fälle allein von Januar bis Mai 2023 auf 46 Taten mehr als verdoppelt, berichtet das "Hamburger Abendblatt". Die Zahl der schweren Sexualdelikte wie Vergewaltigung oder sexuelle Nötigung stieg in der Hansestadt um 72,4 Prozent von 76 auf 131 Fälle.

Außerdem wurden von Januar bis Mai 2023 818 Raubdelikte angezeigt. 170 mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres - ein Plus um 26,2 Prozent. Gefährliche Körperverletzungen stiegen um 17,1 Prozent auf 2305 Fälle. Sexualstraftaten insgesamt nahmen um 180 Prozent zu.

Im Frühjahr 2024 legt das BKA die neue offizielle Kriminalstatistik vor. Schon jetzt ist absehbar: Es dürfte mit Blick auf die Ausländerkriminalität ein mehr als ernüchternder Report werden!<<

Das deutsche Online-Magazin "Apollo News" berichtete am 29. November 2023 (x1.345/...):
>>**16-Jähriger Franzose getötet**

Bluttat von Migranten in Crépol: die Tagesschau berichtet nur von "Rechtsextremen"

Fast zwei Wochen nachdem ein 16-Jähriger bei einem Überfall arabischstämmiger Jugendlicher auf ein Dorffest im französischen Crépol getötet wurde, berichtet die Tagesschau über den Fall. Doch nicht über das Blutbad, das laut Augenzeugen ein weißenfeindliches Motiv hatte oder über die vielen friedlichen Proteste, sondern nur über Aufmärsche von "Rechtsextremen".

"Rechtsextremismus", mit diesem Hashtag versah die Tagesschau auf X (vormals Twitter) ihren Artikel über den Überfall auf ein Dorffest in der französischen Gemeinde Crépol. Der Bericht kommt fast zwei Wochen nachdem arabischstämmige Jugendliche aus einem weißenfeindlichen Motiv mit Messern auf Besucher des "Wintertanzes" losgegangen seien sollen und dabei den 16-jährigen Thomas töteten. Doch um die Bluttat geht es der Tagesschau nicht, sondern um die Proteste die daraufhin in Frankreich ausbrachen - um einen Aufmarsch "Rechtsextremer".

"Rechtsextreme hatten den Angriff als 'antiweißen Rassismus' bezeichnet", schreibt die Tagesschau zu dem schrecklichen Blutbad, daß sich am 18. November in der 500-Einwohner Gemeinde abspielte. Ohne dabei zu erwähnen, daß es Berichte von Zeugen sind, die von weißenfeindlichen Motiven sprechen - daß die Täter laut einem Zeugen "Wir wollen Weiße abstechen" gerufen haben sollen.

Thomas wurde mit Messerstichen in Brust und Herz getötet

Die Tagesschau macht sich nicht die Mühe, den Tatablauf näher zu beschreiben - erwähnt nicht, daß zehn bis zwanzig ortsfremde Jugendliche gegen 1.30 Uhr bei dem Fest erschienen sein sollen. Auch nicht, daß die Türsteher bereits zwei von ihnen Messer abnahmen, bevor es zu einem Streit mit Fest-Besuchern kam. Der 16-jährige Thomas, der kurz danach angegriffen wurde, wurde mit Messerstichen in Brust und Herz getötet. Zwei weitere Personen im Alter von 23 und 28 Jahren wurden schwer verletzt in ein Krankenhaus gebracht, insgesamt 17 Personen wurden verletzt - einem der Opfer sollen mehrere Finger abgetrennt worden sein.

Die Tagesschau verweist einzig darauf, daß es laut Staatsanwaltschaft "bislang 'weder hinreichende noch juristisch entscheidende' Hinweise" darauf gebe, "daß der Mord an Thomas eine Tat gegen Weiße war". Der mutmaßliche Täter, der inzwischen festgenommen wurde, habe die französische Nationalität. Insgesamt nahm die Polizei neun Tatverdächtige fest - darunter drei Minderjährige. Die anderen sollen zwischen 19 und 22 Jahre alt sein.

Kein Wort zu friedlichen Protesten

Statt sich mit Details herumzuschlagen, berichtet die ARD ausführlich, daß "Rechtsextreme" am vergangenen Samstag in Roman-sur-Isère, aus dem die Täter stammen sollen, aufmar-

schiert seien und "ausländerfeindliche Parolen wie 'Frankreich den Franzosen' oder 'Die Straße und Frankreich gehören uns'" gerufen haben sollen. Der französische Innenminister Gérald Darmanin habe daraufhin von einer "Mobilisierung, die sich Bürgerkrieg wünscht" gesprochen und das Verbot von "drei rechtsextremen Gruppen" angekündigt.

Von den vielen friedlichen Demonstrationen in den letzten zehn Tagen berichtet die Tageschau nicht. Nicht davon, daß Bürger Luftballons in Gedenken an den getöteten Thomas aufsteigen ließen oder das Freunde des 16-jährigen einen Trauermarsch zu seinen Ehren veranstalteten. Das große Leid - die Wut und Trauer - in der Gemeinde Crépol scheint beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk wenig zu interessieren.<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 30. November 2023: >>**Weihnachtsmärkte: Terror-Alarm und Teuer-Schock verderben uns die Vorfreude aufs Fest!**

Es duftet nach Bratwurst, gerösteten Mandeln, Glühwein und Kerzen: Nun hat auch Deutschlands ältester Christmarkt, der Dresdner Striezelmarkt, eröffnet.

Doch die Weihnachtsmärkte, eine der schönsten deutschen Traditionen, sind seit Beginn der unkontrollierten Masseneinwanderung längst kein ungetrübtes Vergnügen mehr. Immer mehr Menschen bleiben lieber zu Hause - aus Angst vor Terroranschlägen, aber auch weil sich viele Familien die Preise nicht mehr leisten können!

Terror-Alarm im Rheinland: Zwei jugendliche Islamisten wollten Medienberichten zufolge offenbar noch in dieser Woche einen Anschlag auf einen Weihnachtsmarkt, vermutlich in Leverkusen, verüben. Auch von Anschlagplanungen auf eine Kölner Synagoge war zunächst die Rede.

In der Kleinstadt Burscheid im Rheinisch-Bergischen Kreis nahm die Polizei Edris D., einen 15 Jahre alten sogenannten "Deutsch-Afghanen", fest, nachdem das Bundesamt für Verfassungsschutz Hinweise zu einem verdächtigen Telegram-Nutzer in einer Chat-Gruppe des Islamischen Staates (IS) erhalten hatte.

In einem auf Telegram verbreiteten Video rief das Islamisten-Fruchtchen zum "Heiligen Krieg" gegen den Westen auf und kündigte einen Anschlag an. Als Zeitpunkt für einen Anschlag nannte er Freitag, den 1. Dezember.

Der Telegram-Islamist war zum Glück schnell identifiziert. Die Ermittler fanden heraus, daß der 15-Jährige aus dem Rheinland engen Kontakt zu Rasul M. (16) aus dem brandenburgischen Wittstock hatte. Anders als der bislang nicht aufgefallene D. ist der Tschetschene als Sympathisant der Terrororganisation Islamischer Staat und wegen des Verbreitens von Terror-Propaganda bereits polizeilich bekannt gewesen.

"So viele Ungläubige wie möglich töten"

Der Tschetschene wollte nach den bisherigen Ermittlungen am 1. Dezember zu D. nach Burscheid reisen. Vermutlich wollten die jungen Islamisten ein Attentat mit selbst gebauten Brandsätzen oder einem Kleinlaster verüben.

Konkretes Ziel soll laut "Kölner Stadt-Anzeiger" ein Weihnachtsmarkt in Leverkusen gewesen sein. Auch eine mögliche Ausreise nach dem Anschlag soll das Islamisten-Duo bereits geplant haben.

Wie aus Kreisen der Ermittler verlautete, sollen die Dschihadisten geplant haben, mit einem Lkw in die Menschenmenge eines Weihnachtsmarktes hineinzurasen. Anschließend wollten die mutmaßlichen Attentäter Benzin verschütten und anzünden, um so viele "Ungläubige" wie möglich zu töten. Als Vorbild habe den jungen Islamisten der tunesische IS-Terrorist Anis Amri gegolten, der im Dezember 2016 mit einem 40-Tonner auf dem Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz elf Menschen tötete. Ein Attentat auf die Kölner Synagoge - wie zunächst vermutet wurde - war aber offenbar nicht geplant.

Die Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf und die Staatsanwaltschaft Neuruppin ermitteln wegen des Verdachts der Planung der Begehung einer terroristischen Straftat. Gegen die bei-

den Verdächtigen wurde inzwischen Haftbefehl erlassen. Der Zugriff durch Spezialkräfte der Polizei war zeitgleich im bergischen Burscheid und im brandenburgischen Wittstock erfolgt.

"Wir müssen die Augen schön offenhalten"

NRW-Innenminister Herbert Reul (CDU) erklärte zu den Anschlagplanungen: "Es wirkte sehr konkret. Wir müssen die Augen schön offen halten, auch was unsere Weihnachtsmärkte angeht." Der Hinweis auf die jugendlichen Islamisten sei "aus dem Ausland" gekommen. In der Übersetzung: Die deutschen Sicherheitsbehörden haben gepennt!

Darauf läßt auch das abstrakte Bla Bla von Thomas Haldenwang (CDU) schließen. Floskelhaft warnte der Verfassungsschutz-Chef, das Risiko habe angesichts der Eskalation im Nahen Osten eine "neue Qualität" erreicht. Die Gefahr sei "real und so hoch wie seit langem nicht mehr".

Sechs Euro für einen Glühwein

Doch nicht nur die Angst vor Terroranschlägen trübt die vorweihnachtliche Freude. Auch der Teuer-Schock verdirbt vielen Menschen die Freude am Besuch der Weihnachtsmärkte. Mancherorts gibt es nicht einmal eine musikalische Berieselung. Grund: Die Veranstalter müssen für Gema-Gebühren deutlich tiefer in die Tasche greifen.

Heftig: Mitunter kostet ein Glühwein bereits bis zu sechs Euro, eine Bratwurst bis zu fünf Euro und mehr. Da ist eine mehrköpfige Familie auf dem Weihnachtsmarkt schnell 50 Euro los. Wer genau hinschaut, erkennt, daß nicht wenige Besucher bereits ihren eigenen Glühwein in Thermosflaschen mitbringen und diesen dann abseits der Budenstände schlürfen.

Weihnachten 2023 in Teuer- und Terror-Deutschland: Von wegen "süßer die Glocken nie klingen"...<<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.02.2025

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30, Seite 79.

| | |
|------|--|
| x363 | Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021. |
|------|--|

Internet

| | |
|--------|---|
| x1.319 | https://www.kla.tv - Oktober 2023 |
| x1.322 | https://fassadenkratzer.wordpress.com - Oktober 2023 |
| x1.326 | https://afdkompakt.de/ - Oktober 2023 |
| x1.328 | https://apollo-news.net/ - Oktober 2023 |
| x1.332 | https://afdkompakt.de/ - November 2023 |
| x1.333 | https://apollo-news.net/ - November 2023 |
| x1.336 | https://fassadenkratzer.wordpress.com - November 2023 |
| x1.344 | https://afdkompakt.de/ - Dezember 2023 |
| x1.345 | https://apollo-news.net/ - Dezember 2023 |
| x1.346 | https://www.mmnews.de/ - Dezember 2023 |
| x1.348 | https://fassadenkratzer.wordpress.com - Dezember 2023 |
| x1.387 | https://jungefreiheit.de/archiv/ - Juli 2024 |